

Ex-Anti-NATO Gruppe Freiburg 1991

Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus...aus?

Texte zu DDR und Staatskapitalismus

Impressum:

Creative Commons

Druck: Oktober 2022

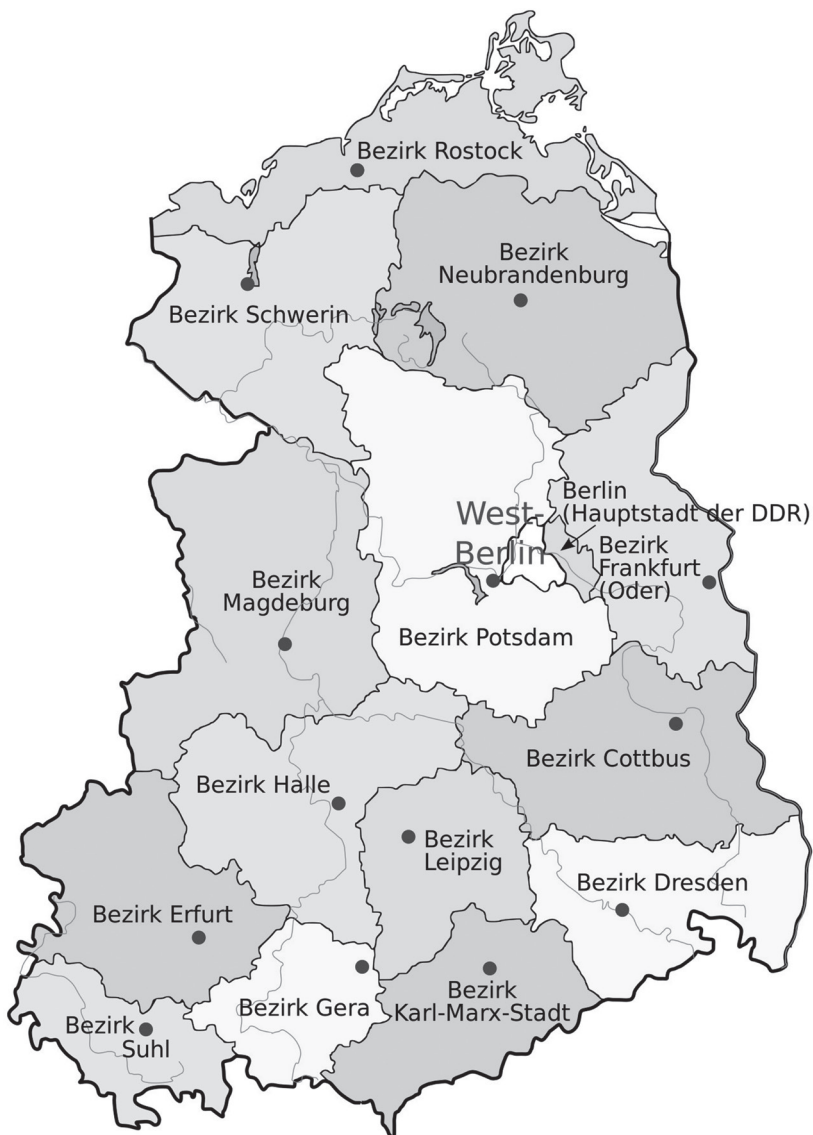
Verlag Immergrün

ISBN 978-3-910281-03-5

www.immergruen.cc

Inhalt

Störung der Totenruhe	7
I. Die DDR – gescheiterte Versuchsanordnung Sozialismus	11
II. Partei und Gesellschaft	49
III. Wirtschaft/ Ökonomie	71
IV. Der alte Mensch	107
V. Und die Frauen ?	125
VI. Die West-Linke und der Ost-Sozialismus	139
Nachwort	149
Literaturliste	154



Störung der Totenruhe

Der Golfkrieg ist vorbei – in seiner offenen hochtechnisierten Form als Krieg ohne Leichen und Opfer. Jetzt werden wir wieder Bilder von Opfern und Elend, von Zerstörung und Barbarei zu sehen bekommen. Solange Araber Araber töten, kein Grund zur Aufregung. Die Betroffenheit – längst vorbei. Nur notorisch Linke werden sich noch begrenzte Zeit über Israel und Palästina, über Antisemitismus und linksintellektuelle Kriegsbefürwortung, über »neue Weltordnung« und deutsche Grundgesetzänderungen streiten.

Auch in linke Wohngemeinschaften kehrt der Alltag zurück. Ausgefallene Feste werden nachgeholt, die Schreibtische vom Golfkrieg befreit, die Beziehung, das Studium, die Lohnarbeit und der Tratsch werden wieder zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Es ist wieder Alltag in Germany.

Zeit für uns, unsere Broschüre vorzulegen, deren Fertigstellung auch der Kreuzzug des Westens nicht verhindern konnte. Zeit für uns, andere mit Texten über ein Thema zu belästigen, das in der linken Diskussion, keineswegs aber in der Wirklichkeit, schon lange wieder out ist. Zeit für uns zur Störung der Totenruhe.

Als Ende 1989 das Udenkbare immer mehr zur Gewissheit wurde, das Ende der DDR, das Ende des realexistierenden Sozialismus, sahen wir uns mit der gravierendsten politischen Veränderung seit Ende des 2. Weltkrieges konfrontiert. Staunend hatten wir den deutschen Herbst '89, den Fall der Mauer, den kampflosen Zusammenbruch eines ganzen politischen Systems in der Glotze beobachtet. Passiv wie die gesamte westdeutsche Linke, im Totstellreflex verharrend. Als schon ganz Leipzig »Deutschland einig Vaterland« grölte, lauteten die Einschätzungen in unseren Diskussionsrunden immer noch: »Wiedervereinigung unmöglich«. Anfang 1990 entschieden wir uns, uns das Unbegreifliche begreiflich zu machen. Das Ergebnis liegt hier vor.

Selbstverständlich sind wir nicht die einzigen, die sich mit dem Aufkauf der Konkursmasse der DDR durch die BRD beschäftigt haben. Doch neben glänzenden Texten zu einzelnen Aspekten sind wir auf nichts gestoßen, was das »Ende des Sozialismus« umfassen zu erklären vermocht hätte. Auch in dieser Broschüre wird mensch verschiedene wichtige Aspekte vermissen, da die Komplexität des Themas auch unsere Möglichkeiten gesprengt hat. Was nun vorliegt, ist sicher ein lückenhafter und vorläufiger, aber systematisch angelegter Versuch, die Geschichte der DDR und ihr Ende zu erklären.

Am Beispiel der DDR zeichnen wir das Ende eines gesellschaftlichen Systems nach, das sich »Sozialismus« nannte und dessen Ausgang, die russische Revolution, sein Scheitern bereits beinhaltete. Wie die BRD und andere kapitalistische Staaten halten auch die Staaten des RGW ihre jeweils eigene Entstehungsgeschichte und damit ihre spezifischen Unterschiede. Die DDR war durch und durch deutsch, deutscher noch als die BRD. Dies machte ihre Besonderheit aus. Auch wenn wir fast ausschließlich von der DDR sprechen, schließen unsere Systemanalysen dennoch grundsätzlich den Fall der anderen RGW-Staaten ein.

Ein blinder Fleck war die DDR nicht nur für die Linke, sondern für den überwiegenden Teil der BRD-Bürger*innen. Eine Allensbach-Umfrage von 1975 belegte eine erschreckende Unkenntnis der Bundesbürger*innen über den anderen deutschen Staat. Daran hat sich mit Sicherheit nicht viel geändert. Deshalb stellen wir der Analyse einen historischen Überblick über 40 Jahre DDR voraus (I.).

Konservative und Rechte im Westen wüssten sich stets mit den Führungen der RGW-Staaten darüber einig, dass im Osten Sozialismus herrsche. Für erstere Anlass zum berühmten »Geh doch rüber« als stereotyper Einwand gegen jede Kritik am Kapitalismus, Letztere aus Überzeugung, Gründen der Legitimierung des Systems oder aus purer Agonie. Die westdeutsche Linke sprach dagegen vom realexistierendem Sozialismus und meinte damit, dass drüben zwar Sozialismus herrsche, aber nicht so, dass mensch gleich rüber gehen mochte. Wir sprechen hier nicht vom Sozialismus, sondern vom Staatskapitalismus und begründen wieso (II.).

Die »Diktatur des Proletariats« war eine Herrschaftsform, in der die angeblich herrschende Klasse am allerwenigsten zu sagen hatte. Am Beispiel der DDR, der herausragenden Stellung der Partei- und Staatsbürokratie wird deutlich, warum der sozialistische Mensch neuerdings so gerne CDU wählt. Wir gehen dieser Frage nach (III.).

Mit dem sozialistischen Menschen war das so eine Sache. Kaum war die Mauer weg, entstanden von einem Tag auf den anderen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Frauen in erstaunlichem Ausmaß. Skinheads, Hooligans und neue Rechte, Sekten und Okkultismus tauchten dort auf, wo es sie vorher nicht geben durfte. Bei der Suche nach dem sozialistischen Menschen sind wir auf all das, auf den alten Menschen gestoßen (IV.).

Die Gleichstellung und Emanzipation bahnte sich in der DDR mit einer Geschwindigkeit ihren Weg, dass es den Frauen dabei ganz schwindlig wurde. Da konnte frau in der BRD ganz neidisch werden. Wie 40 Stunden Lohnarbeit plus 30 Stunden Hausarbeit und Kindererziehung die Frau im Sozialismus beglückte und was das mit Gleichberechtigung zu tun hat, dazu in diesem Heft: »Und die Frauen?« (V.).

Und die Linke in der BRD? Wo jeder Ansatz einer nationalen Befreiung in der »Dritten Welt« zur Revolution, wo Kapitalismus zum Verschwörungszusammenhang, wo staatliche Repression zum faschistischen Akt wird, braucht mensch keine vernünftigen Analysen. Sprachlosigkeit auf der Straße und im Plenum, wahlweise »Großdeutschland« und »Viertes Reich« oder linksnationaler Schulterschluss, »Jetzt erst recht« bis hin zu »Nie wieder Sozialismus« – die bunte Vielfalt armseliger Positionen der Linken. Nur in einem war die West-Linke einig und konsequent: Sie blieb im Prozess der Wiedervereinigung völlig bedeutungslos. Es stellt sich die Frage: warum? (VI.).

I. Die DDR – gescheiterte Versuchsanordnung Sozialismus



»Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.«

Ulbricht nach Leonhard, Köln 1987, S. 317

Am Morgen des 30.04.1945, am Tag vor der endgültigen Kapitulation des deutschen Faschismus, bestiegen 10 Männer in Moskau ein Flugzeug, das sie auf einem kleinen Militärflugplatz in der Nähe der Stadt Frankfurt an der Oder absetzte. Dies war die sogenannte »Gruppe Ulbricht«, deren Mitglieder zum Teil seit Jahren in Moskau auf ihren Einsatz in Deutschland vorbereitet worden waren. Chef war Walter Ulbricht, der spätere 1. Sekretär der SED, der sich schon in der KPD nach oben gedient und sich im spanischen Bürgerkrieg mit der Liquidierung antistalinistischer Kämpfer*innen für weitere linientreue Aufgaben empfohlen hatte. Nichtsdestotrotz, gingen Ulbricht und seine Genossen mit grenzenlosem Idealismus zu Werke. Sie im Besitz der objektiven Wahrheit

während, legitimiert durch ihren antifaschistischen Widerstand, waren sie überzeugt davon, im Interesse des »Volkes« zu handeln. Was aus der späteren DDR wurde, entsprang nicht ihrer bösen Absicht, sondern war Resultat der in der Arbeiter*innenbewegung vorherrschenden Ideologie.

Gleichzeitig mit Ulbricht und seinen Leuten trafen zwei weitere Gruppen in Deutschland ein: die »Gruppe Ackermann« in Sachsen und die Gruppe »Sobottka« in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Gruppen fanden sich im fast völlig zerstörten Osten Deutschlands wieder. Ihre erste Aufgabe bestand deshalb auch erst einmal im Aufbau von deutschen Selbstverwaltungsorganen.

Die sowjetische Besatzungszone (SBZ) war ungleich stärker zerstört als der Westen, denn hier hatte es bis zuletzt die härtesten Schlachten gegeben. So waren in Berlin z. B. von 1,5 Millionen Wohnungen nur noch 370.000 unbeschädigt, die Lebensmittelversorgung zusammengebrochen und die Infrastruktur weitestgehend zerstört. Die alleinige Macht lag in den Händen der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), deren Anweisungen natürlich auch die deutschen Kommunisten zu folgen hatten. Es ging erstmal darum, überhaupt ein geregeltes Leben in Gang zu bringen und darüber hinaus den Einfluss der kommunistischen Partei zu vergrößern und auszubauen, denn nicht ohne Grund waren die linientreuen Mitglieder der drei KPD-Gruppen in Moskau eingehend geschult worden. Ulbricht fasste sein Ziel dann auch im Mai 1945 auf einer Sitzung folgendermaßen zusammen: »Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben«. Dieser Satz kann im Nachhinein als programmatische Erklärung für die Politik der mit der SMAD zusammenarbeitenden Kommunisten bis zur Staatsgründung der DDR bezeichnet werden.

»[...] die Ausrottung der Überreste des Faschismus und
die Festigung der Grundlage der Demokratie [...]«

Befehl Nr. 2, *Berliner Zeitung* Nr. 21, v. 10.06.1945

Mit ihrem Auftrag, geeignetes Personal für den Aufbau deutscher Verwaltungen zusammenzustellen, kamen die drei Gruppen schnell voran. Es wurde darauf geachtet, dass die Bürgermeisterposten in der Regel nicht von Kommunisten besetzt wurden, sondern je nach Sozialstruktur des betreffenden Stadtteils entweder von Sozialdemokraten oder bürgerliche Antifaschisten. Der erste stellvertretende Bürgermeister jedoch sowie die Dezernenten für Personalfragen und für Volksbildung waren immer Kommunisten. Damit wurde der kommunistische Einfluss in den Verwaltungen langfristig abgesichert. Gleichzeitig wurden spontan geschaffene KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung »Freies Deutschland«, die antifaschistischen Komitees und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli aufgelöst. Alles Gruppen, die vorher illegal gearbeitet hatten und jetzt Misstrauen erregten, da sie jahrelang, unkontrolliert durch die Partei, selbständig Widerstand geleistet hatten und dabei sicherlich auf eigene Ideen gekommen waren. Viele von diesen Leuten wurden erst einmal in die neuen Verwaltungen gesteckt, wo sie sich bewähren durften.

Natürlich mussten nicht nur Personalentscheidungen, sondern alles, was die KPD'ler in die Wege leiteten, von der SMAD gebilligt werden. Dies erwies sich aber für Ulbricht und Pieck als vorteilhaft, da dadurch die unpopulären Entscheidungen stets von Sowjetstellen gefällt wurden.

Der Sowjetunion erschien eine rasche kommunistische Machtübernahme als wenig sinnvoll, da dies das Bündnis mit den Alliierten gefährdet und auch eine mögliche Wiedervereinigung erschwert hätte. Stattdessen wollte sie ein demokratisch-antifaschistisches Deutschland aufbauen und setzte sich deshalb auch für eine schnelle Wiederzulassung von Parteien ein. Konnte sie diese über ihre Befehlsgewalt doch fest im Griff behalten und gleichzeitig die KPD in Schlüsselpositionen bringen. So wurden innerhalb kürzester Zeit auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) KPD, SPD, CDU und LDPD gegründet. Erklärter Antifaschismus war

erste Zulassungsbedingung für alle Parteien. Schon die Entstehung aber zeigte, dass die Sowjets es mit dem breitem Parteienspektrum so ernst doch wieder nicht gemeint hatten. So wurde in einem Brandenburger Bezirk der Sekretär der KPD-Ortsgruppe zum Kommandanten gerufen, weil dieser ihn auch mit der Gründung der drei anderen Parteien beauftragen wollte. Die Parteien wurden von oben, von der Zentrale aus gegründet – ganz im Gegensatz zu den aufgelösten antifaschistischen Komitees, die im Mai '45 wie die Pilze aus dem Boden geschossen waren und z. B. in Dresden über 20.000 Mitglieder hatten. Die antifaschistische Bewegung verflachte nach den Parteigründungen rapide. Spontanität wurde von Disziplin abgelöst, Initiative im Apparat erstickt und aus Idealen wurden Karrieren. Immerhin wurde die Entnazifizierung mit größerer Konsequenz als im Westen durchgezogen. Einigen tausenden Festnahmen, folgte die Säuberung der gesamten Wirtschaft und Verwaltung von Nazifunktionären und die Enteignung von nationalsozialistischen Wirtschaftsbossen. Dies war im Vergleich zum Westen ein konsequentes Vorgehen, auch wenn später die Nazi-Fachleute zum Teil doch wieder gebraucht wurden.

Unter Kommunisten und Sozialdemokraten war vielerorts die Enttäuschung groß, als die Gründung einer einheitlichen sozialistischen Partei zunächst ausblieb. Nach Jahren gemeinsamer Kampferfahrung gegen den Faschismus in der Illegalität, im Exil oder auch in den Nazi-Kz's waren die meisten dafür, auch den Wiederaufbau gemeinsam zu bewerkstelligen. Doch Moskau hatte andere Pläne. Die KPD als kleinere Partei sollte zunächst einmal mit Hilfe der SMAD ihre Ausgangslage verbessern. Tatsächlich vervierfachte sie im ersten Nachkriegsjahr ihre Mitgliederzahl und zog fast mit der SPD gleich. Politisch schlug die Partei moderate Töne an und sprach vom Aufbau einer »parlamentarischen, demokratisch-antifaschistischen Republik«. Während die SPD die Verstaatlichung der Bodenschätze, der Bergwerke und der Energiewirtschaft forderte, die CDU »Bergbau und andere monopolartigen Schlüsselunternehmungen« der »Staatsgewalt unterwerfen« wollte, verlangte die KPD lediglich die »Enteignung der Nazibonzen und Kriegsverbrecher«. (Weber, 1985, S.110)

Die Sowjetunion versprach sich von einer raschen Wiedervereinigung der verschiedenen Besatzungszonen in wirtschaftlicher Hinsicht einiges.

Ihr waren hohe Reparationsleistungen des geschlagenen Deutschlands wichtiger als ein sozialistischer deutscher Teilstaat, denn die Wirtschaft der Sowjetunion lag nach dem Krieg völlig am Boden. In jeder Hinsicht hatte die Sowjetunion die größten Verluste zu verzeichnen und erwartete dementsprechend großzügig von den Alliierten bedient zu werden. In der SBZ begann die Rote Armee entsprechend zügig mit der Demontage von Industrieanlagen und dem zweiten Bahngleis. Bis Ende 1946 wurden etwa 1000 Betriebe demontiert, 200 andere in sowjetisches Eigentum überführt, was 25 % der Industriekapazität der SBZ ausmachte. Darüber hinaus musste die spätere DDR bis 1953 66 Mrd. Mark an Reparationen bezahlen. Negativ bemerkbar machte sich aber auch, dass die Industriestruktur des Ostens traditionell stark vom Westen Deutschlands abhängig war. Das führte vor allem zu drastischen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Rohstoffen. Dies war für den Westteil fast kein Problem, der außerdem von seinen Besatzungsmächten sanfter behandelt wurde und klare Startvorteile besaß.

In ganz Deutschland herrschten bis Anfang 1948 katastrophale Lebensverhältnisse. Teilweise war die Lebensmittelsituation in der SBZ noch besser als in den anderen Besatzungszonen, denn schon im September '45 hatte die SMAD eine Bodenreform erlassen, mit der landwirtschaftlicher Grundbesitz über 100 ha entschädigungslos enteignet wurde. 2,1 Mio ha konnten damit an Landlose, Bauern und Kommunen zur Bewirtschaftung verteilt werden. Im Oktober '45 folgte die Industriereform, mit der, in der SBZ, das gesamte Eigentum des deutschen Staates, der NSDAP und der Wehrmacht beschlagnahmt wurde. Nachdem die Sowjetunion genügend Reparationen aus der SBZ herausgeholt hatte, wurde die wirtschaftliche Entwicklung weitgehend in deutsche Hände zurückgegeben. Von sozialistischer Wirtschaftspolitik wurde noch nicht gesprochen, auch wenn die als erstes durchgeführte Industriereform ein erster Schritt in diese Richtung war. Mit der Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) im Februar '46 wurde zunächst dafür gesorgt, dass das politische Leben in seiner traditionellen Form der Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaft verblieb.

»Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung«

Ulbricht nach Weber 1985, S. 132

Im April '46 kam es zum Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Für die Vereinigung mit den Sozialdemokraten gab es für die KPD verschiedene Gründe. Einmal hatten sie Angst bei den für 1946 angesetzten Wahlen genauso zu verlieren wie die KP's in Ungarn und Österreich. Ein anderes Motiv war das Fehlen von ausreichend erfahrenen und qualifizierten Funktionären in den eigenen Reihen. Die KPD hatte zwar enormen Zulauf, aber sie wollte nicht junge und ungeschulte Mitglieder mit Aufgaben in Verwaltung, Wirtschaft usw. betrauen. Die Vereinigung mit der SPD, die wesentlich mehr Altmitglieder hatte, löste dieses Problem. Außerdem wussten die Kommunisten, dass die SMAD alles dafür tun würde, dass sich ihre Politik durchsetzte. Durch den Zusammenschluss wurde die Partei nicht nur einen starken Konkurrenten los, sondern hatte eine an Stärke, Einfluss und Mitgliederzahl konkurrenzlose Organisation.

Es ist klar, dass die SPD nicht ohne Zwang in diese »Ehe« einwilligte. Vor allem sowjetische Stellen sorgten für entsprechenden Druck. Von einem reinen Zwangszusammenschluss zu reden, wäre jedoch falsch. Insbesondere die sozialdemokratische Basis wünschte die Vereinigung herbei. Für viele Sozialdemokraten ergab sich aus der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus zwingend eine starke und einheitliche Arbeiterpartei, um eine Wiederkehr des Faschismus ein für alle mal zu verhindern. Vorbehalte gegen die KPD im allgemeinen und die Sowjetunion im besonderen wurden dadurch gemildert, dass die Sowjetunion den stärksten Anteil am Sieg über den Faschismus hatte. Hinzu kam, dass die KPD politisch einen Kurs eingeschlagen hatte, der die inhaltlichen Differenzen zwischen beiden Parteien nahezu unsichtbar machte. Schließlich fühlte sich die SPD auch stark genug, innerhalb der SED ihre Politik durchsetzen zu können. So kam die West-SPD, die um jeden Preis die Vereinigung verhindern wollte, dadurch ins Hintertreffen, dass sie den Kommunisten die Alleinschuld am Versagen der Arbeiter*innenbewegung vor Hitlers Machtübernahme zuwies. Dem wollten die Ost-Sozialdemokraten nicht zustimmen und bewegten sich dadurch noch mehr auf die KPD zu.

So fand am 21. und 22.04.46 der Vereinigungsparteitag statt. Das Programm der SED betonte den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Die formulierten Positionen kamen den Sozialdemokraten, sehr entgegen, entsprachen sie doch mehr sozialdemokratischen als kommunistischen Traditionen. Innerparteiliche Demokratie z.B. wurde besonders hervorgehoben, Die Führungspositionen wurden paritätisch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufgeteilt. Bekannteste Vertreter waren Otto Grotewohl und Max Fechner (SPD), Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Anton Ackermann (KPD). Pieck und Grotewohl wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Die SED hatte nun fast 2 Mio. Mitglieder – rund 16 % der SBZ-Bevölkerung. Ulbricht bezeichnete in seinem Referat den Zusammenschluss als »Neugeburt der deutschen Arbeiter*innenbewegung« und hatte großen persönlichen Anteil daran, dass sie zur »Fehlgeburt« wurde.

Im Herbst '46 endeten die Wahlen mit dem gewünschten Ergebnis, die SED wurde zur mit Abstand stärksten Partei, brachte es aber nicht überall zu absoluten Mehrheiten. Die Wahlen in Großberlin waren jedoch ein Schock für die SED-Führung. Hier kandidierte eine Abspaltung der SPD, die sich dem Beitritt zur SED verweigert hatte und brachte es auf fast 50 %, während sich die SED mit knapp 20 % begnügen musste. Die Wahl in Berlin sagte mehr aus über die Stimmung in der Bevölkerung als die Wahlen in den anderen Ländern. Denn in Berlin traf der Einfluss der verschiedenen Besatzungsmächten unmittelbar aufeinander. Dem war sich die SED bewusst.

Sicher hatte auch dieses Wahlergebnis Einfluss auf die sich verstärkenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden deutschen Teilen. Die Hauptrolle spielte jedoch das sich drastisch verschlechternde Verhältnis zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion. Der kalte Krieg hatte begonnen und die Positionen verhärteten sich. Die Sowjetunion forderte zum einen eine konsequentere Entnazifizierung in den westlichen Zonen und zum zweiten umfangreiche Wiedergutmachungsleistungen. Die USA, die am ungeschorensten davongekommen war, wollte um jeden Preis ein kommunistisches Deutschland verhindern. Alle Versuche deutscher Politiker, die Teilung zu überwinden, scheiterten, weil die Abhängigkeit von der jeweiligen Besatzungsmacht und deren Kapital- bzw.

Machtinteressen so groß war, dass selbständige Initiativen keine Chance hatten. Die Politiker der beiden deutschen Teile hatten längst das Denken an das ihrer Besatzungsmächte angepasst.

Im März '48 verließen die sowjetischen Vertreter den alliierten Kontrollrat. Im Juni '48 zerriss die westliche Währungsreform Deutschland auch als Wirtschaftsgebiet. Der Osten zog mit einer eigenen Währungsreform sofort nach. Der Versuch der Sowjets mit der Berlin-Blockade ganz Berlin in die Hand zu bekommen, scheiterte. Am 01.12.48 war auch Berlin gespalten.

Schon im Sommer 1948 gelang es der SED mit einem taktischem Schachzug die politische Lage weiter zu ihren Gunsten zu verändern, indem sie durch die Gründung der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) zur weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft beitrug und zwei Parteien schuf, die wieder unter ihrem eigenen Einfluss standen. Während die Aufgabe der ersten Partei war, mit nationalistischen Parolen ehemalige Offiziere, NSDAP-Mitglieder und bürgerliche Kreise an sich zu binden, kümmerte sich die zweite Partei in gleicher Art und Weise um die skeptische Schicht der Bäuer*innen. Neben diesen neuen Parteien wurden auch die Massenorganisationen (FDGB, FDJ, Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Demokratischer Frauenbund Deutschlands), die schon damals im wesentlichen von der SED kontrolliert wurden, in den antifaschistischen Block aufgenommen. Ende 1948 hatte die SED damit ihre hegemoniale Rolle derart gut abgesichert, dass die noch etwas aufmuckenden Parteien CDU und LDPD allenfalls noch als Scheinopposition taugten – eine Rolle, mit der sie sich im weiteren Verlauf der Geschichte zufrieden gaben.

Gleichzeitig mit dem Ausbau ihrer Vormachtstellung wandelte sich die SED zur »Partei neuen Typus«. Unter dem Eindruck der Kominform-Resolution gegen Jugoslawien, das einen unabhängigen Weg gehen wollte, revidierte die Parteiführung die These vom eigenständigen deutschem Weg zum Sozialismus und ordnete sich völlig der Politik Stalins unter. Die Partei wurde zentralisiert und diszipliniert. Offiziell wurde dies als Übernahme der Ideologie des Marxismus-Leninismus bezeichnet. Im

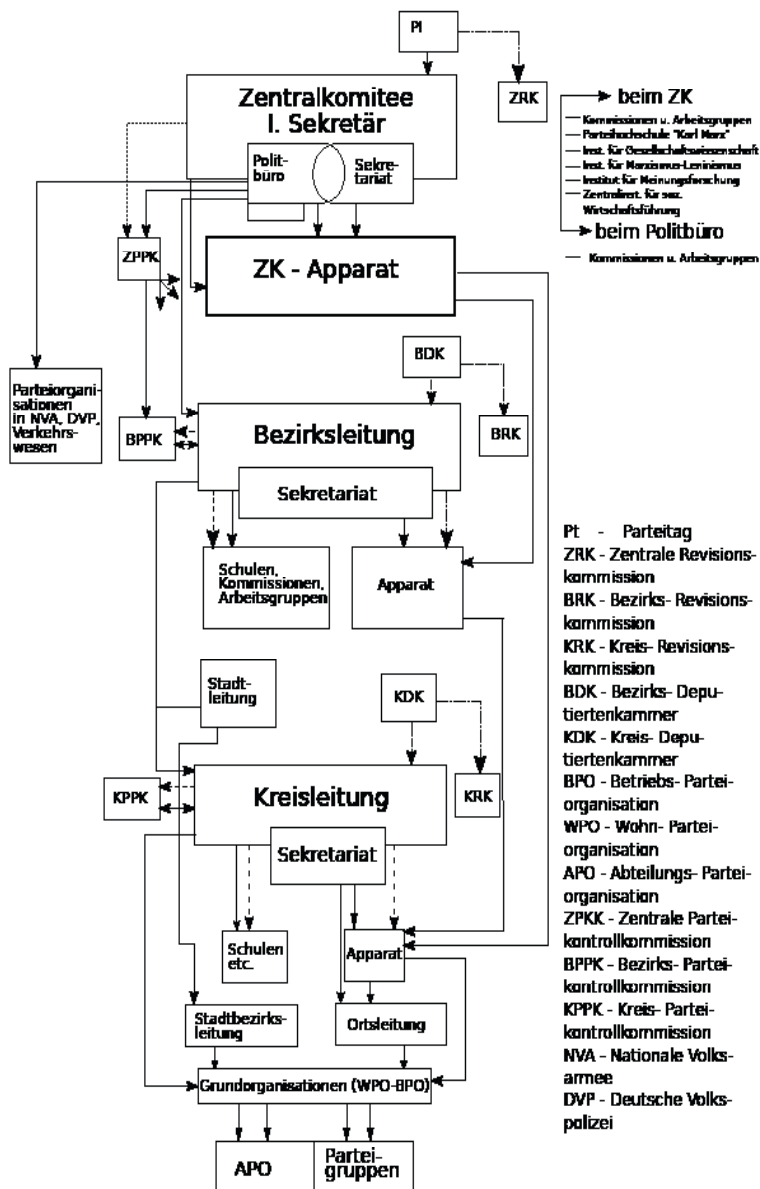
Zuge dieser Umstrukturierung kam es zu einem ersten Beschluss über die »Säuberung der Partei von feindlichen und entarteten Elementen«. Dies war eine gezielte Aktion gegen Sozialdemokrat*innen, alte Gewerkschaftler*innen und oppositionelle Kommunist*innen.

»Staatsmacht vom Typ Diktatur des Proletariats«

Badstüber, 1974, S. 191

Im Oktober 1949 führte die Verschärfung des kalten Krieges endgültig zur Spaltung Deutschlands. Aus der SBZ wurde die DDR, auch wenn dies die *Bild*-Zeitung noch Jahrzehnte danach nicht anerkennen wollte. Der Besatzungsstatus wurde aufgehoben, Moskaus Einfluss blieb, und der Neuaufbau des Staates wurde zur Kopie des sowjetischen Herrschaftsmodells. Die Verfassung unterschied sich nur wenig von »bürgerlich-demokratischen« Verfassungen, was in der Praxis aber wenig besagte. Mit der Staatsgründung erfolgte die Bildung der »Nationalen Front des demokratischen Deutschland«, der sich alle Parteien und Massenorganisationen anschlossen. Mit der Bildung von Hausgemeinschaften und lokalen Agitationszentren erreichte die Nationale Front auch Unorganisierte bis in das letzte Kaff. Bis zum Februar 1950 richtete die provisorische Volkskammer zwei Institutionen ein, die später zu trauriger Berühmtheit gelangen sollten – das Oberste Gericht und das Ministerium für Staatssicherheit. Indem die SED den Staatsapparat systematisch mit ergebenen Kadern besetzte, wurde sie mehr und mehr zur Staatspartei. Mit erprobten Taktiken gelang es ihr, schon für die erste Volkskammerwahl Einheitslisten durchzusetzen. Die 99,72 % »Ja«-Stimmen bei der ersten Wahl zur Volkskammer am 15.10.1950 blieben in der Folge ein langweiliges Ritual mit Variationen nur hinter dem Komma. Entsprechend kam es zur genau festgelegten Sitzverteilung, zu der nur zu erwähnen wäre – was wohl – die immer gesicherte absolute Mehrheit der SED. Erster Ministerpräsident wurde Otto Grotewohl. Stellvertreter und Minister wurden ein wenig zwischen den Parteien aufgeteilt. So fand – nach späterer DDR-Darstellung – »der Prozess der Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht als einer Staatsmacht vom Typ der Diktatur des Proletariats im wesentlichen seinen Abschluss«.

Im Jahre 1950 wurde die DDR Mitglied im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Damit vertieften sich die wirtschaftlichen Bindungen der DDR an andere staatskapitalistische Länder derart, dass 1954 bereits 75 % des gesamten Außenhandels mit ihnen abgewickelt wurde. In Anlehnung an das sowjetische Modell der Planwirtschaft wurde 1951



der erste Fünfjahresplan verabschiedet, der vorsah, die Industrieproduktion fast zu verdoppeln, die landwirtschaftliche Produktion um 25 %, das Volkseinkommen um 60 % und die Arbeitsproduktivität um 72 % zu steigern. Letzteres, die Arbeiter*innen zu permanenter Mehrarbeit anzuweisen, wurde die zentrale Aufgabe des FDGB.

1949 begann der FDGB damit, eine Wettbewerbsbewegung zu initiieren. Betriebe sollten untereinander Wettbewerbe um die schnellste und beste Planerfüllung austragen, im Betrieb sollten die Abteilungen miteinander konkurrieren. Als Prämien dienten anfangs Orden und Ehrentitel (Held der Arbeit), später in steigendem Maße Geld.

Dadurch wurde die Entfremdung zwischen Arbeiter*inneninteressen auf der einen Seite und den Interessen von Partei und Gewerkschaft auf der anderen Seite deutlich. Kaufkraft und Versorgung hatten sich zunehmend verschlechtert. Doch der FDGB verlagerte seine Tätigkeit immer mehr auf die Organisierung der Produktion und ihre rasche Steigerung, ohne dass die Arbeiter*innen auch nur das Geringste davon hatten. Von einer Interessenvertretung der Werktätigen konnte keine Rede mehr sein. Willkürliche Verteilung von Prämien und das Auftreten von Gewerkschaftsfunktionären als Antreiber taten ihr übriges. 1951 drohten in der DDR schon erste Streiks und Unruhen, als die »technisch begründeten Arbeitsnormen« von der Regierung drastisch verschärft wurden. Abgewendet wurde der Protest allein durch Zugeständnisse an die Arbeiter*innenschaft und durch das Zurückpfeifen von übereifrigen Funktionären.

Als 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands von der Sowjetunion als gescheitert angesehen wurde und damit auch die Hoffnung auf ein Gesamtdeutschland unter großem bolschewistischen Einfluss zerstoßen waren, verkündete Ulbricht erstmals den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR. Unter der Parole »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen« wurden völlig überstürzt weitere Industrien verstaatlicht, erstmals auch Teile des Handwerks und Handels enteignet und mit der Kollektivierung der Landwirtschaft begonnen. Hatten die Volkseigene Betriebe (VEB) 1950 900.000 Beschäftigte, so waren es 1953 schon 1,7 Millionen. Insbesondere die konservativen Bäuer*innen waren von der Kollektivierung derartig begeistert, dass nicht wenige mit Sack und

Pack in den Westen flüchteten. Kein Wunder, dass ein Teil der Ernte nicht mehr eingebracht werden konnte. Die Enteignung des Einzelhandels sorgte zudem noch für eine völlige Desorganisation der Versorgung der Bevölkerung. Im Winter 1952/53 brach die Versorgung fast völlig zusammen, während noch immer die Arbeitsnormen rapide nach oben gedrückt wurden. Die Situation hatte sich bis zum Frühjahr 1953 zu einer ernsthaften Krise des Systems ausgeweitet.

Da durch die Verstaatlichungen den Arbeiter*innen nicht mehr der Privatunternehmer sondern der Staat als Arbeitgeber gegenüberstand, nahmen soziale Konflikte unvermeidlich die Qualität staatsfeindlicher Umtriebe an. In einer Gesellschaft, in der die Ideologie besagte, dass das Proletariat alle Macht in den Händen habe, dürften soziale Konflikte und ihre Erscheinungsformen wie Arbeitskämpfe, Streiks usw. eigentlich gar nicht mehr entstehen. Entstehen sie trotzdem, kommt es zu Brüchen im System selbst, da die Wirklichkeit die Ideologie dann als das entlarvt, was sie ist – schöner Schein.

Zusätzlich politisiert wurden die Konflikte durch die Systemloyalität der Betriebsparteiorganisationen der SED und der Betriebsgewerkschaftsleitungen des FDGB. Die Arbeiter*innen waren jeglicher Interessensvertretung beraubt. Schon im Spätherbst 1952 kam es zu ersten Arbeitsniederlegungen, worauf die Regierung mit der Radikalisierung der Strafjustiz antwortete. Für Delikte wie »Boykotthetze«, Schwarzhandel, Nichterfüllung des landwirtschaftlichen Ablieferungssolls usw. mussten sehr hohe Freiheitsstrafen verhängt werden, da sonst die Arbeitsdisziplin nicht aufrechterhalten und der Aufbau der DDR nicht fortschreiten konnte. Die Unmöglichkeit der Planerfüllung forderte personelle Opfer – die Menschen waren das Problem und nicht der Plan – auch auf höchster Ebene. So wurde der Minister für Versorgung und Handel mitsamt seiner Staatssekretäre wegen Sabotage verhaftet und dem Außenminister wurde feindliche Tätigkeit gegen die DDR vorgeworfen. Die Partei säuberte sich und schloss alte Sozialdemokrat*innen und Altkommunist*innen als Trotzkist*innen, Verräter*innen, Spion*innen und zionistische Agent*innen aus.

Das Proletariat grüßt zum Karl-Marx-Jahr

Die schlechte soziale Lage, die Repression, die Entmündigung der Menschen in der DDR führten zunächst zu einer Fluchtwelle Richtung Westen. Zwischen 1949 und 1955 flohen 1,4 Millionen Menschen in die BRD. Dies war kein Wunder, denn wirtschaftlich stand die BRD bereits wesentlich besser da. Der Produktionsindex der DDR betrug 1952 im Vergleich zu 1936 108 %, der der BRD immerhin 143 %. Daneben spielte sicher auch eine Rolle, dass Stalins Einheitsvorschlag von 1952 auf Grundlage von Entmilitarisierung und freien Wahlen von den Westmächten abgeschmettert worden war und damit die Teilung Deutschlands nicht mehr überwindbar schien.

Als »der große Lehrer« Josef Wissarionowitsch Stalin im März 1953 starb und aus Moskau unterschiedliche Signale kamen, die bis zur Ankündigung von größeren Kurskorrekturen gingen, waren die Führer der DDR völlig irritiert. Gezwungen, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, warteten sie ab und führten ihre bisherige Politik fort. So verschärfte sie noch einmal ihre Agrarpolitik und gingen aus Mangel an Konzepten zur Lösung ihrer Probleme gegen bestimmte Berufsgruppen mit voller Härte



vor. Diese Phase der DDR-Politik mündete in die Normerhöhung vom Mai 1953, die weitreichende Folgen zeitigen sollten.

426.000 Menschen verließen die DDR im 1. Halbjahr 1953 in Richtung Westen, und der Unmut unter den »Zurückgebliebenen« wuchs. Ab April kam es immer wieder zu Arbeitsniederlegungen und Kurzstreiks. Unaufhaltsam trieb die DDR in ihrer inneren Entwicklung jenem kritischen Punkt zu, an dem die Quantität ökonomischer Beschwerden und sozialer Nöte umschlug in die Qualität offener Empörung, in Streiks, Demonstrationen und Unruhen.

Viel zu spät, am 09.06.1953, entschied sich die SED auf Druck aus Moskau zur Kurskorrektur. Völlig überraschend kündigte sie an, begangene Fehler korrigieren und die »Lebenshaltung« der Bevölkerung verbessern zu wollen. Preiserhöhungen wurden zurückgenommen, Lebensmittelkarten wieder an alle verteilt, der Zugang zu Schulen und Universitäten erleichtert, enteignete Betriebe teilweise zurückgegeben usw. – ein Rückzug auf breiter Front. Doch dies konnte die Lage nicht mehr entspannen. Insbesondere das Eingeständnis von Fehlern durch die sich als unfehlbar preisende Partei bestätigte die Menschen in ihrer kritischen Haltung. Und die ausdrückliche Bestätigung der festgesetzten Normerhöhungen, an denen sich seit Monaten der Unmut unter den Arbeiter*innen entzündet hatte, musste den Massenprotest provozieren.

Ohne sich dessen bewusst zu sein, gaben die Bauarbeiter*innen auf den Baustellen der Stalinallee in Ostberlin das Signal. Die Normerhöhungen vom 28.05.1953 bedeuteten für sie real eine kräftige Lohnkürzung, deshalb wurde auf Block 40 am 16.06. beschlossen, deren Rücknahme zu fordern. 80 Bauarbeiter*innen formierten sich unter der Forderung nach Herabsetzung der Normen zum Protestzug. Hunderte von Kolleg*innen schlossen sich ihnen spontan an.

Da der Protestzug das Gewerkschaftshaus verschlossen fand, zog mensch zum Haus der Ministerien. Binnen kurzem hatten sich dort mehrere tausend Menschen versammelt, denen das Politbüro sofort über den Sekretär der Berliner Bezirksleitung Heinz Brandt mitteilen ließ, dass die Normerhöhungen zurückgenommen würden. Durch das Einlenken der Regierung

ermutigt, dachten die Demonstrant*innen gar nicht daran, nach Hause zu gehen, sondern forderten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen.

Obwohl der Beschluss über die Rücknahme der Normerhöhungen über Rundfunk in der ganzen DDR verbreitet wurde, gab es am nächsten Tag erneut Streiks und Demonstrationen. Am Vorabend waren über die Westsender schon mehrfach die Resolutionen der Bauarbeiter*innen mit den Forderungen:

- Auszahlung der Löhne nach den alten Normen schon bei der nächsten Lohnzahlung
- sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten
- freie und geheime Wahlen
- keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher

veröffentlicht worden. Der Aufruf zum Generalstreik, der auch in den Resolutionen stand, wurde auf Weisung von Oben im Westradio jedoch nicht verlesen.

Die Rücknahme der Normerhöhung zeigte keine Wirkung. Dafür verbreitete sich die Nachricht von Streiks und Demonstrationen wie ein Lauffeuer. Am Morgen des 17.06. waren nahezu alle zentralen wirtschaftlichen Bereiche in Ostberlin bestreikt. Tausende von Arbeiter*innen strömten in die Innenstadt. In 272 Städten der DDR folgten die Menschen diesem Beispiel, traten selbst in den Ausstand und demonstrierten. Neben den schon erwähnten Forderungen wurden die Rufe nach der deutschen Einheit immer lauter.

In Berlin waren längst überall sowjetische Soldaten mit Panzern aufgezogen. Doch weiterhin wurden Fahnen verbrannt, Parteibüros gestürmt, Grenzmarkierungen niedergerissen und vereinzelt auch Läden geplündert und Brände gelegt. Um 13 Uhr wurde von den Sowjets zuerst in Berlin und dann in 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der Ausnahmezustand verhängt. Bis zum Abend war der Aufstand niedergeschlagen.

Bis heute ist die Zahl der Toten unbekannt. Nach Angaben des Ministeriums für Staatssicherheit sollen 25 Menschen, nach westlichen An-

gaben bis zu 400 Menschen ums Leben gekommen sein. In jedem Fall gab es Massenfestnahmen – es kam zu rund 1.400 Verurteilungen – und es wurden 22 Todesurteile verhängt, die teilweise vollstreckt wurden. Von den zu Gefängnisstrafen Verurteilten wurden die letzten 1964 entlassen – nach 11 Jahren.

Auch nach dem 17.06. kam es in vielen Betrieben noch zu Streiks, zu meist mit der Forderung nach Freilassung der Kolleg*innen. Allmählich gelang es den Herrschenden jedoch, die Lage in den Griff zu kriegen.

Es bleibt festzuhalten: Der 17.06. war weder ein »konterrevolutionärer, von westlichen Agenten angezettelter Putschversuch« noch der »Tag der deutschen Einheit«, wie es die Legendenbildner*innen hüben wie drüben erdichtet haben. Es handelte sich um einen spontanen Aufstand der Arbeiter*innen mit im wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen. Wie schon erwähnt, war es ein Charakteristikum des realsozialistischen Systems, dass diese Forderungen sich unvermeidlich gegen die ideologischen Grundlagen des Systems selbst richten mussten. Die Legitimität des gesamten Systems war damit in Frage gestellt. Der Tatbestand von realexistierender sozialer Not auf der einen Seite und politischer Entmündigung auf der anderen führte dazu, dass sich große Teile der Bevölkerung dem Aufstand anschließen konnten. Vereinheitlichend waren dabei insbesondere die Forderungen nach Rücktritt der Regierung und freien Wahlen.

Mit dem 17.06. zerbröckelte die Illusion der SED, die Massen hinter sich zu haben, gleichzeitig mit der Illusion der Streikenden, gegen die internationalen Kräfte und Machtverhältnisse die Veränderung des politischen Status Quo erzwingen zu können. Einer der Gründe für den in der Folgezeit stattfindenden Prozess der Anpassung, des sich Arrangierens mit dem System der DDR, lag hierin begründet. Die Führung der SED setzte nach dem Aufstand verstärkt auf ihre treuen Kader, deren Ausbildung und die Eliten im Staatsapparat und weniger darauf jeden Einzelnen, jede Einzelne für sich zu gewinnen. Neutralisation über verbesserte Versorgung für diejenigen, die den ideologischen Verlockungen oder der Parteikarriere hartnäckig entsagten. Dem System blieb es gleich, wieviel reaktionäres Bewusstsein unter der sozialistischen Oberfläche schlummerte, solange

die Menschen funktionierten. Und den Menschen konnte es egal sein, wie sich das System nannte, denn es war nicht das ihre.

So kann mensch zurückblickend sagen, dass im Juni 1953 ein Emanzipationsprozess begonnen hatte, von dem unklar bleibt wie er sich fortgesetzt hätte, wenn er nicht von den Sowjettruppen jäh gestoppt worden wäre. Die letzte Chance, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen und ein eigenständiges sozialistisches Projekt zu beginnen, war damit dahin. Die direkte Reaktion des Staates auf die Ereignisse des 17.06. waren Zugeständnisse verschiedenster Art. Der Rücknahme der Normerhöhungen folgten Preissenkungen in den HO-Läden um 10–25 %. Außerdem wurde die im ersten Fünfjahresplan festgelegte Konzentration aller Mittel auf den Ausbau der Schwerindustrie dahingehend abgeändert, dass nun auch verstärkt die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie gefördert wurde. Privatkredite wurden erleichtert. Unter dem wirtschaftspolitisch liberalerem Kurs begannen sich die Lebensverhältnisse allmählich zu verbessern. Auch die Sowjetunion leistete ihren Beitrag, indem sie ab 1954 auf weiter Reparationsleistungen verzichtete. Die Konflikte verlagerten sich in die Betriebe, wo passive Renitenz gegen Planvorgaben, Normentreiberei und Arbeitshetze wuchs – ein Problem, das die DDR bis zu ihrem jähem Ende nicht losbekam.

Solange Ulbricht lebt, kann Stalin nicht tot sein

Ulbricht überstand den Juniaufstand wohl hauptsächlich deswegen, weil die neue Führung der Sowjetunion befürchtete, dass ein Führungswechsel ein zu weitgehendes Eingeständnis der verfehlten Politik gewesen wäre. Statt Ulbricht mussten seine stärksten Gegenspieler Dahlem, Zaisser und Herrnsdorf gehen und wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die obligatorische Säuberungswelle fegte anschließend auch durch die unteren Etagen. Eine der Folgen war, dass der Arbeiter*innenanteil in der SED stark zurückging. Immer noch wurden hauptsächlich Altmitglieder aus eher proletarischen Milieus ausgeschlossen. Neue Parteimitglieder waren meist »gebildeter« und allzuoft karrierebewusst. 1947 waren noch 47,9 % der SED-Mitglieder Arbeiter*innen, 1954 nur noch 39,1 %.

Bereits in den Jahren vor 1953 hatte sich das »Bündnis« der Arbeiter*innen, Bäuer*innen und der Intelligenz als Farce entpuppt. Die Staatsbediensteten und die Hauptamtlichen des Parteiapparats formierten sich zunehmend zur neuen Oberschicht: Schon 1953 gab es schätzungsweise 500.000 Privilegierte – Staats- und Parteibedienstete, Gewerkschaftsfunktionär*innen, Betriebsleiter*innen und Angestellte des Repressionsapparats. In allen Bereichen war Ergebnisorientierung gegenüber der Partei allemal wichtiger als fachliche Qualifikation. Die Bürokratie wurde allgegenwärtig, was nicht heißen soll, dass sie deswegen gut funktionierte. Umständliche Formalitäten, Langsamkeit und Planungsfehler führten ganz entscheidend zu den hinreichend bekannten Unzulänglichkeiten im DDR-System.

Für neue Verwirrung sorgte der 20. Parteitag der KPDSU im Februar 1956, der die Entstalinisierung einleitete und den Personenkult um Stalin für beendet erklärte. Die SED hatte die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt und befand sich noch mittendrin – im Personenkult. So rettete sich der 3. Parteitag der SED im März 1956 in die Erörterung von Wirtschaftsfragen. Der 2. Fünfjahresplan mit dem Motto »Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung« wurde verabschiedet. Ziel war wie immer die weitere Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität. Der Plan versprach außerdem Lohnerhöhungen um 30 %, den 7-Stunden-Arbeitstag und die 40-Stunden-Woche bis 1960, nebenbei sollte die BRD wirtschaftlich überholt werden.

Mit Verzögerung bahnte sich auch in der DDR die Entstalinisierung ihren Weg. So wurden 11.000 Gefangene begnadigt und 21.000 freigelassen, sowie etliche der ehemaligen Ulbricht-Gegner wie Franz Dahlem, Anton Ackermann und Paul Merker rehabilitiert. Vor allem die Intellektuellen begannen, unter dem Einfluss der antistalinistischen Revolte in Polen und des ungarischen Aufstands im Herbst 1956, die Staats- und Parteiführung zu kritisieren. Die Arbeiter*innen dagegen blieben weitgehend passiv, wohl deshalb, weil kurz zuvor die Preise gesenkt, der Wohnungsbau intensiviert, die Arbeitszeiten verkürzt und Mitbestimmungsmöglichkeiten erweitert worden waren. Hauptsächlich an den Universitäten und unter den Intellektuellen in der Partei entstand eine reformkommunistische Strömung. Ihre bekanntesten Vertreter waren Wolfgang Harich, Robert Havemann und Ernst Bloch. In erster Linie um Wolfgang Harich entstand eine Gruppe, die versuchte, Vorstellungen eines »dritten Weges« zu konzipieren. Diese stark von Georg Lukasz inspirierte Gruppe setzte sich für mehr innerparteiliche Demokratie, für eine Wirtschaftsordnung, die sich mehr an den nationalen Traditionen (Raiffaisen, Genossenschaften) als an Moskau orientiert und für die Wiedervereinigung Deutschlands ein. Völlig zurecht sahen sie, dass ein Teil der Parteimitglieder ebenso dachte.

Sicher war es auch der Naivität Harichs zuzuschreiben, der unter anderem mit dem Ost-Büro der SPD und dem sowjetischem Botschafter Kontakt aufgenommen hatte, dass aus den Ansätzen nicht mehr wurde. Er hatte es der Parteirechten zu leicht gemacht, da auch noch der Kulturminister Becher und der Stasichef Wollweber in die Pläne – Ulbricht durch Paul Merker zu ersetzen – eingeweiht wurden. Dass Ulbricht davon erfahren musste, war klar. Dies konnte nur als Angriff aufs Hauptquartier verstanden werden und es wurde so verstanden. Wegen Aufstandsplänen wurden fast alle Mitglieder zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Wie hoch ihr Ansehen in der Partei war, zeigt, dass sogar nach ihrer Festnahme große Teile der Parteiführung sich gegen die Verhaftungen auflehnten und diskutieren wollten. Als Spätfolge wurden Wollweber und Schirdewan, die eine stärkere Liberalisierung wünschten, 1958 ausgeschlossen.

Ökonomische Hauptaufgabe: Westdeutschland übertreffen



Bis 1958 war der Lebensstandard in der DDR stark angestiegen. Die Lebensmittelrationierung konnte abgeschafft werden, die Produktion wuchs kräftig. Die Flüchtlingszahlen waren deutlich gesunken und die Mehrheit hatte sich mit dem System arrangiert. 1959/60 gab es erneut Anzeichen für eine krisenhafte Entwicklung. Überzogen optimistische Wirtschaftsplanungen mussten revidiert, der Fünfjahresplan außer Kraft und durch einen neuen Siebenjahresplan ersetzt werden. Obwohl die BRD schon längst überholt sein sollte, lag die DDR bei der Produktion um 30 %, im Konsum um 25 % zurück. Mittlerweile bei der Industrieproduktion auf Platz 9 in der Welt angelangt, konnte die SED die Notwendigkeiten einer modernen Wirtschaft nicht meistern. De facto trat der Siebenjahresplan nie in Kraft. Die Wirtschaft wurde bis 1965 quasi operativ durch Jahrespläne geleitet.

Gegen die krisenhafte Entwicklung setzte die Partei eine verstärkte ideologische Offensive. Mit einer Diskussion über Ethik und Moral, in erster Linie Arbeitsmoral, ging die SED in die Offensive gegen »unsittliches

Denken und Streben«, gegen »Bummelanten«, gegen »Alkoholismus und Nikotingenuss«. Nebenbei wurde noch die Anzeige von »Spionen, Agenten und Saboteuren« gefordert. Auch die Künstler*innen bekamen ihr Fett ab, da sie sich zu sehr an der westlichen Dekadenz orientiert hätten, anstatt eine »sozialistische deutsche Kultur« zu schaffen.

Mitgrund für die neuerliche Wirtschaftskrise war die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft. Seit 1958 wurde der »freiwillige« Beitritt in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG's) von Agitationstrupps mit großem Nachdruck, z. B. Verhaftungen propagiert. Bis 1960 war die Struktur der Landwirtschaft radikal verändert. Statt 25 % der landwirtschaftlichen Flächen (1958) waren nun 85 % von LPG's genutzt. Wie schon 10 Jahre zuvor entstanden erneut Engpässe bei der Versorgung. Bäuer*innen siedelten zuhauf in den Westen über. Auch in der Industrie kam es zu Engpässen, da die noch existierenden Verschränkungen mit der BRD aufgelöst werden sollte.

Ideologisch wurde für die Krise der Westen, in erster Linie die BRD, verantwortlich gemacht. Der kalte Krieg verschärfte sich. Wirtschaftslage, Kollektivierung und die Sorge, dass die Grenze dicht gemacht werden könnte, ließ den Flüchtlingsstrom erneut gewaltig anschwellen. Dabei waren seit 1949 schon 2,6 Millionen DDR-Bürger*innen geflohen. Dies waren hauptsächlich junge, qualifizierte Leute, was natürlich verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft der DDR hatte. Politisch sah sich der Staat nicht in der Lage, das Problem in den Griff zu kriegen, und entschloss sich zur völligen Abriegelung der West-Grenze. Am 12.08.1961 begann nach Abstimmung mit den Staaten des RGW der Mauerbau in Berlin.

In den folgenden Jahren traten Modernisierung, Rationalisierung und wirtschaftliche Effizienz in den Vordergrund. Die Entstalinisierung wurde endgültig vorangetrieben, was nicht nur zu Änderungen in Schulbüchern und Schulungsmaterialien führte, sondern auch zum Umschwenken von moralischen Appellen und ideologischer Indoktrination zu wirtschaftlichen Leistungsanreizen, kulturellen Freiheiten und erweiterten Konsumangeboten. 1963 wurde z. B. das »Neue ökonomische System der Planung und Leitung« eingeführt. Damit sollten Selbstkosten,

Preise, Gewinne, Kredite, Löhne und Prämien so abgestimmt werden, dass sie ein einheitliches System bildeten – eindeutig eine Anlehnung an das betriebliche Rechnungswesen moderner kapitalistischer Staaten. Der Lebensstandard machte einen Sprung und blieb dennoch weit hinter dem der BRD zurück. Von 100 Haushalten in der DDR besaßen 1966 9 einen PKW (1955: 0,2), 54 einen TV (1955: 1), 31 einen Kühlschrank (1955: 0,4) und 32 eine Waschmaschine (1955: 0,5). 321 Mark kostete die Ernährung einer vierköpfigen Familie. In der BRD jedoch nur 289 Mark bei höheren Löhnen, allerdings auch höheren Mieten.

Die kulturellen Fesseln waren so weit gelöst worden, dass kritische Leute wie Biermann vor übervollen Häusern auftreten konnten, Westmusik und Westautor*innen auf den DDR-Markt kamen. Untersuchungen über das Freizeitverhalten jener Zeit in der DDR ergaben eine verblüffende Identität mit dem in der BRD.

Zwischen 1960 und '65 vergrößerte die DDR ihre internationale Anerkennung erheblich. Insbesondere in der Dritten Welt zahlte sich die antizionistische Politik Ost-Berlins aus. Durch ihre relative Wirtschaftskraft und die bedingungslose Gefolgschaft der Sowjetunion verstärkte sich auch die Position der DDR innerhalb des RGW. Nach Chruschtschows Sturz 1964 kam es nicht mehr zu größeren Irritationen wie nach Stalins Tod, sondern zu größerer innen- und außenpolitischer Selbständigkeit.

Vereinigung mit dem Mittelalter kommt nicht in Betracht

Ende 1965, eingeleitet durch das 11. Plenum des Zentralkomitees (ZK) der SED, kam es erneut zu Rückschlägen in der Reformpolitik. Neue wirtschaftliche Schwierigkeiten führten dazu, dass die »zweite Etappe« des Neuen Ökonomischen Systems proklamiert wurde. Langfristige Handelsabkommen zwischen der Sowjetunion und der DDR hatten innerparteiliche Widersprüche hervorgerufen. Die liberaleren Kräfte in der Partei fürchteten eine zu große einseitige Abhängigkeit von Moskau. Die Konservativen setzten dagegen auf die Rückkehr zum Zentralismus und auf die Vorherrschaft der Partei in der Wirtschaft.

Im Zuge dieser innerparteilichen Auseinandersetzungen kam es erneut zu einer stärkeren Ideologisierung. Oppositionelle wie Biermann, Havemann und Heym wurden scharf angegriffen, Westtendenzen in der Kultur und sogar in den Naturwissenschaften kritisiert. Schon bald erwies sich allerdings, dass im Bereich der Wissenschaft, Fachwissen und Dogmatismus in Widerspruch miteinander gerieten. Es kam zu Konflikten zwischen der geforderten »Parteilichkeit« und Sachzwängen, die sich als Widersprüchlichkeit im Führungsstil niederschlugen.

SPD und SED nahmen 1966 neue Kontakte miteinander auf. Schon in den Jahren zuvor hatte das ZK der SED immer wieder Schreiben an die SPD gerichtet, in denen die Zusammenarbeit in Bezug auf eine Annäherung der beiden deutschen Staaten angeboten worden war. Die Briefe waren bis zum März 1966 nie beantwortet worden. Das änderte sich jetzt.

Die SED reagierte auf die SPD-Antwort zunächst überrascht. Im Mai und Juni kam es dann zu ersten Treffen zwischen Vertretern beider Parteien. Als Ende 1966 in Bonn die große Koalition an die Macht kam geriet die DDR, die zuvor in Einigungsfragen stets in der Offensive war, mehr und mehr in die Defensive. So ließ Anfang '67 das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* verlauten, eine Vereinigung mit dem »Mittelalter«, nämlich der BRD, käme nicht in Betracht. Anschließend erschienen seitenlange Erklärungen von »Bürgern unserer Republik«, nach denen »eine Vereinigung zwischen unserem sozialistischen Vaterland und der

vom Monopolkapitalismus beherrschten BRD unmöglich« (Weber, 1985, S.373) sei.

Gleichzeitig begann in der DDR eine neue ökonomische Kampagne mit den Worten des Meisters Gerhard Kast: »Unser Betrieb darf nicht mehr auf Kosten anderer leben. Ich sage das, weil ich mich verantwortlich fühle, dass unser Betrieb der Volkswirtschaft und uns allen künftig Gewinn bringt.« Nach dem Vorbild der Hennecke-Kampagne sollte eine Bewegung für die Rentabilität in den Betrieben initiiert werden. Die permanenten Mängel in den einzelnen Betrieben durch schlechte Organisation und Planung, Schlamperei, Materialmangel und Leerlauf sollten dadurch vermindert werden. Dazu passte, dass der 7. Parteitag der SED im April 1967 beschloss, den Betriebsleitungen und Industrievereinigungen mehr Eigenverantwortung zu gewähren. Mit der Industriepreisreform wurde ein Überblick über die tatsächlichen Produktionskosten ermöglicht und damit realistische Planungen. Der Übergang von der Befehlswirtschaft zur differenzierten Planwirtschaft war damit vollzogen.

»Alles für die DDR, unser sozialistisches Vaterland«

Parole des 7. Parteitags der SED, 17.04. – 22.04.1967

Der 7. Parteitag blendete, im Gegensatz zu den vorangegangenen, die deutsche Frage systematisch aus. Neben der schon erwähnten wirtschaftlichen Debatte war bemerkenswert, dass zunehmend der Begriff sozialistische Deutsche Demokratische Republik auftauchte. Thema des Parteitages war ja auch die »gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus«, und die zentrale Parole lautete: »Alles für die DDR, unser sozialistisches Vaterland«. Darin drückte sich ein gesteigertes Selbstbewusstsein der SED-Führung aus, bedingt durch die starke wirtschaftliche Position der DDR innerhalb des RGW und ihre hohe innenpolitische Stabilität.

Einerseits glaubten Strömungen in der Partei, schon so viel erreicht zu haben, dass ohne Schamröte im Gesicht das Wort Sozialismus verwendet werden durfte, andererseits definiert Ulbricht im Jahr darauf eine eigene und etwas unorthodoxe Sozialismusvorstellung. Sozialismus sei eine »relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab«. Aus diesem Grund betrachtete Ulbricht auch Geld, Preis, Gewinn, Profitstreben aus einem durchaus positiven Blickwinkel. Wie so oft, wenn sich die Wirklichkeit mit der Ideologie nicht in Übereinstimmung bringen ließ, wurde die Ideologie der Wirklichkeit angepasst – Sozialismus ist das, was in der DDR gerade existiert. Da die klassenlose kommunistische Gesellschaft noch in weiter Ferne lag, dem war mensch sich sehr wohl bewusst, konnte das, was gerade war, nur Sozialismus sein. Und da es schon lange genauso war, wie es war, und auf längere Sicht auch keine großen Veränderung zu erwarten waren, musste der Sozialismus zu einer relativ selbständigen sozialökonomischen Formation umdefiniert werden.

Die neue DDR-Verfassung von 1968 fasste und formulierte nur gewisse schon lange herrschende gesellschaftliche Tatbestände, z. B. die Führungsrolle der »marxistisch-leninistischen Partei«, also der SED. Die realen Machtverhältnisse hatten zu deutlich im Gegensatz zur alten Verfassung gestanden, deshalb musste eine Neue her. Staat, Partei und Mas-

senorganisationen waren derartig verwoben und zentralistisch von oben nach unten gegliedert und kontrolliert, dass die verschiedenen Apparate längst an einem Strang zogen. Natürlich hatte noch jede Organisation ihre spezifischen Aufgaben, aber in der Parteispitze liefen alle Fäden zusammen. Gleichzeitig wurde auch das System der politischen Justiz bereinigt, ohne zu verändern. Die Möglichkeit, falls notwendig, zu repressiven Maßnahmen greifen zu können, lässt sich kein Staat der Welt nehmen, auch nicht die DDR. Mit der endgültigen Abschaffung des Streikrechts wurde mit Verbot belegt, was es im Sozialismus gar nicht geben darf. Im Gesetzbuch wurde so der Widerspruch zwischen realsozialistischem Schein und gesellschaftlichem Sein verankert.

Die Niederschlagung des Prager Frühlings unter aktiver Beteiligung von DDR-Truppen setzte auch innenpolitisch Zeichen gegen alle reformistischen Bestrebungen. Die SED hielt unverändert an ihrem Modell bürokratisch-repressiver Herrschaftsausübung fest. Das Prager Modell, das auf Demokratie von unten, Pressefreiheit, Gewaltenteilung, Wirtschaftsreformen, Öffnung gegenüber dem Kapitalismus, Gleichberechtigung und Selbständigkeit der kommunistischen Parteien setzte, wurde in der DDR von Anfang an als »Preisgabe der Positionen des Sozialismus zugunsten der Konterrevolution« denunziert. Anhängern von reformkommunistischen Überlegungen wurde mit dem Einmarsch deutlich klargemacht, wie sie sich zu verhalten hatten.

Die sozialliberale Koalition in der BRD erklärte 1969 erstmals, dass eine Verbesserung der Lage Deutschlands und die Sicherung des Friedens nicht an der DDR vorbei erreicht werden könne. Der Bonner Regierungswechsel und der Beginn der Ostpolitik überraschten die DDR zunächst. Doch schon bald erkannte die Ostberliner Regierung darin eine Chance, die außenpolitische Isolierung zu überwinden. Mit der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR wollte die Regierung Ulbricht zunächst in die Verhandlungen eintreten, doch die anderen kommunistischen Regierungen unterliefen mit ihren BRD-Kontakten diese Linie. So kam die SED an gesamtdeutschen Gesprächen nicht mehr vorbei. Wie eine Bombe muss im Politbüro die Nachricht von den Ovationen für Willy Brandt durch DDR-Bürger in Erfurt eingeschlagen haben, als sich Brandt und DDR-Regierungschef Stoph erstmals trafen. Alle Versuche,

erneut das alte Feindbild des BRD-Revanchismus zu installieren, scheiterten an den neuen moderaten Tönen aus Bonn.

Seit dem Abschluss der Moskauer und Warschauer Verträge durch die BRD-Regierung im August bzw. Dezember 1970, hatte es die DDR schwerer mit ihrem geliebten Feindbild. Wenn die Sowjetunion mit Bonn Verträge abschloss, auch wenn sie dies allein aus eigenen wirtschaftlichen Erwägungen heraus tat, wie konnte die DDR sich da noch länger politisch verweigern, da sie die wirtschaftliche Unterstützung doch dringend nötig hatte.

Trotz erheblicher Steigerung der Gesamtproduktion – 1969 produzierten 17 Millionen DDR-Bürger mehr wie die 60 Millionen im deutschen Reich von 1936 – hatte sich die Schere zwischen der BRD und der DDR weiter vergrößert. Sicher hatte die DDR bedingt durch Krieg und Fluchtbewegung die schlechteste Bilanz aller Industrieländer in Bezug auf das Verhältnis arbeitsfähiges Alter zu nichtarbeitsfähigem Alter, nämlich 100 zu 72,5 (1939 betrug die Quote 100 zu 48,1). Insofern war ein ausgesprochener Facharbeiter*innenmangel zu verzeichnen. Aber die inneren Fehler wie Planungsmängel, Unfähigkeit die Arbeiter*innen zu motivieren, Schlamperei, überzogene Bürokratie usw. hemmten die wirtschaftliche Entwicklung weit mehr. Auch 1970 waren wesentliche Ziele des Fünfjahresplanes wieder nicht erreicht worden. Allein die Arbeitsproduktivität lag um die Hälfte unter Soll, was erneut zu Versorgungsengpässen führte und sogar die Erfüllung internationaler Verpflichtungen gefährdete. Lediglich die Landwirtschaft hatte sich gut erholt.

Auf Ziegenbart folgt Strohhut – auf Ulbricht folgt Honecker

Walter Ulbrichts Rücktritt aus »Altersgründen« im Mai 1971 bedeutete einen drastischen Einschnitt in der Entwicklung der DDR, schließlich hatte Ulbricht in den vergangenen 26 Jahren die DDR ganz entscheidend mitgeprägt. Der Mann mit dem Ziegenbart hatte sich stets rücksichtslos durchgesetzt und auch den um ihn geschaffenen Personenkult nicht verschmäht. Mit Sicherheit glaubte er, ebenso wie andere Spitzenfunktionäre, im Interesse der Bevölkerung der DDR zu handeln, im Besitz der objektiven Wahrheit zu sein und von oben aus der Zentrale die gesellschaftliche Synthese herstellen zu können.

Unter seinem Nachfolger Erich Honecker wurde dies nicht grundsätzlich anders. Sehr wohl war jedoch eine Veränderung im Arbeitsstil zu verzeichnen. Von vollmundigen Erklärungen wurde Abschied genommen, da das Wirtschaftssystem »allzuvielen außerplanmäßigen Wundern« nicht verkraften könne. Die Unruhen unter der Arbeiter*innenschaft verschiedener kommunistischer Staaten (Polen, CSSR) führten zu mehr Partizipation von unten, zur stärkeren Betonung des »Wohls der Menschen« und generell zu flexibleren Herrschaftsmethoden.

Die Sozialpolitik wurde deutlich verbessert. Das Durchschnittseinkommen in der DDR stieg von 755 Mark (1970) auf 860 Mark (1974) bei völlig stabilen Preisen für den Grundbedarf. Der Wohnungsbau wurde unter Honecker zum zentralen Gegenstand sozialpolitischer Anstrengungen. Von 1971 bis 1980 sollten 800.000 Wohnungen errichtet oder modernisiert werden. Die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«, die nach dem Führungswechsel verkündet worden war, brachte außerdem erhöhte Renten, Vergünstigungen für berufstätige Mütter, die Fristenlösung bei Schwangerschaftsabbrüchen und eine Hochschulreform.

Der Erziehungs- und Bildungsbereich wurde stärker ideologisiert, während die Freiräume in Kunst und Kultur etwas größer wurden. An der Rolle der Partei und ihrer Struktur änderte sich nichts. Das Personal wurde ein wenig ausgetauscht, der Sozialismusbegriff (erste und niedrigste Stufe der kommunistischen Gesellschaftsformation) zurechtgerückt, der

Sowjetunion erneut die Treue geschworen und die Eigenstaatlichkeit der DDR stärker betont. Kritikern ging es nach wie vor an den Kragen.

Insgesamt war der Wechsel von Ulbricht auf Honecker doch ein Einschnitt, auch wenn die »bewährten« Grundzüge die Alten blieben. Die ganze DDR-Geschichtsschreibung drückte dies sogar überpointiert und demonstrativ aus: »besonders wichtige Zäsur in der Geschichte der DDR« (*Staat und Recht* 23, 1974, Heft 7, S. 1083).

Nach dem Wechsel wurden die Massenorganisationen, insbesondere der FDGB und der FDJ, lockerer geführt, was bedeutete, dass sie die Interessen ihrer Mitglieder offensiver, auch gegenüber der Partei, vertreten durften. Die Absicht war, die Bevölkerung stärker einzubeziehen und zu integrieren. Doch dies gelang nicht, denn ein Teil war ganz offensichtlich gegen das System eingestellt, und das DDR-System war nicht flexibel genug, um bei Schwierigkeiten ohne Erschütterung bzw. Zwangsmaßnahmen reagieren zu können. Die spezifische Herrschaftsform machte es der Führung schwer, überhaupt einen Überblick über die wirkliche Einstellung der Bevölkerung zu erhalten, machte es aber auf der anderen Seite leichter, schnelle Entscheidungen zu fällen.

Internationaler Durchbruch mit innenpolitischen Folgen

Außenpolitisch brachten die verbesserten Beziehungen mit der BRD, nach Abschluss des Grundlagenvertrages, der DDR den endgültigen Durchbruch, die Quasi-Anerkennung als selbständiger Staat. Ende 1972 unterhielt die DDR diplomatische Beziehungen zu 58 Staaten, 1978 waren es schon 123. Sehr wählerisch in der Kontaktaufnahme ging die Regierung nie vor, so gab es auch im Franco-Spanien oder in Indonesien Botschaften, in Ländern also, in denen Kommunisten schärfster Verfolgung ausgesetzt waren. Der UNO-Beitritt 1973 und die Teilnahme an der KSZE-Konferenz von Helsinki vollendeten die internationale Anerkennung, brachten aber innenpolitische Schwierigkeiten, da sich Oppositionelle nun verstärkt auf Freizügigkeit und Menschenrechte (UNO-Charta, Helsinki-Schlussakte) beriefen. Auch die Kontakte zur Bundesrepublik verschärften die inneren Probleme. Mit dem Anwachsen des Reiseverkehrs und dem Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten verbesserten sich natürlich auch die Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Systemen und davor musste sich die DDR, mit Recht, fürchten.

Nach 1972 waren die Eigentumsformen in der DDR denen der Sowjetunion weiter angeglichen worden. Privatbetriebe und halbstaatliche Betriebe wurden vollends in Staatseigentum überführt. Die industrielle Warenproduktion in Staatsbesitz wuchs von 80 auf 99%. Die SED bezeichnete nun die DDR als Klassengesellschaft neuen Typs, da »unter der Führung der Arbeiterklasse freundschaftlich miteinander verbundene Schichten und Klassen existieren«. Reale Konflikte zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den herrschenden Eliten wurden dabei vertuscht. Die DDR war längst Leistungs- und »Laufbahngesellschaft« geworden. Im Partei- und Staatsapparat und in der Wirtschaftsführung war Wissen und Bildung erste Anforderung neben Parteitreue. Kein Wunder, dass noch 1976 nur eine Frau aus dem Proletariat dem ZK angehörte, neben 201 nichtproletarischen Mitgliedern.

Der Facharbeiter*innenmangel in der DDR führte dazu, dass für Berufe mit weniger Sozialprestige (Bau, bestimmte Dienstleistungen) kaum jemand zu finden war. Dabei konnte die DDR auch keine Reserven

mobilisieren, da der Anteil berufstätiger Frauen mit 86 % sowieso schon der höchste der Welt war. Dies machte die Intensivierung und Rationalisierung der Produktion umso dringlicher. Da auch noch die Lage der Bevölkerung durch einen verstärkten Ausbau der Konsumgüterindustrie verbessert werden sollte, griff die Führung verstärkt wieder auf Methoden zentraler Wirtschaftslenkung zurück. Mit dieser Entscheidung wurde vielleicht kurzfristig die Effizienz gesteigert, doch langfristig traten die Nachteile einer zentral geleiteten Wirtschaft umso deutlicher hervor.

Aber trotz Lohn- und Rentenerhöhungen, Ausbau des Gesundheitswesens und Vergünstigungen für berufstätige Mütter und trotz des Aufstiegs zur zehntstärksten Wirtschaftsmacht der Welt mit dem besten Lebensstandard aller sozialistischen Staaten, artikuliert sich die Unzufriedenheit immer lauter. Die Künstler*innen wurden unter dem Einfluss des KSZE-Prozesses immer selbstbewusster. Auch die Gedanken des Eurokommunismus wurden von Rudolf Bahro und anderen aufgegriffen und verarbeitet. Menschenrechte und Ausreisemöglichkeiten wurden zu dominierenden Forderungen. Damit rückte das politische System selbst, in seiner ganzen autoritären Ausprägung, in den Mittelpunkt der Kritik. Wie so oft wusste sich die Parteiführung nur mit Repressalien zu helfen. Biermann wurde 1976 kurzerhand ausgebürgert, gegen Havemann verhängten sie ein Hausarrest. Bahro wurde im August 1977 verhaftet und im Juni 1978 zu 8 Jahren Knast verurteilt, um nur die bekanntesten Fälle zu nennen.

Die durch eine etwas größere Freiheit des Individuums gekennzeichneten Jahre waren damit vorläufig beendet. Nicht allein die politische Kritik erforderte aus Parteisicht die neue harte Welle, auch wirtschaftspolitische Überlegungen spielten dabei eine Rolle, da die Verteuerung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt ein rohstoffarmes Land wie die DDR besonders hart traf. 1977–79 erlebte die DDR, genauso wie die BRD, eine Wirtschaftskrise. Das Wachstum blieb deutlich hinter den Vorjahren zurück und die Nettoverschuldung bei westlichen Banken stieg auf über 5 Mrd. Dollar an. Da wollte die Partei Proteste von vornherein verhindern, die sich bereits Anfang 1976 innerhalb der Arbeiter*innenschaft artikuliert hatten. Schon damals musste die Partei die Mindestrenten und -löhne erhöhen und den Mindesturlaub verlängern. In der Krise wollte sie sich das nicht mehr leisten und signalisierte hartes Durchgreifen.

Die DDR auf Zick-Zack-Kurs

Kurz nach der westdeutschen Bundestagswahl 1980 erhöhte die DDR den Zwangsumtausch für Besucher*innen aus dem Westen von 13,- DM auf 25,- DM. Bei dieser Maßnahme ging es weniger darum, die Staatskasse aufzufüllen, als den stark angewachsenen Besucher*innenstrom aus der BRD einzudämmen – ein Balanceakt zwischen dem innenpolitischen Interesse, die Bevölkerung vor westlicher Beeinflussung zu »schützen«, und dem ökonomischen Interesse, den Westhandel weiter auszudehnen. Spannungen im Verhältnis zur BRD blieben nicht aus. Schon vorher war am Afghanistan-Konflikt der Ost-West-Dialog etwas ins Schleudern gekommen. Die Massenstreiks in Polen waren auch nicht dazu angetan die SED-Spitze in Erheiterung zu versetzen. Ihr blieb jedoch gar nichts anderes übrig als den Zick-Zack-Kurs zwischen Öffnung und Abschottung fortzusetzen: Zu groß war längst das Volumen des Westhandels, als dass dieser hätte gefährdet werden können. So setzte sich nach einer kurzen Phase der verbalen Konfrontation in der Politik gegenüber der BRD der Pragmatismus wieder durch.

Ende 1980 erreichten die DDR-Auslandsschulden die Höhe von 10 Mrd. Dollar in konvertierbarer Währung. Verglichen mit anderen RGW-Staaten blieb dies weiter bescheiden. Doch während Polen, die CSSR und die Sowjetunion ihre Pläne der abgeschwächten Wirtschaftsentwicklung anpassten und von Wachstumsraten um die 3 % ausgingen, wollte die DDR in ihrem neuen Fünfjahresplan mehr als 5 % erreichen. Dies, obwohl schon die Ziele des vorangegangenen Planes nicht erfüllt werden konnten.

Auf dem 10. Parteitag der SED im April 1981 ließ Honecker verlauten, dass die DDR in den achtziger Jahren den »allmählichen Übergang zum Kommunismus« schaffen wolle. Wie wir heute wissen, ist ihr das glanzvoll gelungen. Von »klassenloser« Gesellschaft konnte in der DDR sowieso nie die Rede sein. 1980 lagen die niedrigsten Einkünfte bei unter 800,- Mark, der Durchschnittsverdienst eines 3-Personenhaushalts bei 1450,- Mark, die Spitzenverdienste, waren nicht bekannt. Die Lebensverhältnisse wurden weitgehend vom Einkommen bestimmt. Auf 100 Haushalte kamen 1983 im Durchschnitt 41 PKW's. Haushalte mit Net-

toeinkommen von über 2200,- Mark besaßen dagegen im Schnitt 68 PKW's. Im Gegensatz zur offiziellen Ideologie gehörten kräftige soziale Unterschiede durchaus zum Gesicht des Systems.

Hemmend, auf den »Übergang zum Kommunismus« wirkte sich die Weltwirtschaftskrise Anfang der achtziger Jahre aus. 1982 gab es wiederum bedrohliche Versorgungsengpässe, weil die Führung die Importe gedrosselt und die Exporte erhöht hatte, um die Auslandsverschuldung abzubauen. Mit der Auslandsverschuldung sanken 1982/83 auch gleich die Wachstumsraten. Die Erfolge im Außenhandel gingen zu Lasten des »Inneren«. Der private Verbrauch ging deutlich zurück und der größte Anteil von Neuinvestitionen wurde in die exportintensiven Wirtschaftsbereiche gepumpt. Es gab jedoch keine Anzeichen dafür, dass die DDR schon 1983 vor dem Zusammenbruch stand, wie heute vielfach behauptet wird. Der Milliardenkredit eines Bankenkonsortiums 1983, der von der BRD, dank Franz-Josef Strauß, abgesichert wurde und für den die DDR im Gegenzug alle Selbstschussanlagen an ihren Grenzen abzubauen begann, ist dafür kein Beleg. Im gleichen Zeitraum lag ihre Auslandsverschuldung bei 6,7 Mrd. Dollar, immerhin 3,3 Mrd. weniger als zwei Jahre zuvor, wenn mensch den damals im Westen veröffentlichten Zahlen glauben schenken darf (*Frankfurter Rundschau*, Nr.184, vom 09.08.1984). Auch das starke Wirtschaftswachstum von über 5 % 1984 spricht nicht gerade für die These, wonach die BRD mit dem Kredit die DDR gerade nochmal gerettet hätte.

Gegenüber allen anderen osteuropäischen Ländern lag die DDR in puncto Wirtschaftskraft und Lebensstandart sowieso an der Spitze. Der Abstand zur BRD in Bezug auf die Kaufkraft blieb aber weiter groß, was hauptsächlich auf das mangelhafte Angebot, das geringere Sortiment und oft mangelnde Qualität zurückzuführen war. Autos, Haushaltsgeräte und andere langlebige Wirtschaftsgüter waren in der DDR mittlerweile fast genauso häufig wie in der BRD. Unzufriedenheit und Unmut waren durch die insgesamt positive Wirtschaftslage nicht zu kanalisieren. Allein im ersten Halbjahr 1984 verließen wiederum 31.000 Menschen die DDR. Demonstrationen häuften sich. Vor allem die Friedensbewegung begann sich immer lauter zu artikulieren. Aber Tausende, die dem US-Evangelisten Billy Graham zujubelten, bewiesen auch, dass unter der Decke einer

nach Prinzipien des »wissenschaftlichen Sozialismus« geführten Gesellschaft durchaus noch viel Platz für irrationale Strömungen war.

Die Tatsache, dass sich in der Folgezeit die Opposition unter dem Dach der Kirche organisierte, hatte mit Idealismus – »weiß Gott« – nichts zu tun. Die Kirche war sozusagen der letzte fast systemfreie Raum, nachdem der Staatssicherheitsdienst (Stasi) derartig aufgebläht worden war, dass er schon anfang, sich selbst zu bespitzeln. Die Partei hatte in den Jahren zuvor gegenüber den Kirchen einen Kurs gefahren, der als friedliche Koexistenz bezeichnet werden könnte. Nach Jahren schärfster Konfrontation gegen Kirche und Religionsausübung, war die atheistische Staatsführung wohl zur Ansicht gekommen, dass der Glaube an Gott dem System doch eher Nutzen als Schaden brächte. Die Kirchenführungen waren im Gegenzug bereit gewesen, sich aus den weltlichen Dingen weitestgehend herauszuhalten. So kam es dazu, dass sich Friedensbewegte und Ökologen, Ausreisewillige und Systemkritiker*innen in den Kirchen wiederfanden, weil deren Räumlichkeiten dem Staatszugriff noch am ehesten entzogen waren. Kritische Pfaffen duldeten das wohlwollend oder mischten aus gutem Grund (Verteidigungsminister Eppelmann, Ministerpräsident Stolpe) selbst mit.

Die Opposition weitete sich aus. Im Juni 1984 versuchten erstmals DDR-Bürger*innen ihre Ausreise, durch die Besetzung von Bonn's ständiger Vertretung, zu erzwingen. Ein Mittel, dass in der Folge, mit wechselndem Erfolg, immer öfter angewandt wurde. Nachdem Gorbatschow in der Sowjetunion an die Macht gekommen war und erstmals die seltsamen Worte, Glasnost und Perestroika, zu hören waren, wurde die DDR-Bürger*innenbewegung zusehends mutiger. 1986 richtete die unabhängige Friedens- und Ökologiebewegung erstmals einen direkten Appell an die Volkskammer, mit der Forderung: die Informations- und Wirtschaftspolitik zu erneuern. Der Anlass war der Unfall im AKW Tschernobyl.

Mit Gorbatschows Reformpolitik mochte sich die Parteiführung der DDR nie so richtig anfreunden. So meinte 1987 der Chefideologe Kurt Hager: »Würden sie, nebenbei gesagt, wenn ihr Nachbar seine Tapete neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, ihre Wohnung ebenfalls neu zu

tapezieren?« Dafür waren seine »Genossen« aber durchaus dazu bereit, reaktionäre Deals mit Bonn abzuschließen, für Devisen versteht sich. So wurden 1986 nach einer Intervention der Bundesregierung, Transitvisen für Ausländer*innen nur noch mit Anschlussvisum erteilt. Ein wichtiger Schlupfloch für Menschen aus der »Dritten Welt« wurde dadurch verriegelt.

Vielleicht stand der Staatsführung damals jedoch das Wasser bereits am Hals. Es wurde zunehmend schwieriger, Produkte für den Export bereitzustellen, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig waren. Die Devisen wurden aber dringend benötigt, um Westprodukte einzukaufen. Teilweise musste in der DDR, im Vergleich zur BRD, ein mehrfaches investiert werden, um denselben Betrag zu Erlösen. Die Möglichkeit durch Einsparungen bei Löhnen, Subventionen oder sozialen Leistungen die Wirtschaft wieder konkurrenzfähiger zu machen, war versperrt. Die Unzufriedenheit war ohnehin schon groß genug. So lebte die DDR in den letzten Jahren wohl mehr auf Pump, als nach außen zugegeben wurde. »Während sich die Preissubventionen für den Grundbedarf der Bevölkerung zwischen 1980 und 1989 nahezu verdreifachten und die Lebensmittelsubventionen sich sogar vervierfachten, konnte das produzierte Nationaleinkommen im gleichen Zeitraum noch nicht einmal verdoppelt werden. Finanziert wurde dieses gewaltige Subventionssystem zum einen durch erhöhte Mittelabfuhr der volkseigenen Betriebe, was wiederum deren Investitionsspielraum einschränkte, so dass Produktivität und Produktion nicht im gewünschten Ausmaß steigen konnten; zum anderen wurde die interne Kreditfinanzierung des Staatshaushaltes enorm ausgeweitet. Zuletzt belief sich die Staatsschuld auf 130 Milliarden Mark«.

(Schneider 1990, S. 66)

»Deutschland einig Vaterland«



Als Erich Honecker am 22.01.1989 sagte, dass »die Mauer auch in 100 Jahren noch stehen werde«, da gellten ihm noch die Sprechchöre vom Ende 1987 durch die Ohren, als bei einem Rockkonzert im Westen, Jugendliche in Ostberlin skandierten, »Die Mauer muss weg«. Die harte Linie, mit Festnahmen von Demonstrant*innen, Durchsuchungen z. B. der Umweltbibliothek und Ausweisungen von z. B. Krawzyk und Freya Klier, konnte den Protesten dauerhaft nicht beikommen. Die Opposition war nicht stark, aber sie riss Löcher in das ideologische Hemd des Systems. Die seit 1988 anhaltende Wirtschaftskrise mit neuerlichen Versorgungsengpässen tat ein übriges. Erste zögerliche Reformansätze, das erste Umschwenken auf einen Gorbatschowkurs, kam viel zu spät. Da waren schon Tausende über Ungarn und diverse Botschaften abgehauen.

»Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben«.

Am 18.10.1989 bekommt Erich dies zu spüren und wird kurzfristig gegen Egon ausgetauscht. Das Politbüro ist am 08.11., die Mauer am 09.11.1989 weg. Weder Erich Modrow, noch Gregor Gysi und auch nicht die verschiedenen Anhänger eines »dritten Weges« und der Eigenstaatlichkeit

der DDR konnten verhindern, dass die Deutsche Demokratische Republik am Ende ihrer Geschichte angelangt war, oder wie es Heiner Müller am 02.10.1990 auf einer Veranstaltung der Akademie der Künste so schön sagte:

»Jetzt werden wir erstmals eine Bevölkerung ohne Träume haben. Die kapitalistische Besetzung mit totaler Gegenwart wird einsetzen, die Vernichtung von Vergangenheit, auch von Zukunft. Die Verdrängung der Tragödie. Das keep smiling von Tokio bis New York.«

II. Partei und Gesellschaft

KPD und SPD vor Gründung der DDR



»Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Pflichten für das Volk.«

Gründungsaufruf der KPD vom Juni 1945

Die Sowjetunion wollte zu dieser Zeit durchaus noch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Ihr ging es in ihrer Politik um die Stärkung der demokratisch-antifaschistischen Gruppen und Parteien. In diesem Sinne trat sie immer wieder für gesamtdeutsche Wahlen ein. Diese Bestrebungen wurden aus bekannten Gründen von der westlichen Seite ignoriert.

Die KPD in der sowjetisch besetzten Zone stieß anfangs auf starke Sympathie innerhalb der Bevölkerung, denn ihre Mitglieder waren am stärksten der faschistischen Repressionen ausgesetzt. Die Mitglieder der SPD forderten sogar die schnellstmögliche Bildung einer vereinigten Arbeiterpartei. Dies lehnte die KPD ab. Es ging ihr, es ging der SU erst einmal darum, den Einfluss der KPD auszubauen.

Diese Strategie ging jedoch fehl, da

- die SU der KPD die organisatorische Durchsetzung ihrer Besatzungspolitik aufzwang
- und die KPD somit in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung zum bloßen Handlanger der sowjetischen Interessen verkam.

Hinzu kamen die Niederlagen der kommunistischen Parteien bei den Wahlen in Österreich und Ungarn.

Aufgrund dieser Tatsachen entschloss sich die KPD-Führung zur Vereinigung mit der SPD, dazu musste jedoch vorher verlorenes Vertrauen wiedergewonnen werden. Dies gelang mit Paul Ackermanns Thesen vom »Besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, die die Unabhängigkeit der KPD von den sowjetischen Interessen beweisen sollte.

Schon im Februar 1945 hatte Ackermann in Moskau für den Sender *Freies Deutschland* einen Beitrag unter dem Titel »Acht Länder – Eine Lehre« verfasst, der später auch in der Zeitung des Nationalkomitees *Freies Deutschland* veröffentlicht wurde. Dort hieß es u.a.:

»Der Bolschewismus ist das innenpolitische System der Sowjetunion. Man kann über dieses Gesellschaftssystem verschiedener Meinung sein«.

Ackermann ging davon aus, dass Karl Marx einen revolutionären Übergang zum Sozialismus auf die kontinentalen Länder beschränkte, im damaligen England und Amerika aber einen friedlichen Übergang zum Sozialismus für möglich hielt, weil diese Länder bürgerlich-demokratische Regierungsformen ohne besonders ausgeprägten Militarismus und große Bürokratie besaßen. Daraus schloss Ackermann, »dass es falsch wäre, unter allen Umständen, für alle Länder und für alle Zeiten« die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus zu verneinen:

»Dieser Übergang ist auf relativ friedlichem Wege möglich, wenn die Klasse der Bourgeoisie durch besondere Umstände nicht über den militärischen und bürokratischen staatlichen Gewaltapparat verfügt.«

Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln, o. J., S. 420

Für die SBZ hieß dies:

»Entwickelt sich die antifaschistisch-demokratische Republik als Staat aller Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse, so ist der friedliche Weg zum Sozialismus durchaus möglich [...] niemand wünscht sehnlicher als wir, dass neue Kämpfe, ein neues Blutvergießen vermeiden werden.«

Leonhard, a. a. O., S. 421

und:

»Kein anderer als Lenin hat betont, dass es der größte Fehler wäre, die Wahrheit über die Allgemeingültigkeit der russischen Erfahrungen zu übertreiben und sie auf mehr als einige Grundzüge unserer (d.h. der russischen) Revolution auszudehnen«. In diesem Sinne müssen wir einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus unbedingt bejahen.«

Leonhard, a. a. O., S. 421

Aufgrund dieses ideologischen Wandels befürwortet die KPD nun die Vereinigung mit der SPD zur SED.

Bemerkenswert ist:

- Die SED ist eine sozialistische, keine kommunistische Partei
- die SED will den friedlichen Übergang zum Sozialismus, kein Rätessystem, keine Diktatur des Proletariats und die Sowjetunion ist für sie kein Vorbild.

Erst ab 1948 wandelte sich die SED aufgrund des Konfliktes der SU mit Jugoslawien und dem Anwachsen des Kalten Krieges zur »Partei neuen Typs«. Wie die Geschichte der kommunistischen Parteien Westeuropas zeigt, wird immer in sogenannten »Krisensituationen« der ideologische Gürtel enger geschnallt, werden die Besonderheiten der Kommunisten gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung hervorgehoben.

Diese Veränderungen innerhalb der SED bedeuteten u. a., dass die Abmachungen mit der SPD über die paritätische Besetzung aller Vorstandsposten innerhalb der SED gebrochen wurde, dass der demokratische Zentralismus als Führungsprinzip eingeführt wurde, dass aufgrund des ideologischen Zwistes mit Jugoslawien der Anlass für eine umfassende Parteisäuberung gegeben war und die Theorie vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« fallengelassen wurde und stattdessen das Modell Sowjetunion und die führende Rolle der KPdSU anerkannt wurde.

Die Theoretiker des »besonderen deutschen Weges« wurden aus der Partei ausgeschlossen oder sogar verhaftet. Vom September 1948 bis Januar 1949 wurden 400 sogenannte Ost-Agenten der SPD aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. Die Bildung von Fraktionen und Gruppen innerhalb der SED wurde verboten. Auf dem 3. Parteitag der SED 1950 beschließt die SED ein neues Parteistatut. Gleichzeitig erklärt sie sich nun zur Partei »neuen Typus«.

Otto Grotewohl nennt sechs Merkmale, die die »neue« SED nun auszeichnen soll:

- »1. die marx.-len. Partei ist die bewusste Vorhut der Arbeiterklasse
2. die marx.-len. Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse
3. die marx.-len. Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats
4. die marx.-len. Partei beruht auf dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus
5. die marx.-len. Partei wird durch den Kampf gegen den Opportunismus gestärkt.
6. die marx.-len. Partei ist vom Geiste des Internationalismus durchdrungen.«

Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 183

Ihre Rolle als einzige Führerin des Proletariats und allmächtigen Staatspartei unterstrich die SED, als sie auf dem 3. Parteitag erstmals Louis FURNBERGS Lied »Die Partei« singen ließ, in dem es heißt:

»Sie hat uns alles gegeben. Sonne und Wind. Wo sie war, war das Leben. Was wir sind, sind wir durch sie. Sie hat uns niemals verlassen. Fror auch die Welt, uns war warm. Und schützt die Mutter der Massen, Uns trägt ihr mächtiger Arm. Die Partei, die Partei hat immer recht.«

Und an anderer Stelle:

»So aus leninischem Geist wächst, von Stalin geschweift, die Partei, die Partei, die Partei.«

Der Kult um die Partei nahm groteske Züge an, z. B. gab es öffentliche Diskussionen darüber, wo das Mitgliedsbuch, das Parteidokument, aufzubewahren sei. Allen Ernstes berichtete eine Frau in einem Parteiorgan:

»Die Unterbringung des Parteidokumentes hat auch mir ernsthafte Sorgen gemacht, da es bei der Art unserer Frauenbekleidung wirklich schwierig ist, einen sicheren Platz für das Dokument zu finden. Nach reiflicher Überlegung habe ich schließlich eine Lösung gefunden [...] ich habe mir in sämt-

liche Kleider und Röcke an der rechten Innenseite des Bundes [...] zwei Knöpfe angenäht.

Für das Parteidokument habe ich mir eine Hülle aus nicht sehr dickem, aber festem Stoff genäht, die mit zwei Bändern an den Knöpfen befestigt wird. Diese Lösung ist mir sympathischer als die Aufbewahrung im Brustbeutel, der an einer Schnur um den Hals hängt.«

Hermann Weber, Geschichte [...], S. 197

Diskussionen dieser Art wurden sehr intensiv geführt. Den neuen Mitgliedern wurde von der Partei als erstes die Bedeutung des Parteidokumentes erklärt. Bei der Aushändigung wurde besonders darauf hingewiesen, dass das Parteidokument das Wertvollste ist, das ein Mensch in seinem Leben besitzen kann. Deshalb muss es jeder Genosse so aufbewahren, dass er es niemals verlieren und es dem Klassenfeind nicht in die Hände fallen kann.

Die SED als Staatspartei

Spätestens 1950 war die Entwicklung der SED zur stalinistischen Partei abgeschlossen und sie somit völlig von der Sowjetunion abhängig.

Diese Entwicklung verlief ähnlich wie die Wandlung der KPD in der Weimarer Republik zur bolschewistischen Partei und trägt auch im Vergleich mit der russischen Geschichte, mit der Entwicklung der KPdSU deutliche Parallelen.

An der Entwicklung dieser Parteien lässt sich das Scheitern der leninistischen Parteitotalität deutlich ersehen.

Ähnlich wie die KPdSU besitzt auch die KPD, nachdem sie über die Macht im Staate verfügt, erst einmal das Vertrauen der Bevölkerung. So wird ihr die Durchsetzung ihrer Ziele in den ersten Jahren erleichtert und sie kann sich zur allmächtigen Staatspartei, zur alleinigen Macht im Staat entwickeln. Ausgehend von den leninistischen Sozialismusvorstellungen, die auf der Grundlage der Umwandlung eines halbkapitalistischen Landes in einen sozialistischen Staat beruhen, wird auch in der DDR nach diesem Schema vorgegangen und die gesamte Wirtschaft zentralisiert. Die Macht über Proletariat und Wirtschaft wird in die Hände einer allgegenwärtigen Bürokratie gelegt, die mit Plänen und Befehlen regiert. Zur Durchsetzung dieser Politik werden alle autonomen Ansätze der Arbeiter*innen und Bäuer*innen zerstört.

In der Sowjetunion wurden parteiinterne Kritiker im Jahre 1921, auf dem 10. Parteitag ausgeschlossen. In der DDR geschah dies unmittelbar nach der Staatsgründung 1949. In beiden Fällen sind oppositionelle Strömungen Anlass für die Bolschewisierung der Parteien.

In der Sowjetunion herrschte 1921 eine schwere wirtschaftliche Lage. Zudem wurde der Protest gegen die Bolschewiki immer größer und es kam in Kronstadt sogar zum offenen Aufstand.

1949, als die SED ihre Kritiker mundtot machte, ging es um die weltweite Auseinandersetzung mit Titos Jugoslawien, das Stalin offen widersprach

und für die kommunistischen Parteien aller Länder das Recht verlangte, einen eigenen – nicht von der SU bestimmten – Weg zum Sozialismus gehen zu können.

1950 zur Hochzeit des Kalten Krieges ging es der KPdSU um die Etablierung der kommunistischen Parteien in den besetzten Ländern als Staatsapparteien mit allen Mitteln; 1921 in der Sowjetunion ging es Lenin um den Machterhalt der Bolschewiki mit allen Mitteln.

In Zeiten, in denen die Macht der Kommunisten bedroht ist, verlangt die Ideologie den monolithischen Zusammenschluss der Partei. Nichts eignet sich für dieses Zusammenrücken besser als ein gemeinsamer Feind. Die Existenz des gemeinsamen Feindes ermöglicht der Partei sich zu stählen; jede Abweichung muss jetzt bekämpft werden, da sie dem Feind nützt; jeder Verräter muss entlarvt; großangelegte Säuberungen durchgeführt werden und nur Disziplin und Ordnung gelten als Gradmesser für die Zugehörigkeit zur bedrohten Partei.

Die Vergleiche der drei Parteien KPD, KPdSU und SED sprechen für sich und machen deutlich, dass alle Parteien mit ähnlichen Ideologien zu gleichen praktischen Schritten kamen.

Schon die Niederlage der KPD in der Weimarer Republik war weitgehend mitbestimmt worden von der Politik der Kommunistischen Internationale (sprich: den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion). Die Sowjetunion als »Mutterland aller Werktätigen« setzte über die KI jeweils die ihr notwendig erscheinende Politik in den kommunistischen Parteien Europas durch.

Fühlte sie sich bedroht von der Stärke der imperialistischen Staaten England und Frankreich, ließ sie ihre kommunistischen Parteien als Massen- oder Volksparteien auftreten, Bündnisse schließen und bürgerliche Intellektuelle für sich sprechen. Fühlte sie sich aber stabilisiert, sah sie Krisen in den Ländern des Kapitals heranrücken, befahl sie ihren Parteien eine härtere Gangart, stürzte sie sie in verfrühte und aussichtslose Putschversuche (Deutschland 1921, 1923 etc.) oder wie zuletzt ab 1929, kurz vor der faschistischen Machtübernahme, ließ sie jede Zusammen-

arbeit mit anderen Arbeiterparteien verbieten, weil nach ihrer Sichtweise die Revolution in Deutschland unmittelbar bevorstand und diese nur mit Hilfe einer bolschewistisch geschlossenen Partei durchzuführen sei. Diesen Überlegungen verdanken die deutschen Kommunisten das schöne Wort vom »Sozialfaschismus«, das als Politik durchgeführt seinen Anteil am Sieg des Faschismus hatte.

Zu allen Zeiten aber – und egal wie die Linie gerade war – ließ sie Kritiker und Opponenten entmachten; säuberte sie ihre Parteien von Abweichlern jeder Art. Die erste Säuberung wurde in der Sowjetunion im Jahre 1921 durchgeführt und der weise Steuermann Lenin war ihr Organisator.

Der Grund für diese erste Säuberung lag darin, dass die Bolschewiki als Staatspartei plötzlich für Menschen mit vielerlei Interessen sehr attraktiv geworden waren. Jeder, der im neuen Russland sozial aufsteigen wollte, musste in der KPdSU sein.

Gegen diese Infiltration beschloss die Parteiführung die Partei zu schützen. Kontrollkommissionen wurden eingesetzt und auf Parteitribunalen, d. h. auf öffentlichen Versammlungen wurden die persönlichen Vorgesichten und das moralische Verhalten der Parteimitglieder überprüft. Jederman im Publikum konnte sich zu Wort melden und für oder gegen die Person aussagen. Derjenige, der nicht für würdig befunden wurde, hatte keine Strafe zu erwarten, aber der Verlust der Mitgliedschaft in der herrschenden Partei beraubte ihn mit großer Wahrscheinlichkeit seiner Aufstiegschancen oder seiner Arbeit, wenn er einen verantwortungsvollen Posten innehatte.

Auf diese Weise wurden innerhalb kurzer Zeit 200.000 Mitglieder, etwa ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft ausgeschlossen.

»Das Fußvolk der Partei begrüßte die Ausmerzungen von Überläufern und korrupten Kommissaren, war aber betroffen, dass die Säuberung einen solchen Umfang angenommen hatte. Man wusste, dass sich die Säuberungen periodisch wiederholen würden, und die Leute fragten sich daher, was im nächsten oder übernächsten Jahr geschehen würde. Die Kleinen und

Vorsichtigen begannen, es sich zweimal zu überlegen, bevor sie (sich) eine riskante Äußerung gestatteten oder einen Schritt taten, der ihnen bei der nächsten Säuberung den Vorwurf der politischen Unreife oder Rückständigkeit eintragen konnte. Gedacht als Mittel, die Partei zu reinigen und ihren Charakter zu wahren, sollte das Säuberungsverfahren der Partei als das tödlichste Werkzeug der Selbstunterdrückung dienen.«

Isaac Deutscher, Trotzki, Stuttgart, Berlin 1962, Bd.II, S. 33

In den großen Prozessen gegen Bucharin, Radek u.a. und den stalinistischen Säuberungswellen Mitte der dreißiger Jahre, fand diese Politik ihren Höhepunkt.

Unzählige deutsche und europäische Kommunisten, verfolgt von den Faschisten ihrer Heimatländer, wurden im Lande Stalins, im Mutterland der Werktätigen, das Opfer des Revolverlaufes im Genick.

Die deutschen Kommunisten Ulbricht, Pieck und auch Grotewohl, die zusammen mit den anderen ausländischen Kommunisten im Hotel Lux und anderen bekannten Stätten der Emigration in Moskau lebten, kannten diese stalinistische Praxis sehr genau. Unzählige Autobiografien Davongekommener berichten von diesen Tatsachen.

So können also die Mitglieder der Gruppe Ulbricht, die bereits im März 1945 wieder auf deutschem Boden waren, als treueste Vasallen Stalins bezeichnet werden. Sie hatten in ihrer gesamten Exilzeit keinen Finger gerührt, um sich für verfolgte Kommunisten einzusetzen. Sie waren sich des stalinistischen Terrors voll bewusst und billigten ihn.

In diesem Sinne standen Ulbricht und Pieck in der Tat in der Kontinuität von Ernst Thälmann.

Die 13.Tagung des Parteivorstandes der SED im September 1948 beschloss die Einrichtung einer Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) und entsprechender Institutionen für jeden Landes- und Kreisverband. Mit Hilfe der mächtigen ZPKK (von 1948 bis zu seinem Tode 1971 von Hermann Matern geleitet) entledigte sich Ulbricht in der Fol-

gezeit aller innerparteilichen Gegner. Bei der ersten Säuberung 1950/51 wurden 150.000 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen, gleichzeitig begannen auch die ersten großen Säuberungen an der Parteispitze.

Exkurs: Schauprozesse in den 50er Jahren

Wie schon erwähnt bildete der sowjetische Bruch mit Jugoslawien sowie der eskalierende Kalte Krieg die Grundlage für umfassende Säuberungen in den Parteien der besetzten Länder.

Dem äußeren Kalten Krieg wurde nun zum inneren Gebrauch die Theorie von der »Verschärfung des Klassenkampfes in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus« angehängt.

»Wachsamkeit« wurde zur wichtigsten Parole, da entsprechend dieser Theorie der geschlagene, in die Ecke gedrängte Klassenfeind sich allerlei Tarnmittel bediente, um die volksdemokratische Ordnung zu stürzen und den Aufbau des Sozialismus zu stören.

Auf der Kominform-Tagung vom 28. Juli 1948, auf der die »Umwandlung Jugoslawiens in eine Kolonie der imperialistischen Mächte« als Schreckgespenst an die Wand gemalt wurde, teilte das sowjetische Politbüro-Mitglied Schdanow den Delegierten mit, die sowjetischen Sicherheitsorgane verfügten über Beweise, dass Tito ein imperialistischer Agent sei.

Auf Befehl Stalins wurde nun damit begonnen, in allen Satellitenstaaten die »Entlarvung« Titos und die Liquidierung der potentiellen »Titoisten« zu organisieren.

Direkt aus Moskau erging an die Parteien in den Satellitenstaaten die Anweisung: eine titoistische Verschwörung in den Spitzen der Parteihierarchien ausfindig zu machen, die auf Geheiß der imperialistischen Nachrichtendienste die sozialistische Ordnung zu stürzen plant. Auch die Kategorie der Verdächtigen wurde von Stalin festgelegt:

1. die aus dem westlichen Exil Heimgekehrten
2. die Internationalisten (Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg)
3. die Führer der nationalen Untergrundbewegungen
4. die Kosmopoliten (jüdische Intellektuelle)

Kurz: Alle leitenden Funktionäre, die nicht aus Moskau in ihre Länder zurückgekehrt waren und somit nicht von den sowjetischen Sicherheitsorganen angeworben oder zumindest überprüft worden waren.

»Die Säuberungen hätten auch ohne Tito stattgefunden, aber der Bruch beschleunigte sie. Stalin begann seinen engsten Mitarbeiter*innen zu misstrauen. Er beschuldigte Molotow, Woroschilow, Mikojan, Berija, General Schukow, ja sogar seinen treuen Privatsekretär Pskrebyschew, britische Spione zu sein [...]

Der Parteitheoretiker Andrey Schdanow starb unter mysteriösen Umständen. Stalin, der wahrscheinlich seinen Tod angeordnet hatte, beschuldigte die jüdischen Ärzte des Kremls des Mordes und fabrizierte die berüchtigte 'Ärzte-Verschwörung' als Höhepunkt seiner antisemitischen Kampagne und als Vorwand für die geplante Deportation der sowjetischen Juden nach Birobidschan in Zentralasien.«

Georg Hermann Hodos, Schauprozesse, Zürich 1988, S. 19

»Stalins Judenverfolgung hatte sowohl außen- als auch innenpolitische Ursachen. Anfangs unterhielt die SU noch sehr gute Beziehungen zum 1948 gegründeten Staat Israel, doch bald schwenkte sie auf die arabische Seite um. Gleichzeitig damit begann – zunächst in der SU, dann auch in den Satellitenstaaten – die antisemitische Hetze, als Kampagne gegen den Kosmopolitismus verkleidet. Schritt für Schritt wurde den Juden das Recht entzogen, ihre kulturellen Traditionen zu pflegen. Der Jiddisch-Unterricht wurde verboten, jiddische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher durften nicht mehr erscheinen. In den Jahren 1950 bis 1952 ließ Stalin die Mitglieder des während des Krieges gegründeten jüdischen antifaschistischen Komitees verhaften und liquidieren [...] Der Antisemitismus hätte im berüchtigten Schauprozess der 'Ärzte-Verschwörung' und in der Deportation der sowjetischen Juden in das fernöstliche Birobidschan kulminieren sollen, doch diese Pläne kamen nach Stalins Tod nicht mehr zur Ausführung.«

Hodos, S. 126

Ilja Ehrenburg erinnert sich:

»Am dreizehnten Januar kamen die Zeitungen erst mittags. Ich schlug unlustig die Prawda auf. »Zu einem neuen Aufschwung in der Erdölindustrie«, »Flaute in Frankreichs Außenhandel«. Auf der letzten Seite las ich plötzlich: »Eine Gruppe von Arztschädlingen verhaftet.« Tass meldete die Verhaftung einer Ärztegruppe, die am Tode Schdanows und Stscherbakows schuldig sei. Die Ärzte hätten gestanden, dass sie die Marschälle Wasilewski, Goworonow, Konoew und andere hätten umbringen wollen. In der Zeitung stand, die meisten Verhafteten seien Agenten der »Internationalen jüdischen bürgerlich-nationalistischen Organisation JOINT«, die über den Arzt Schimeljowitsch und den »jüdischen bürgerlichen Nationalisten Michoels« Instruktionen erhalten hätten. Zu den Verhafteten gehörten namhafte Ärzte – drei Russen, sechs Juden.

Ich suchte in Erfahrung zu bringen, was geschehen war. Die einen sagten, die Ärzte habe man schon vor zwei Wochen verhaftet, andere dagegen berichteten, man habe die Ärzte, die Stalin behandelten, zu einem Konsilium geladen und anschließend verhaftet. Alle aber erklärten, in den Krankenhäusern sei die Hölle los, viele Patienten hielten die Ärzte für hinterlistige Verbrecher und weigerten sich, Medikamente einzunehmen. Der Agronom, der damals mit Sartre gesprochen hatte, verbrachte gerade seinen Urlaub in Moskau. Er kam vorzeitig nach Hause und erzählte mir, seine Frau habe einen Schrecken bekommen: »Noch heute reisen wir ab – hier vergiften sie uns.« Eine Ärztin erzählte: »Gestern musste ich den ganzen Tag Pillen und Pülverchen schlucken, zehn Medikamente gegen zehn Krankheiten – meine Patienten hatten Angst, ich sei eine Verschwörerin.«

Auf dem Tischinski-Markt grölte ein Betrunkener: »Die Juden wollen Stalin vergiften.«

Ilja Ehrenburg, Menschen, Jahre, Leben, Berlin (O) 1978, Bd. III, S. 525

Als Grundlage für alle Schauprozesse in den Satellitenstaaten wurde die sogenannte »Noel-Field-Affäre« herangezogen.

Der Engländer Noel Field hatte während des 2. Welt-Krieges das Büro des Unitarian Service Comitees in der Schweiz geleitet und sich für die Rettung der vom Faschismus verfolgten Menschen eingesetzt. In dieser Zeit hatte das USC eng mit der Sowjetunion zusammengearbeitet. Nach dem 2. Weltkrieg versuchte Field aufgrund seiner Kontakte mit vielen – jetzt in führenden Stellen in den sozialistischen Ländern betrauten – Menschen, für sich persönlich einen neuen Job zu bekommen und er unternahm Reisen in die verschiedensten Länder.

Am 12. Mai 1949 verschwand er spurlos aus dem Palast-Hotel in Prag. Seine Frau, die nach ihm suchte, verschwand am 25. August ebenso spurlos.

Ob aufgrund gezielter Falschmeldungen des CIA oder eigener Vermutungen des KGB – Stalin behauptete jetzt, dass dieser Noel Field ein amerikanischer Agent sei und während des Exils in der Schweiz viele Kommunisten für den amerikanischen Geheimdienst angeworben hatte. So waren also alle Menschen, die damals in der Schweiz Kontakt mit Field hatten, verdächtig, imperialistische Agenten zu sein.

Die wichtigsten Prozesse in dieser Zeit waren der Rajk-Prozess in Ungarn, der Slansky-Prozess in der Tschechoslowakei und der Kostow-Prozess in Bulgarien. Sie fanden alle kurz nacheinander statt und beeinflussten untereinander die Prozessführung der stalinistischen Ankläger.

Am 19. September 1949 sagte Tibor Szöny im Budapester Rajk-Prozess aus, dass Field und die Jugoslawen in der Schweiz nicht nur zur ungarischen, sondern auch zu anderen Emigrantengruppen verräterische Verbindungen aufgenommen hatten, so zu »einer deutschen trotzkistischen Gruppe.«

Das war der erste Hinweis auf den zukünftigen Prozessschauplatz Ost-Berlin. Generaloberst Serow erließ an Ulbricht den Auftrag, einen Ausschuss in der Zentralen Parteikontroll-Kommission einzurichten und übergab

ihm eine Liste der spionageverdächtigen Personen, alles ehemalige KPDler, die in der starken Schweizer Exil-Gruppe mitgearbeitet hatten. Gleichzeitig wurde in Moskau die politische Vorbereitung eines ostdeutschen Schauprozesses vorbereitet.

Auswirkungen der osteuropäischen Schauprozesse auf die DDR

Auf dem 3. Parteitag der SED, 1950, sagte Staatspräsident Wilhelm Pieck in seinem Rechenschaftsbericht:

»Der Rajk-Prozess erbrachte den einwandfreien Beweis, dass die von Field geworbenen Agenten von Allen Dulles und seinen Mithelfern mit politischen Aufgaben betraut wurden [...] und dass Field eine solche Tätigkeit auch unter den deutschen Emigranten ausgeübt hat.«

Im Beschluss des Parteitages hieß es dann dazu:

»Die Prozesse gegen Rajk in Ungarn und Kostow in Bulgarien haben den einwandfreien Beweis erbracht, dass die Tito-Clique im Auftrag und im Solde des anglo-amerikanischen Imperialismus in allen demokratischen und friedliebenden Ländern ein verzweigtes Netz von Agenten unterhält, die das schmutzige Handwerk der Kriegstreiber besorgen soll.«

Am 24. August verabschiedete das ZK der SED eine Erklärung »zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Comitees, Noel H. Field.« Elf Verhörte wurden in der ZK-Erklärung mit Namen genannt.

Schuldige wurden schnell gefunden, doch die Änderung der sowjetischen Politik verzögerte die Einberufung eines Schauprozesses, da das Schwergewicht der stalinistischen Verdachtsmomente sich allmählich von den Titoisten zu den jüdischen Kommunisten wandte. Die abscheulichsten Bösewichte hießen plötzlich nicht mehr Dulles sondern Morgenthau und Ben Gurion; zum Hauptfeind wurde die »zionistische Agentur des amerikanischen Imperialismus« ernannt, die Trotzlisten und Spione in die jungen Volksdemokratien entsandt hatten.

In der DDR bedeutete dies, dass den Angeklagten jetzt andere Motive für ihre parteifeindliche Arbeit unterstellt wurden. So war jetzt plötzlich

Paul Merker, dem vorher keine so große Bedeutung zukam, einer der Hauptangeklagten. Ihn soll der amerikanische Geheimdienst schon vor zehn Jahren in der mexikanischen Emigration angeworben und ihn zum Leiter der zionistischen Agentengruppe ausgebildet haben, um ihn nach Kriegsende in die Führungsspitze der deutschen Partei einzuschleusen.

Die weitere Rollenverteilung sah folgendermaßen aus:

Die Verbindung zur »Field-Gruppe« wurde Fritz Sperling angedichtet und Kurt Müller repräsentierte die »trotskistische« Komponente der Verschwörung.

Stefan Heym:

»Faber (das ist Paul Merker oder Walter Janka) ist bleich geworden, seine Lippen zittern, mit fahriger Hand zerrt er an seiner Krawatte und öffnet den Hemdkragen; irgendein barmherziger Genosse im Saal rückt zur Seite, damit er sich setzen kann. Da sitzt er nun, geschlossenen Auges und hört die Fortsetzung des Referates des Genossen Erster Sekretär, das jetzt von der Entlarvung der Agenten des Klassenfeindes in den Reihen der Partei handelt, er hört, wie sein eigener Name genannt wird.

Bedeutet sein Schweigen schon das Schuldgeständnis, denn belegbar ist, dass er in Marseille und später auch in Mexiko Kontakte hatte mit dem Amerikaner Noel Field. Besagter Field aber sitzt längst hinter Gittern bei unseren ungarischen Genossen, überführt als Agent der imperialistisch-zionistischen Weltverschwörung, für die er ein internationales Netz wob, dessen Fäden auch in unsere Partei reichten; und war Faber nicht auch ein führendes Mitglied der illegalen Lagerleitung in Le Vemet gewesen.

Wie vertraut das klingt. Die Namen auswechselbar, die Einzelheiten variabel, doch immer Verrat und Verschwörung, in Moskau und in Budapest, in Sofia, Bukarest, Prag, ganz zu schweigen von Belgrad, wo die kleine Clique verächtlicher Renegaten obsiegt: noch nie war eine politische Bewegung von

feindlichen Agenten in den eigenen Reihen so geplagt gewesen wie die kommunistische, Agenten, die sich überall festnisteten, besonders in den Spitzengremien der Partei [...]»

Stefan Heym, Collin, München 1979, S. 124

»Tragisch ist«, definierte Urack (der hohe Stasi-Bonze), »wenn einer in die Scheiße gerät, ohne dass er was dafür kann.« und fügte hinzu. »und dennoch war er auch selber schuld.«

»Das ist ein Widerspruch«, sagte Collin (der Romanautor). »Entweder einer ist schuld oder er ist nicht schuld; dazwischen gibt es nichts«

»Stimmt – wenn du die Dinge betrachtest, nachdem alles vorbei ist. Aber wir müssen vorher schon handeln, wir müssen auch die potentiellen Schuldigen schon unschädlich machen.«

»Und wie erkennst du die?«

»Das ist eben das Problem«, sagte Urack. »Der Faber hat nichts Böses getan; hat gegen keines der Gesetze verstoßen, die für uns galten; darin ist er frei von Schuld. Seine Schuld ist, dass er da war und dass er war, wie er war. Dass er wie zugeschnitten war für den Rock, den wir ihm anzogen.«

Collin dachte an Havelka und wie sie dem den Rock angezogen hatten, und sagte: »Jawohl, der Verräter Faber, der Agent des Zionismus und Imperialismus«. Und zuckte doch zurück; man muss nicht immer alles aussprechen.

Urack verzog den Mund. »Ist dir nie aufgefallen, Genosse Collin, dass ein Zusammenhang bestehen könnte, zwischen dem, wie einer ist, und dem, was aus ihm wird? Mich hat das immer interessiert, weil es mit mir und meiner Arbeit zu tun hat [...] ich habe mich auch immer gefragt, wie Faber gehandelt haben würde, wenn er an meiner Stelle gesessen hätte und ich an seiner.«

»Anders?«

»Nein. Genauso.« Urack schnaufte. »Aber er hätte eben nicht an meiner Stelle gesessen. Aus einem Trotzki konnte immer nur ein Trotzki werden, ein großmäuliger Versager, dem irgendein Bursche mit der Spitzhacke den Schädel einschlägt; aus einem Stalin wurde aber – eben ein Stalin.«

»Du kannst doch Faber nicht mit Trotzki vergleichen. Trotzki war ein Gegner.«

»Faber war schlimmer. Er war ein armes Schaf. Und wurde daher geschlachtet, wie ein Schaf.«

»Und Havelka?«

[...]

»Ich versuche dir etwas beizubringen, Genosse Collin, und zwar am Beispiel des Genossen Faber. Meinst du, es hat uns Vergnügen gemacht, solche Prozesse durchzuführen? Aber Klassenkampf ist Klassenkampf. Da musst du hart sein. Und lieber einen zuviel aus dem Verkehr ziehen, als die Sache, für die wir uns selber opfern, gefährden zu lassen. Und er wollte partout nicht mitspielen, der Faber.«

Collin dachte an das Loch in der Decke der Zelle, durch das sie Luft hineinpumpten, und an die achtzehn Monate, die Faber ausgehalten hatte, und sagte: »Vielleicht wollte er einfach nicht sterben wie Rajk starb und Slansky und all die anderen in Prag und Budapest und Sofia [...] mit der Schlinge um den Hals. Wärst du etwa gern so gestorben?«

»Ich habe dir doch bereits auseinandergesetzt«, Urack hob dozierend die Finger, »wozu einer vorgesehen wird, hängt davon ab, wie er ist und was er ist.«

Heym, Collin, S. 213

Trotz vieler Verdächtiger kam es in der Frühphase der DDR jedoch zu keinem Schauprozess. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der Teilung Deutschlands, da sich viele der Kommunisten, die in der Schweiz im Exil gelebt hatten, jetzt in der Bundesrepublik aufhielten und diese – sowie die Freunde und Bekannte der Angeklagten – das stalinistische Lügegebäude jederzeit hätten auseinandernehmen können. Die DDR existierte zu dieser Zeit gerade erst 10 Monate und der kalte Krieg hätte den West-Kommunisten große Propagandawirkung zugebilligt.

So wurden die Angeklagten zwar verurteilt oder die Verdächtigen aus der Partei ausgeschlossen, zu einem großen öffentlichen Schauprozess kam es aber nicht. Nach den Säuberungen an der Parteispitze fand im Juni 1951 eine Überprüfung aller Mitglieder statt. Sie diente nicht nur der Partei-

säuberung, sondern wurde zugleich dazu benutzt um über jedes Mitglied Führungsakten anzulegen: das sogenannte Grundbuch. Dessen Zweck ging aus einer ZK-Anweisung hervor:

»Das Grundbuch dient zur personellen Registrierung der Mitglieder und Kandidaten in der Partei. Es enthält neben den Angaben zur Person alle die Merkmale, die für die Partei zur Beurteilung des Kandidaten wichtig sind [...] Die Grundlage für die Ausstellung des Grundbuches bildet der Fragebogen. Alle Eintragungen ins Grundbuch erfolgen nur mit der vom ZK gelieferten Spezialtinte und in gut leserlicher Handschrift [...] Alle Veränderungen im Leben des Mitgliedes bzw. Kandidaten müssen auf dem dazu vorgesehenen Benachrichtungsschein der Kreisleitung zur Eintragung ins Grundbuch mitgeteilt werden.«

Weber, Geschichte [...], S.201

Die Kontrolle der eigenen Mitgliedschaft war damit umfassend und die SED hatte ihre Parteimitglieder nun völlig im Griff. Es gab nach der Gleichschaltung mit der KPdSU keine abweichenden Positionen mehr in der Partei. Über jederzeit mögliche Säuberungen wurden Angst und Duckmäusertum gefördert. Offene Fraktionsbildungen unterblieben fast vollständig und wenn sie in den fünfziger Jahren noch vorkamen, so endeten sie in Prozessen und Parteiausschlüssen wie bei Janka/Harich. Nur die jeweilige richtige Linie wurde öffentlich diskutiert; die Partei war tot und lebte glücklich weiter.

III. Wirtschaft/Ökonomie



A) Staatskapitalismus am Beispiel der DDR

1. Einleitung

Spätestens nach dem sowjetischen Bruch mit Jugoslawien waren alle Überlegungen in der DDR zum Scheitern verurteilt, die einen eigenen Weg zum Sozialismus aufgrund der vorhandenen Bedingungen und Möglichkeiten vorsahen. Für diesen etwas anderen Weg – z. B. in der Bauernfrage – standen die 1956 verhafteten Wolfgang Harich, Walter Janka und ihre Freunde.

Das Vorbild Sowjetunion war also die ökonomische Leitlinie des Aufbaus des Sozialismus in der DDR geworden.

In der Sowjetunion waren die Bedingungen für die Bolschewiki nach der Machtübernahme besonders schwer. Auf der einen Seite waren sie nun die Machthaber in einem lediglich halb-kapitalisierten Land, dessen

Kapitalisierung sie nun auch noch voranzutreiben hatten, um im leninistischen Sinne den Übergang zum Sozialismus erreichen zu können. Auf der anderen Seite stand die frisch gegründete Sowjetunion gleich von Anfang an in einem Bürgerkrieg, der durch die Beteiligung ausländischer Interventionsarmeen noch verschärft wurde.

So war die Einführung des Kriegskommunismus nicht das Ergebnis großartiger Überlegungen, sondern ein Gebot der Stunde.

Für Lenin waren die Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus in der Sowjetunion nicht gegeben. Er bezeichnete seine Regierung als Verwalterin des Staatskapitalismus, der teilweise aber erst noch installiert werden musste.

Ein vollkommen entwickelter Staatskapitalismus, in dem die Macht sich in den Händen des Staates oder der bolschewistischen Regierung konzentriert und in dem die Verschmelzung der gesamten Wirtschaft über die erzwungene Staatsmonopolisierung durch die Bürokratie gegeben ist – befindet sich aufgrund dieser Monopolisierung auf dem Weg zum Sozialismus. Denn der entwickelte Staatskapitalismus durchlebt in seiner Entwicklung die gleichen Phasen wie der Kapitalismus und muss daher an die gleichen Grenzen stoßen. Lenin ging davon aus, dass im voll entwickelten Kapitalismus der Widerspruch zwischen individueller Aneignung und gesellschaftlicher Organisation immer größer werden muss, so dass die Verhältnisse selbst zum Hemmnis ihrer weiteren Entwicklung werden und der große Sprung nach vorne – zum Sozialismus – sich naheliegenderweise anbietet. Im Kopieren dieser kapitalistischen Entwicklung wurde in der Sowjetunion die Möglichkeit gesehen, den Sozialismus doch noch zu erreichen.

Der einzige Unterschied bestand jedoch darin, dass laut Lenin die Macht sich ja bereits in den Händen des Volkes befand – stellvertretend durch die Avantgarde der Partei ausgeübt – und die Aufgabe der Partei nun darin bestand, das Volk zur Übernahme und Verwirklichung der Macht zu erziehen [...]

Da der Sozialismus eben nur über das Zwischenziel Kapitalismus zu erreichen war, mussten alle Bestrebungen des Proletariats, Selbstorga-

nisationsformen zu etablieren, beseitigt werden, denn ein wesentlicher Bestandteil der SU bildeten die zahlenmäßig sehr stark vorhandenen Bäuer*innenmassen, deren Interessen bei Strafe des Unterganges nicht vergessen werden durften.

So geschah es also, dass zwar auf der einen Seite – in den Betrieben – alles Eigentum in die Hände des Staates überging, während auf der anderen Seite den kleinen Bauern neues Land als individuelles Eigentum geschenkt wurde. Zwar gab es auch damals schon den Gedanken der Kollektivierung, doch in den ersten Jahren dominierte die Schaffung von Eigentum im Agrarbereich.

Selbstverständlich mussten sich diese Maßnahmen widersprechen und wurden auch von Rosa Luxemburg u. a. kritisiert.

Da die Bolschewiki sich aber der Rückständigkeit ihres Volkes/Landes bewusst waren, mussten sie die vorauspreschenden Teile des Proletariats zum Wohle des Gesamtsystems stoppen.

Alle basisorientierten Bewegungen/Fabrikkomitees etc. wurden von den Bolschewiki entmachtet und stattdessen ein riesiges bürokratisches Planungsheer installiert, das allein Befugnisse hatte, Pläne zu erstellen und Aufgaben und Arbeit einzufordern.

Die Bedingungen unter denen der sowjetische Prolet zu arbeiten hatte, ähnelten denen in den kapitalistischen Staaten, deren Arbeitsorganisationsformen wie z. B. Taylorismus auch offen von Lenin als Vorbild genannt wurden. Letztlich führte dieser Widerspruch zwischen Proletariat und Bäuer*innen zu verschiedenen Versorgungskrisen, zu Zwangsmaßnahmen, Naturalsteuern etc.

Er führte auch – über die politischen Differenzen, Kronstadt etc. – zum weiteren Rückzug des Leninismus und zur Installierung der Neuen Ökonomischen Politik. Sie ließ eine teilweise Etablierung von Privatunternehmen zu und propagierte den offenen Wettstreit zwischen Privatinitiative und staatlicher Organisation, was solange gutging, bis aufgrund der verschärften ökonomischen Situation wieder neue scharfe Maßnahmen

durchzuführen waren. Diese lagen dann jedoch schon in den Händen Stalins, der mit Gewalt den Bäuer*innen das geschenkte Land wieder nahm und die Kapitalisierung der Landwirtschaft, als Kollektivierung bezeichnet, durchsetzte.

Grundsätzlich:

Schon die Vorbilder leninistischer Arbeitsorganisation haben wenig mit sozialistischen Vorstellungen zu tun und weisen darauf hin, dass sich die SU nach wie vor in den Bahnen kapitalistischer Entwicklungsgesetze befindet. Dies schließt die Produktion von Mehrwert unter dem Deckmantel des »Aufbaus des Sozialismus« mit ein.

Die Lohnbeziehung ist für die Arbeiter*innen identisch mit der kapitalistischen Produktion. Weiterhin haben sie nichts anderes zum Verkauf als ihre Arbeitskraft.

Wie im Kapitalismus wird der Preis der Ware Arbeitskraft bestimmt durch die Reproduktionskosten, die diesmal aber von der Planungszentrale festgelegt sind.

Über einen eingeschränkten Markt (eingeschränkt deshalb, weil der Markt von der Planungsbürokratie in Fesseln gelegt wird und das wesentliche Moment der kapitalistischen Konkurrenz wegfällt) wird die Mehrarbeit, wird der Mehrwert, der durch die Arbeiter*innen geschaffen wird, realisiert und von der Bürokratie angeeignet, die über deren Verteilung bestimmt.

So führt also die Art der Produktion letztlich zum Anwachsen einer privilegierten Bürokratie, die strenggenommen als neue herrschende Klasse bezeichnet werden muss.

Wir werden nun theoretisch bestimmen, was wir unter »Staatskapitalismus« verstehen. Das ist zugleich eine Zusammenfassung dessen, was in den vorhergehenden Artikeln ausführlich historisch und konkret dargestellt ist. Wir sehen die Gemeinsamkeit der westlichen, bürgerlich-parlamentarischen und privat-kapitalistischen mit den östlichen, obrigkeitsstaatlichen und staatskapitalistischen Ländern in der spezifischen Form

einer kapitalistischen Warenproduktion (2.). Die Differenz besteht in der Organisation der Produktionsverhältnisse, also in den Klassenverhältnissen und in der Organisation der Ökonomie durch Markt und Plan (3. und 4.). Schließlich unterscheiden sich die staatskapitalistischen und privat-kapitalistischen Systeme in der Form und Funktion des Staates (S.).



2. Kapitalistische Warenproduktion

Die kapitalistische Warenproduktion ist bestimmt durch ihre Funktion: Produktion von Wert bzw. Mehrwert. Für den hier verhandelten Zusammenhang müssen zwei zentrale Aspekte kapitalistischer Warenproduktion wenigstens kurz erklärt werden. Sie betreffen beide die innere Dynamik der Wertproduktion, die zum einen (a) die Konkurrenz zwischen einzelnen Wirtschaftseinheiten (Einzelkapitale, Staaten, Wirtschaftsblöcke,...) notwendig als ihre Bewegungsform hat, die zum anderen (b) nur durch eine spezifische Form der Organisation des Arbeitsprozesses möglich ist (extremer Grad der Arbeitsteilung, zunehmende Technisierung,...).

(a) Die Produktion von Wert hat einen eindeutigen nämlichen quantitativen Maßstab: die Summe der produzierten Waren, die einen bestimmten Wert darstellen. Ein Kapital, das permanent unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt Waren produziert, sich also schlechter oder gar nicht verwertet, wird über kurz oder lang von sich besser verwertendem Kapital verdrängt. Die Verwertung eines Kapitals wird (unter sonst gleichbleibenden Bedingungen) letzten Endes bestimmt durch die Produktivität der verwendeten Lohnarbeit. Diese Produktivität (und in deren Folge die Konkurrenzfähigkeit) kann durch die technischen Hilfsmittel (Maschinen, Rohstoffe etc.) und durch die Organisation eines stark arbeitsteiligen Arbeitsablaufes erhöht werden (also: durch Entwicklung der Produktivkräfte, s. (b)).

Auf einem gegebenen Entwicklungsstand gibt es also eine gesellschaftliche Produktivität der Arbeit und der Verwertung des Kapitals. Dieser Durchschnitt wird als Tendenz durch die Konkurrenz realisiert. Er wird aber dadurch gleichzeitig beständig verändert: Die Konkurrenzfähigkeit wächst mit der Steigerung der Produktivität der Lohnarbeit. Dadurch wird die Steigerung der Produktivität zu einer Notwendigkeit für alle wirtschaftlichen Einheiten (Einzelkapital, Staaten, Wirtschaftsblöcke).

Über den Weltmarkt existiert dieses ökonomische Konkurrenzverhältnis auch für die Wirtschaftsblöcke. Aus noch zu klärenden Gründen (s. 2.) hat die staatskapitalistische Form der Warenproduktion einen chronisch geringeren Grad der Verwertung erreicht als die westliche Konkurrenz.

Dies hat zwei entscheidende Auswirkungen. Erstens müssen sich die RGW-Staaten statt mit ökonomischer (also durch Konkurrenzfähigkeit) immer mehr mit politischen Mitteln schützen. Zweitens hängt vom Grad der Produktivität der gesamtgesellschaftlichen Lohnarbeit das Gesamtquantum der produzierten Waren ab. Damit ist die Größe des Kuchens bestimmt, der zwischen Akkumulation (Neuinvestitionen etc.) und Konsumtion (Lohn etc.) verteilt werden kann. In dem Maße also, wie die staatskapitalistischen Länder die Produktivität der Lohnarbeit bzw. die Akkumulation des Kapitals nicht im gleichen Grad wie die privat-kapitalistische Konkurrenz steigern können, sinkt auch der Grad der Konsumtion der staatskapitalistisch ausgebeuteten Produzent*innen.

(b) Wächst in der DDR auf der einen Seite der Anteil der Lohnarbeiter*innen an der Konsumtion geringer als in der BRD, so bleiben die Produzent*innen in der DDR grundsätzlich den gleichen Zwängen einer kapitalistischen Warenproduktion ausgesetzt. Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation sind notwendige Mittel der Wertproduktion. Die je konkrete Arbeit wird zum Anhängsel einer Maschine, zum winzigen Rädchen in einem gesamtgesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess. Lenins Lob des Taylorismus ist daher keineswegs ein Denkfehler, sondern die richtige Einsicht, dass eine kapitalistische Warenproduktion nur durch die Steigerung der Produktivität der Lohnarbeit funktionieren kann. Allerdings wird auf diesem Weg der »neue sozialistische Mensch« den grundsätzlich gleichen Arbeitsbedingungen unterworfen wie seine Brüder und Schwestern im Privatkapitalismus. Deshalb fand die Geburt des »neuen sozialistischen Menschen« nur in der Ideologie statt: Er diente gerade auch dazu, die Arbeitsintensität zu steigern, womit allerdings technologische Defizite nicht ernsthaft ausgeglichen werden können. Denn die Produktivität der Lohnarbeit in einer entwickelten kapitalistischen Warenproduktion hängt wesentlich von der Entwicklung der Produktivkräfte ab und kann durch eine bloße Arbeitshetze nicht erreicht werden.

Außerdem ist die beste Arbeitshetze die, die durch den Takt der Maschine, einen reibungslosen Arbeitsablauf und die Drohung der Arbeitslosigkeit durchgesetzt wird. Auch hier, also blieb den staatskapitalistischen Ländern nichts anderes übrig, als die im Vergleich zum Westen fehlenden ökonomischen Mittel mit politischen zu ersetzen – so schlecht das

eben geht. Der »neue sozialistische Mensch«, die »sozialistische Solidarität«, die »epochale Überlegenheit des Sozialismus« waren schnell bloß ideologische Mittel, um die staatskapitalistischen Defizite zu übertünchen. So wie der neue sozialistische Mensch seine Verkörperung in Adolf Hennecke fand, so die sozialistische Solidarität in der Zwangskollektivierung der Bäuer*innen, so die Überlegenheit im Mauerbau und Mangel an Kaffee und Südfrüchten.

3. Der große Plan

Die Einführung der sozialistischen Planwirtschaft wurde in der Sowjetunion von vielen Diskussionen und Auseinandersetzungen geprägt. Es kam damals zur Bildung von drei großen Gruppen, deren Vertreter*innen a) Trotzki, b) Kollontai und Schlapnikow (Arbeiteropposition) und c) Lenin (wie immer: Mehrheit) waren, so gab es für die Wirtschaftsführung in der DDR ein klares Vorbild: das sich letztlich in der Sowjetunion von Stalin durchgesetzte Modell der Planwirtschaft. Trotzdem, und das ist bezeichnend wurden die Phasen der sowjetischen Entwicklung nachvollzogen: 1. Kriegskommunismus (unmittelbar nach Bildung der SBZ bis zur Staatsgründung) 2. NEP (Neue Ökonomische Politik), d. h. Planwirtschaft verbunden mit privat-kapitalistischen Momenten und Eigentümern (nach der Staatsgründung bis zur durchgesetzten Alleinherrschaft der SED), und 3. vollendete »sozialistische Planwirtschaft« gelenkt durch 5-Jahres-Pläne und Ministeranweisungen (ab Mitte 50er Jahre bis zum Ende der DDR).



Der Weg zum Plan:

In der DDR regelte der Ministerrat die Tätigkeit aller anderen mit der wirtschaftlichen Entwicklung befassten Organe. Er war das höchste Regierungs- und Verwaltungsorgan. Ihm zur Seite stand die sogenannte Plankommission als »ökonomischer Generalstab«, die ihm strukturpolitische Entwicklungsziele und Alternativen vorgeben sollte. Die Plankommission arbeitete auch den Fünf-Jahres-Plan aus und musste die vom Ministerrat beschlossenen Planziele darin konkretisieren. Letztlich wurde der Fünf-Jahres-Plan als Direktive der SED veröffentlicht und als Gesetz in der Volkskammer verabschiedet.

Für die globale fachliche Steuerung und Durchsetzung des Planes in den einzelnen Industriebereichen waren elf Industrie-Minister verantwortlich, die eng mit den mittleren und unteren Führungsebenen zusammenzuarbeiten hatten.

Bilanzierung:

Damit die Plandaten auch relevant werden konnten, wurde jedesmal vor der Festsetzung der Planziele verschiedene Güterbilanzen erstellt, die sogenannten Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüter-Bilanzen (MAK-Bilanzen). Sie gliederten sich in fünf Gruppen auf:

- Energieträger
- Roh- und Werkstoffe
- Ausrüstungen (Maschinen und Fahrzeuge)
- Industrieanlagen
- Konsumgüter.

Bei dieser Bilanzierung wurden für die einzelnen Bereiche Aufkommen und Verwendung gegenübergestellt und zwar zu Industrieabgabepreisen. Durch die Bilanzierung sollte eine Planung ermöglicht werden, die ein Gleichgewicht zwischen Ressourcen und Bedarf herstellen hilft.

Die verschiedenen Leitungsebenen waren für die Bestätigung der Bilanzen zuständig; verantwortlich dem Ministerrat, der staatlichen Plankom-

mission und den Fachministern. In den letzten DDR-Jahren wurden von den zentralen Behörden 80 % aller Bilanzen erstellt.

Gewinn und Preisbildung:

Zur Motivation der Betriebsleiter*innen und Arbeiter*innen sowie zur Stärkung ihrer Eigeninitiative wurde in den letzten Jahren der DDR die Rolle des Gewinnes aufgewertet, so dass die Betriebe bei Kostensenkungen, d.h. bei Erhöhung des Mehrwerts, diesen für ihre eigenen betrieblichen Fonds (dazu hinten mehr) verwenden durften. Da die Bilanzierungen für die festgesetzten Normen anhand von Durchschnittsbetrieben durchgeführt werden, konnte es aber auch passieren, dass das vorgeschriebene Plansoll nicht erfüllt wurde und somit die betrieblichen Fonds nur teilweise gedeckt werden konnten.

Der durchschnittliche Gewinn war für die Betriebe schon planmäßig vorgesehen, da diese Planung vom Industrieabgabepreis ausging. Zusammensetzung des Industrieabgabepreises:

Selbstkosten
+ kalkulierter Gewinn
ergibt den Betriebspreis.

Auf diesen Betriebspreis wurde die produktgebundene staatliche Abgabe hinzugezählt oder, wenn es sich um ein Produkt handelt, dessen Abgabepreis politisch festgesetzt war, wurde eine produktgebundene Preisunterstützung abgezogen, so dass am Ende dieser Rechnung der Industrieabgabepreis stand.

Der kalkulierte Gewinn für die einzelnen Betriebe konnte also nur über die Senkung der Herstellungskosten erhöht werden.

Für Konsumgüter galt grundsätzlich der Großhandelsabgabepreis (das war der Industrieabgabepreis plus Großhandelsspanne) bzw. der Einzelhandelsverkaufspreis (das war der Großhandelsabgabepreis plus Einzelhandelsspanne). Bei vielen aus politischen Gründen niedrig gehaltenen Preisen ließ sich der Einzelhandelsverkaufspreis jedoch nicht vom Betriebspreis herleiten. Die Lücke zwischen dem relativ hohen Betriebspreis

und dem gewollten niedrigen Industrieabgabepreis (gleich festgesetzter Einzelhandelsverkaufspreis minus Handelsspanne) wurde durch Subventionen bzw. Minderungen der produktgebundenen Abgaben geschlossen. Beispiel hierfür waren die seit Jahren festgesetzten Preise einer Reihe von Grundnahrungsmitteln (z. B. Brot, Kartoffeln, Fisch, Backwaren) oder auch von Kinderbekleidung sowie Dienstleistungen (z. B. Mieten und Verkehrstarife). Demgegenüber waren Erzeugnisse des »höheren« Bedarfs (z. B. Fernsehgeräte, Autos, Waschmaschinen, Kühlschränke) mit hohen Abgaben belastet.

Fondsbildung:

Der von den Betrieben erwirtschaftete und vorausgeplante Netto-Gewinn (das ist der Brutto-Gewinn minus staatlicher Produktionsfondsabgabe von 6%) musste in der DDR vollständig den betrieblichen Fonds zugeführt werden. Damit wurden die finanziellen Mittel der Betriebe und Kombinate in bestimmter Höhe für bestimmte Zwecke gebunden. Sie durften nur den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gebildet und eingesetzt werden. Die wichtigsten Fonds:

- Investitionsfonds:
für die Finanzierung, der Vorbereitung und Durchführung geplanter Investitionen.
- Fonds Wissenschaft und Technik:
zur Finanzierung der geplanten Forschungsvorhaben
- Instandhaltungsfonds für Reparaturaufgaben
- Kultur- und Sozialfonds:
Mit ihm sollten betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaftsmitglieder sowie die kulturelle und soziale Betreuung finanziert werden
- Prämienfonds:
Er diente der Stimulierung der Mitarbeiter*innen und bestand in einem festgesetzten Betrag von maximal 200 Mark je Vollbeschäftigtem, wenn bestimmte Planziele übererfüllt wurden.

Die Aufzählung dieser wichtigsten Fondstöpfe verdeutlicht, dass es für die Betriebe in der DDR sehr wichtig war, im Rahmen der vorgesehenen

Normen den geplanten Gewinn zu erzielen, denn erzielten sie ihn nicht, konnten die Prämienfonds nicht ausgezahlt werden und die Motivation der Mitarbeiter*innen sank noch weiter. Aus diesem Fondsmodell ergibt sich auch, dass es einen Wettbewerb zwischen den einzelnen Betrieben und Kombinat in der DDR gab, dem die einzelnen Betriebe waren natürlich besonders daran interessiert, einen zusätzlichen Gewinn zu machen, um weiterhin ihre Fonds auffüllen und ihre Belegschaft bei Laune halten zu können.

4. Klasse und Markt

Die strukturelle Differenz zwischen der westlichen und der östlichen Form des Kapitalismus liegt nicht auf der Ebene der kapitalistischen Warenproduktion, der allgemeinen ökonomischen Grundlage der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Die Differenzen auf dieser Ebene sind nur graduell. Der strukturelle Unterschied liegt in den Produktionsverhältnissen, also den allgemeinen gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen, in denen die kapitalistische Warenproduktion organisiert ist. In den staatskapitalistischen Ländern fehlt eine ökonomisch bestimmte Klasse von Kapitalisten, obwohl deren ökonomische Basis (Mehrwert) existiert. Ihre ökonomische Funktion wird von einer staatlichen Bürokratie übernommen.

Die geringere Verwertung des Kapital und die ökonomische Unterlegenheit der staatskapitalistischen Länder hat seinen Hauptgrund darin: Was im Staatskapitalismus durch Planung aufeinander abgestimmt werden muss, wird im Privatkapitalismus durch den ›blinden Marktmechanismus‹ und die Interessen der einzelnen Kapitalisten geregelt. Während im Privatkapitalismus Waren für den Markt produziert werden, muss im Staatskapitalismus durch Normen definiert werden, wieviel Waren wann zu produzieren und an X und Y zu liefern sind. (d. h.: der Markt wird im Staatskapitalismus nicht abgeschafft. Das ist auf der Basis einer kapitalistischen Warenproduktion unmöglich. Er wird nur in einer spezifischen Funktion abgeschafft – als der ›Ort‹ an dem die privaten Einzelkapitale sich austauschen und ausgleichen.) Der Vorteil einer marktregulierten Wirtschaft besteht darin, dass sich durch die Konkurrenz der Einzelkapitale die sich am besten verwertenden Kapitale durchsetzen. Damit wird die Produktivität der Lohnarbeit und die Akkumulation des Gesamtkapitals beständig vorangetrieben. Dagegen fallen die sich schlecht verwertenden Produktionseinheiten (= Einzelkapitale im Privatkapitalismus) im Staatskapitalismus dem Gesamtkapital zur Last. Sie werden nicht durch andere Einzelkapitale totkonkurriert oder gesundgeschrumpft, sondern vom Gesamtkapital subventioniert.

Die Folge davon ist insgesamt eine geringere Verwertung/Akkumulation und damit eine zunehmende Konkurrenzunfähigkeit auf dem Welt-

markt. Das wiederum führt zu einer chronischen Unterentwicklung der Konsumgüterindustrie im Inneren, weil nur durch eine Umverteilung des gesamtgesellschaftlichen Kapitals im Staatskapitalismus dieser Prozess wenigstens verlangsamt werden kann. Denn die stärker werdende Abhängigkeit vom Weltmarkt (Sinken des Wertes der exportierten Waren, High-Tech,...) kann ökonomisch nur auf Kosten der privaten Konsumtion gebremst werden (z. B. kein Import von Südfrüchten oder kein Bau von Autos). Ansonsten bleiben nur politische Mittel zur Abschottung vom Weltmarkt (z. B. eine nicht frei konvertierbare Währung). Dies ist die eine Seite eines Kreislaufes, aus dem die RGW-Staaten nicht herauskommen konnten und die in den 80ern zur strukturellen Krise des Staatskapitalismus geführt hat.

Die andere Seite dieses Kreislaufes ist: Geringere Verwertung des Kapital bedeutet weniger Waren bei höherem Wert (bzw. Preis), geringerer Lohn bei längerer Arbeitszeit. Im Staatskapitalismus ist es zudem nicht möglich, diese Entwicklung innerhalb der Gesamtbevölkerung abzuschwächen, indem die Kosten vorrangig auf das untere Drittel der Bevölkerung abgewälzt werden. Dieses ökonomisch und politisch überaus erfolgreiche Verfahren der Krisenbewältigung bleibt den staatskapitalistischen Ländern weithin unmöglich. Oder anders formuliert: Die »sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse im Sozialismus« (subventionierte Grundnahrungsmittel, Wohnungen etc.; Recht auf Arbeit, freie Sozialleistungen,...) sind auf der Basis einer kapitalistischen Warenproduktion »tote Kosten« für das Gesamtkapital. Verschärft wird diese Seite des Kreislaufes durch die relativ geringe Entwicklung der Konsumgüterindustrie, die aus den Zwängen des Weltmarktes folgt.

Im Laufe der 80er ist auch diese Seite in den RGW-Staaten mit aller Brutalität sichtbar geworden. Zuerst in Polen, inzwischen selbst in der Sowjetunion wurde ein Großteil der Bevölkerung auf das Existenzminimum, z. T. an die Hungergrenze und darunter gedrückt. Genau dieser Zusammenhang findet sich auch im ökonomisch stärksten Land der RGW, der DDR, nur auf einem qualitativ anderen Niveau und unter politisch einzigartigen Bedingungen (Existenz der BRD). In der DDR trieb die Entwicklung die Menschen nicht bis ins materielle Elend. Allerdings konnten die Konsumbedürfnisse genauso wenig adäquat befrie-

digst werden. Adäquat heißt: dem gesellschaftlich-kulturellen Standard entsprechend. Dieser Standard wurde für die DDR wesentlich von der BRD mitbestimmt. In den 70ern und 80ern war in der DDR und BRD die Grundversorgung weitestgehend sichergestellt und selbstverständlich geworden. Die Schere aber zwischen dem, was eine durchschnittliche Malocherin im Westen und im Osten für ihren Lohn über die Grundbedürfnisse hinaus in den Kaufhäusern vorfand, war zu einer qualitativen Differenz geworden.

An diesem Kontrast, der durch das Westfernsehen und massenhafte Westbesuche tagtäglich erlebt wurde, entzündete sich eine ökonomisch bedingte Unzufriedenheit. Die Intershops und Luxusläden präsentierten mitten in den Einkaufszonen Konsumgüter, die für die meisten DDR'ler*innen ständig zu sehen, aber selten zu haben waren. Das ist, gelinde gesagt, eine ständige Provokation der Bevölkerung. Die Schere zwischen dem Alltagsleben in der BRD und der DDR war derart eklatant geworden, dass sie nicht mehr zu schließen war. Übrig bleibt, was immer bleibt: Unterdrückung und Ideologie. Während die Unterdrückung selbst jede systemkonforme Bewegung unterband, wurde die SED-Ideologie vollends zu ihrer eigenen Satire und zerfraß so den letzten Rest an Legitimation. An ihrer Stelle war bloß noch politische Apathie und Ohnmacht, ein repressiver Apparat und die Krise der RGW-Staaten.

5. Der Staat im Staatskapitalismus

Wir haben gesagt, dass die grundlegende Funktion der Kapitalistenklasse vom Staat übernommen wird. Diese Funktion besteht darin, die Produktion als solche in ihren einzelnen Einheiten (Betrieb, Einzelkapital etc.) mit grundsätzlich ökonomischen Mitteln und an ökonomischen Zwecken orientiert zu organisieren. In dieser Funktion entsprechen die Kapitalisten exakt dem strukturellen Zusammenhang einer kapitalistischen Warenproduktion, den Marx mit dem Wert- und Kapitalbegriff (»Wertgesetz«) analysiert hat. Ihre ökonomischen Mittel sind Kapital, ihre Zwecke die Produktion von Mehrwert/ Profit. Diese Klassenorganisation der Produktionsverhältnisse stimmt mit ihrer strukturellen Grundlage (»Wertgesetz«) überein und erlaubt eine maximale Dynamik (Verwertung, Akkumulation, kurz: Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter).

In dieser privat-kapitalistischen Form garantiert der Staat zunächst nur die allgemeinen Bedingungen der Ökonomie, d.h. vor allem die bürgerlichen Freiheitsrechte (und damit die Freiheit der Lohnarbeit und des Eigentums), das staatliche Gewaltmonopol und die äußere Sicherheit. Mit dem Ende der liberal-kapitalistischen Ära (ab den 30ern) werden diese staatlichen Bestandsgarantien qualitativ erweitert. Der Staat erfüllt nun allgemeine ökonomische Funktionen (z.B. durch eine völlig neue Finanzpolitik) mit erheblichem Durchsetzungsvermögen, erweitert qualitativ die sozialstaatlichen Maßnahmen, verfügt praktisch über das Monopol des zunehmend wichtiger werdenden Ausbildungssektors [...] Für den hier verhandelten Zusammenhang aber ist entscheidend, dass diese Entwicklung die funktionale Differenz zwischen Kapitalistenklasse und Staat auf einer neuen Ebene bewahrt. Die innere Organisation der Ökonomie bleibt auf der Basis des Privateigentums an der Produktion von Wert orientiert. Diese Funktion kann vom klassischen Bonzen prinzipiell genauso wie von dem Duo Aktiengesellschaft (als Eigentümerin) und Manager (als Betriebsführer) erfüllt werden. Das ändert an der organisatorischen und institutionellen Trennung von Staat und Kapital nichts. Der institutionellen Trennung von Staat und Kapital im Privatkapitalismus entsprechen zwei verschiedene Funktionen in der Reproduktion der gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse. Wir halten also die These einer Identität von Staat und Kapital für falsch. Selbst wenn der

Staat im Privatkapitalismus nur (nur?) die politische Form der Klassenherrschaft ist, unterstellt selbst diese zur Parole verkommene Einsicht genau die hier behauptete Differenz der politischen und der ökonomischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. (vgl. zur Einsicht Marx, MEW 3, 61–64; MEW 8, 115–123).

Der Unterschied zwischen der DDR und der BRD besteht also darin, dass die unterschiedlichen Funktionen im Staatskapitalismus von einer gesellschaftlichen Institution erfüllt werden: von einem bürokratisch-administrativen Apparat, kurz dem Staat. Dadurch werden teilweise die ökonomischen Zwecke mit politischen Mitteln durchgesetzt. Dies gilt insbesondere für die gesamtgesellschaftliche Planung, die Aufstellung von Normen, an denen sich die einzelnen Produktionseinheiten zu orientieren haben. Auf der einen Seite führt dies zu einem geringeren Grad der Verwertung (s. o.), weil der Stachel der Konkurrenz durch politisch-administrativen Druck nur schlecht zu ersetzen ist. Auf der anderen Seite wird durch diese Organisation der Ökonomie eine qualitativ andersartige Form der Herrschaftsausübung wie ein Netz über die Gesamtgesellschaft ausgebreitet: eine unmittelbar politische, also juristisch-verwaltungs-förmige, repressive und ideologische Form. An einem Beispiel lässt sich die unterschiedliche Form der Herrschaftsausübung verdeutlichen.

Lohnarbeit wird in der BRD prinzipiell über die Lohnabhängigkeit selbst organisiert. Aufstiegschancen werden genauso wie Arbeitslosigkeit prinzipiell nach ökonomischen Kriterien verteilt (Qualifikation, Leistung). Wer aus der Lohnarbeit herausfällt, wird bürokratisch entsorgt. Das Fehlen dieser Arbeitsteilung in der DDR führt zu spezifischen Defiziten in der Ökonomie und einem wesentlich größeren Einsatz direkter politischer Machtmittel und da mit der permanenten Gefahr des Legitimationsverlustes. So kann der Zwang zur Lohnarbeit nicht direkt über die Lohnbeziehung (mit der flankierenden Maßnahme sozialstaatlicher Misshandlung) durchgesetzt werden, da die Staatsideologie den Arbeitszwang als Recht auf Arbeit legitimieren muss. Denn diese »sozialistische Errungenschaft« ist die Kehrseite der Verstaatlichung letztlich allen Kapitals. Und ohne den Primat des Staatseigentums kein Staatskapitalismus. Also muss der Arbeitszwang im Normalfall mit anderen Mitteln abgesi-

chert werden, z. B. durch die Synthese von Solidarität und Zwang in einer Arbeitskolonne/ Betriebseinheit, die »gemeinschaftlich« für die Erfüllung des Plansolls und den Erhalt der Prämien verantwortlich ist.

In Goethes *Leiden des jungen Werther* zerbricht der empfindsame Held ebenso am Zwang zur Lohnarbeit wie sein spätgeborener Bruder in Plenzdorfs *Neue Leiden des jungen W.* Dem DDR-Werther allerdings wurde die Gnade zuteil, sie von »seiner«, (!) Malerkolonne zugefügt zu bekommen. Die gleichen Bedingungen (Lohnarbeit) produzieren unter veränderten Umständen zwar neue Leiden, aber keine neuen Menschen. Die erzieherische Funktion, die in der DDR den VEB's, LPG's etc. mit einem gewissen Stolz zugesprochen wurde, haben auf jeden Fall die Erfüllung ihrer ökonomischen Funktion behindert. Allerdings eröffnet diese Zwangskollektivität auch einen gewissen, für den Alltag in der DDR wesentlichen Spielraum solidarischen Verhaltens. Statt kollektiv einsamem Konsumrausch am Feierabend steht eine(r) während der Arbeit für's Kollektiv Schlange.

Die fehlende Differenzierung zwischen ökonomischer und politischer Herrschaftsausübung hat zudem nur eine starre Stabilität des Staates ermöglicht. Daher die bis ins Absurde reichenden Reglementierungen des gesamten gesellschaftlichen Lebens. z. B.: »Osterhasen« hießen wegen ihrer religiösen Herkunft »Frühjahrsschokoladenhohlkörper«, »Fahnen« hörten wegen ihrer nationalistischen Bedeutung auf den offiziellen Namen »Winkelement«. Anstatt die nationalen Symbole abzuschaffen und den Nationalismus zu bekämpfen, wurde die öffentliche Kommunikation um die ästhetischen Errungenschaften bürokratischer Formblattgehirne bereichert. Abgesehen davon lässt sich eine Ideologie (Nationalismus) nicht bekämpfen, indem man ihre Grundlage (Staat) erhält.

Das ist keineswegs bloß eine Anekdote wert. Die fehlende Differenzierung erlaubte die Stabilität des Staates nur um den Preis seiner Flexibilität. Gefordert war im Grunde die direkte Unterordnung aller Bereiche unter die Gewalt der staatlichen Autorität, weil die Herrschaftsausübung institutionell allein auf die politische Herrschaft angewiesen war. Unter dieser Bedingung wird der Osterhase zum Staatsfeind (weil er die Staatsideologie implizit bestreitet) und sind die neuen Leiden des alten Werther

bloß totes Kapital (,weil ihm keine alternative Nische eingeräumt wird, in der er zur innovativen Kraft einer Recyclingfirma hätte reifen können).

Kurzum, die institutionelle Form einer allein politisch funktionierenden Herrschaftsausübung hat auf der Basis einer entwickelten kapitalistischen Warenproduktion den Charakter eines umfassenden Obrigkeitsstaates, der zwangsläufig repressiv-paranoide Züge mit einer Staatsideologie zur Starrheit eines Marx-Engels-Lenin-Stalin-Denkmal synthetisiert. Diese Synthese lässt den Staat zur Fabrik und die Fabrik zum Staat werden, während im Privatkapitalismus gerade durch die Trennung beider Bereiche eine höhere Flexibilität, Dynamik und damit eben auch wechselseitige Stabilisierung erreicht wird. Wenn im Westen Staat und Kapital Hand in Hand gehen, so sitzen sie sich im Osten auf dem Schoß. Kapitalistische Gesellschaften aber haben einen notwendigen Gang der Dinge, der sich von keiner Politik aussitzen lässt.

B) Ökonomische Entwicklung der DDR

Nach der Gründung der DDR, dem Beginn und der Eskalation des Kalten Krieges, nach den Säuberungen innerhalb der Partei und nach Stalins Bruch mit Tito, waren die Vertreter eines eigenständigen nationalen Weges zum Sozialismus aus der Partei entfernt worden. Die SED wurde Partei »neuen Typus« und gab 1952 auf der 2. Parteikonferenz die Parole vom »Aufbau des Sozialismus in der DDR« bekannt. Dazu wurde der erste 5-Jahres-Plan erstellt. Die Industrieproduktion sollte von 23 Milliarden auf 45 Milliarden Mark gesteigert, die landwirtschaftlichen Erträge um 25 % und das Volkseinkommen um 60 % erhöht werden, die Arbeitsproduktivität sogar um 72 %. In einer Reihe von Produktionszweigen (Energie, Braunkohle, Rohstahl) wurde der Plan jedoch nicht erfüllt. Das Versprechen eines deutlich höheren Lebensstandards wurde nicht eingelöst.

»Die DDR-Wirtschaft kopierte weitgehend sowjetische Methoden. Im Juni 1951 stellte das ZK die Losung ›Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen‹ in den Mittelpunkt der Agitation und erklärte, es komme darauf an, den volkseigenen Sektor in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Handel und Finanzen entscheidend weiterzuentwickeln und die ›Prinzipien der sowjetischen Wirtschaftsführung und ihre Methoden gründlich zu studieren und aus ihnen Schlussfolgerungen für die Führung der volkseigenen Wirtschaft in der DDR zu ziehen.‹ Das Studium und die Anwendung der von Stalin entwickelten Form der ›wirtschaftlichen Planung sowie besonders der bolschewistischen Methoden der Anleitung der Wirtschaftsorgane durch die Partei‹ sollten dabei vordringlich sein.

Weber, Geschichte [...], S. 215

Diese bolschewistischen Methoden der Anleitung der Wirtschaftsorgane durch die Partei waren schon unmittelbar nach der russischen Revolution entwickelt worden, als Lenin den Staatskapitalismus aufbauen wollte und dafür »die sozialistische Rechnungsführung und Kontrolle« propagierte. Während Lenin jedoch noch unterschied zwischen Staatskapitalismus und Sozialismus, galt für die Parteien der Satellitenstaaten das in der SU

aufgebaute staatskapitalistische System schon als Sozialismus und sie kopierten ohne Widersprüche zu entdecken, das sowjetische Modell. »Der russische Arbeiter ist ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit den fortgeschrittenen Nationen«, stellte Lenin im März 1918 auf dem 4. Gesamtrussischen Rätekongress fest und forderte,

»Arbeiten lernen – diese Aufgabe muss die Sowjetmacht dem Volk in ihrem ganzen Umfang stellen. Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem, vereinigt in sich – wie alle Fortschritte des Kapitalismus – die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvollster wirtschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Arbeit, der Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigen Arbeitsmethoden, der Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle usw. Die Sowjetrepublik muss um jeden Preis alles Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet errungen haben. Die Realisierbarkeit des Sozialismus hängt ab eben von unseren Erfolgen bei der Verbindung der Sowjetmacht und der sowjetischen Verwaltungsorganisation mit dem neuesten Fortschritt des Kapitalismus.«

Das Vorbild



»Eine der ersten Arbeiten, die von uns übernommen wurden, als ich begann, meine Ideen bei der Bethlehem-Stahlwerke durchzusetzen, war das Verladen von Roheisen nach dem Pensum-System [...] Die Bethlehem-Steel Co. hatte fünf Hochöfen. Das Verladen des produzierten Roheisens geschah seit langem durch eine besondere Arbeitskolonne [...] Wir stellten fest, dass in dieser Kolonne jeder einzelne durchschnittlich ungefähr 12,5 t pro Tag verlud; zu unserer Überraschung fanden wir aber bei eingehender Untersuchung, dass ein erstklassiger Roheisenverlader nicht 12,5 sondern 47 t bis 48 t pro Tag verladen sollte [...]

Unser erster Schritt war, den richtigen Mann zu finden, mit dem man anfangen konnte [...] Diesen Mann wollen wir Schmidt nennen. Unsere Aufgabe bestand nunmehr darin, Schmidt dazu zu bringen, 47 t Roheisen pro Tag zu verladen, seine Lebensfreude jedoch nicht zu stören, ihn im Gegenteil froh und glücklich darüber zu machen. Dies geschah in fol-

gender Weise. Schmidt wurde unter den anderen Eisenverladern herausgerufen und etwa folgende Unterhaltung mit ihm geführt:

›Schmidt, sind Sie eine erste Kraft?‹

›Well – ich verstehe Sie nicht.‹ [...]

›Ich möchte wissen, ob Sie eine erste Kraft sind oder einer, der den übrigen billigen Arbeitern gleicht. Ich möchte wissen, ob Sie 1,85 Dollar pro Tag verdienen wollen, oder ob Sie mit 1,15 Dollar zufrieden sind, d.h. mit dem, was diese billigen Leute da bekommen.‹

›1,85 Dollar pro Tag verdienen wollen, heißt das man eine erste Kraft ist? Well, dann bin ich so einer.‹

›[...] Sie wissen so gut wie ich, dass eine erste Kraft vom Morgen bis zum Abend genau das tun muss, was ihr aufgetragen ist. Sie haben diesen Mann schon vorher gesehen, nicht?‹

›Nein. Nie.‹

›Wenn Sie eine erste Kraft sind, dann werden Sie morgen genau tun, was dieser Mann Ihnen sagt, und zwar von morgens bis abends. Wenn er sagt, Sie sollen einen Roheisenbarren aufheben und damit weitergehen, heben Sie ihn auf und gehen damit weiter. Wenn er sagt, Sie sollen sich niedersetzen und ausruhen, dann setzen Sie sich hin. Das tun Sie ordentlich den ganzen Tag über. Und was noch dazu kommt, keine Widerrede.‹

[...] Schmidt begann zu arbeiten und in regelmäßigen Abständen wurde ihm von dem Mann, der bei ihm als Lehrer stand, gesagt: ›Jetzt heben Sie einen Barren auf und gehen Sie damit. Jetzt setzen Sie sich hin und ruhen sich aus etc. [...]‹ Er arbeitete, wenn ihm befohlen wurde, zu arbeiten und ruhte sich aus, wenn ihm befohlen wurde, sich auszuruhen, und um halb sechs Uhr nachmittags hatte er 47,5 t auf den Waggon verladen. [...]

Ich habe nun hiermit eine kurze Beschreibung der drei von den vier Elementen gegeben, welche das Wesentliche dieses neuen Systems ausmachen. Erstens die sorgfältige Auslese der Arbeiter, zweitens und drittens die Methode, einmal den Arbeiter zur Arbeit nach den neuen Methoden anzuleiten, dann aber

ihn dazu heranzuziehen und ihm dabei behilflich zu sein. Aber noch ist nichts von einer Wissenschaft des Roheisenverladens gesagt worden. Trotzdem hoffe ich, noch bevor wir dieses Beispiel verlassen, die Leser völlig überzeugt sein werden, dass es eine wirkliche Wissenschaft des Roheisenverladens tatsächlich gibt, und dass bei ihrer Kompliziertheit der praktische Roheisenverlader ohne Hilfe seiner Vorgesetzten unmöglich nach ihren Gesetzen arbeiten, geschweige denn, diese verstehen kann.«

Frederick Winslow Taylor, Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung, München und Berlin 1919

Diesen Beispielen folgend wurde 1918 in der Sowjetunion das Stücklohnprinzip durchgesetzt und an die Erprobung des Taylorsystems gegangen. Für jede*n Arbeiter*in wurden Produktivitätsnormen festgesetzt. Der Mann, der den Kampf gegen den »Hang der russischen Bevölkerung zum Dorf, zum Winterschlaf« organisieren und »Rußland mit dem Bazillus der Arbeit impfen« wollte, war Alexey Gastev, der »Sänger des Taylorismus«, wie ihn seine Gegner nannten. Er war die treibende Kraft bei der Gründung des »Zentralen Arbeitsinstituts« (ZAI) in Moskau, das sich die Erforschung und Propagierung der »wissenschaftlichen Arbeitsorganisation« zum Ziel gesetzt hatte.

Obwohl Taylor von Gastev als Begründer eines neuen Geschichtsabschnittes verehrt wurde (»Wenn Taylor nicht geboren wäre, so müsste er erfunden werden«), bedeutete Gastev, im Unterschied zu Taylor, »die wissenschaftliche Arbeitsorganisation« weit mehr als eine rationelle Produktions- und Organisationstheorie: er begriff sie als umfassendes Lebensprinzip von elementarer, fast mystischer Kraft. Seine neue »Wissenschaft« nennt er auch einen »sozialen Ingenieurismus«:

»Wir müssen die menschlichen Massen lehren, indem wir sie mit einem besonderen Instinkt erfüllen, dem Instinkt einer geschickten Beherrschung des Raumes.«

Geduldig wiederholte Gastev immer wieder, die Mechanisierung des Menschen habe nichts Unnatürliches an sich, sondern sei im Gegenteil ein völlig organischer Prozess:

»Viele stößt es ab, dass wir mit den Menschen umgehen wollen wie mit einer Schraube, einer Schraubenmutter, einer Maschine. Aber dies müssen wir ebenso furchtlos auf uns nehmen, wie wir das Wachstum der Bäume, die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes annehmen.«

De facto vertrat das Zentrale Arbeitsinstitut eine reine Anlern- und Drillmethodik. Die unmittelbar praktische Bedeutung dieser primitiven Drill-Methodik lag in der radikalen Verkürzung der Ausbildungszeit für Lehrlinge, die man sich davon versprach. Gastev wollte sie von drei Jahren auf drei Monate verkürzen.

Ein Bericht der Prawda vom Dezember 1922 über einen vom ZAI durchgeführten Ausbildungsalltag vermittelt das gespenstische Bild kollektiven Muskeldrills: In absoluter, nur von den Kommandos der Arbeitsinstruktoren unterbrochener Stille führt eine Lehrlingsgruppe in bestimmtem Tempo und mit periodischen Pausen rhythmische Drucke und Schläge aus. Trotzdem wird man dem Berichtersteller glauben dürfen, dass die »Lehrlinge« eifrig bei der Sache waren.

Aufgrund dieser einseitigen Anwendung des Taylorsystems, die letztlich die »wissenschaftliche« Komponente auf reinen Muskeldrill verkommen ließ und die technischen Möglichkeiten zur Rationalisierung aufgrund der fehlenden nötigen Investitionsgelder völlig ignorierte, erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion deutlich und standen 1923 nur 47 % der Arbeiter*innen im Akkordlohn, so waren es 1926 schon 61 %. Die Arbeitsunfälle stiegen jedoch im gleichen Zeitraum um 50 % an.

Da – wie schon gesagt – nur eine absolute Erhöhung des Mehrwerts in der SU – wie auch später in den Satellitenstaaten – möglich war, mussten die Arbeiter*innen unter immer härteren Bedingungen zu erhöhten Produktionsleistungen gezwungen werden, ohne – und das war ebenso ein wesentliches Motivationsmoment des Taylorismus – ihnen für ihre Mehrarbeit eine Erhöhung ihres Lebensstandards geboten wurde.

Mit großem propagandistischem Aufwand wurden Bewegungen und Wettbewerbe organisiert, die die Arbeiter*innen zu Mehrleistungen

zwingen sollten. Galt in der Sowjetunion das Beispiel des Arbeiters Stachanow für die nach ihm benannte Bewegung, so war es in der DDR der Bergarbeiter Adolf Hennecke, den die Partei zur Propagierung von Normerhöhungen benutzte:

»Am 13. Oktober 1948 wurde beschlossen, die Hochleistungsschicht durchzuführen. [...] Insgesamt war für die Schicht des 13. Oktober folgendes vorbereitet worden. Alle technischen Einrichtungen wurden vorher gründlich überprüft. Es wurde besonders sorgfältig kontrolliert, ob sich die Arbeitsgeräte (Hacke, Schaufel, Abbauhammer), das Gezähle, in einem ordnungsgemäßen Zustand befanden. Das gesamte technische Personal wurde angewiesen, dafür zu sorgen, dass alle im Zusammenhang mit dem Arbeitsort Henneckes stehenden Arbeiten, die Schachtförderung, die Holzzufuhr und die Luftregelung störungsfrei liefen.

13. Oktober, 13 Uhr 15. Ende der Schicht! Der Ortsführer und der Steiger kommen zur Abnahme. Alles in Ordnung. Adolf Hennecke hat sich am Ende der Schicht noch genügend Zeit genommen, die Sicherung des Stollens zu überprüfen. 24,4 Kubikmeter Steinkohle werden als Tagesergebnis berechnet. Die Norm beträgt 6,3 Kubikmeter. 380 % Normerhöhung als erstes Ergebnis in Presse und Rundfunk veröffentlicht!«

Adolf Hennecke, Beispiel und Vorbild,
illustrierte historische Hefte, Nr. 16, Berlin (O) 1979

Die betrügerischen Stachanow- und Hennecke-Bewegungen, die eigentlich bewiesen, dass solch drastische Normerhöhungen im real existierenden Sozialismus unter den dort vorherrschenden Arbeitsbedingungen nicht möglich waren, sollten die Arbeiter*innen zu Höchstleistungen anspornen, die sie in Wirklichkeit niemals erbringen konnten. Hinzu kommt, dass diese Normerhöhungen natürlich auch Lohnsenkungen waren, weshalb für die Arbeiter*innen keine Motivationen vorhanden waren, diese geforderten Mehrleistungen zu erbringen. Als der Ministerrat der DDR am 28. Mai 1953 beschloss, die Arbeitsnormen in Industrie und Bauwesen um mindestens 10 % zu erhöhen, war das Maß voll und wie

bekannt endete der Protest der Arbeiter*innen im Aufstand des 17. Juni 1953. Natürlich kann spekuliert werden, ob und in welchem Ausmaße westliche Geheimdienste daran beteiligt waren und die Unzufriedenheit der Arbeiter*innen zusätzlich schürten. Es kann jedoch keinen Zweifel daran geben, dass die grundsätzliche Herangehensweise der Parteiführungen in den sogenannten sozialistischen Staaten im Kampf um die Erhöhung der Produktivität die grundlegenden Interessen ihrer Werktätigen ignorierte und sie somit selbst die Hauptschuld an den Aufständen trugen. Ein knallhart kalkuliertes Leistungssystem ohne zusätzliche materielle Anreize, ein Taylorismus ohne Zuckerbrot, eine kapitalistische Arbeit ohne entsprechende Entlohnung kann nur unter Zwang funktionieren!

Die Gewerkschaften

Die Hauptaufgabe der Werktätigen sowie ihrer Gewerkschaften wird in den staatskapitalistischen Ländern ausschließlich darin gesehen, die von staatlichen Verwaltungsorganen bestimmten Normen zur Produktivitätserhöhung durchzusetzen. Begründet wird dies damit, dass es im Staatskapitalismus kein Privateigentum mehr gibt und die Arbeiter*innenschaft deshalb aus eigenem Interesse den Aufbau ihres Staates voranzutreiben habe. Streiks und andere gewerkschaftliche Maßnahmen sind in diesen Ländern schon deshalb nicht geduldet, weil sie sich gegen die Maßnahmen der kommunistischen Staatsparteien wenden würden.

»[...] Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müsste sich also gegen die Einführung der 45-Std.-Woche [...] gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise [...] gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müsste sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter- und Bauern-Staat richten. Sie müsste für den Einsatz von Faschisten und Militaristen in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solche Opposition zu dulden, wäre verbrecherisch.«

Neues Deutschland, vom 17. Mai 1957

Die Rolle der Arbeiter*innen und Bäuer*innen im Staatskapitalismus wurde von Lenin während der Frühphase der russischen Revolution eingehend bestimmt. Da den Massen noch das notwendige politische Bewusstsein fehlen würde, und sie ja eh nur zu rein gewerkschaftlichem Bewusstsein in der Lage sind, besteht die Aufgabe der Avantgarde, der bolschewistischen Partei darin, die Verwaltung und den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Die Arbeiter*innen und Bäuer*innen sind dahingehend zu erziehen, dass sie eines Tages selbständig in der Lage sein werden, den Sozialismus, d.h. den staatskapitalistischen Staat zu verwalten. Bis dahin müssen sie durch Schulungen und Agitation dahin gebracht werden, den Staatskapitalismus aufzubauen und über Produktivitätssteigerungen sein – und damit ihr eigenes – Wohlergehen zu sichern.

Durch verschiedene Versorgungskrisen und den Bürgerkrieg geschwächt mussten die Bolschewiki die autonome Macht der Basisinitiativen schwächen und ihren, aus kapitalistischen Zeiten übriggebliebenen Organen (wie z.B. den Gewerkschaften), eine neue Funktion zuweisen. Die entscheidende Debatte dazu fand in der Sowjetunion auf dem X. Parteitag im Jahre 1921 statt, unmittelbar nach dem niedergeschlagenen Aufstand von Kronstadt.

Lenin führte damals aus:

»Es ergibt sich, dass die Partei sozusagen die Avantgarde des Proletariats in sich aufsaugt und diese Avantgarde die Diktatur des Proletariats verwirklicht. Und ohne ein solches Fundament wie die Gewerkschaften zu besitzen, kann man die Diktatur nicht verwirklichen, kann man die staatlichen Funktionen nicht ausüben. Ausgeübt werden müssen sie indes mit Hilfe einer Reihe besonderer Institutionen wiederum neuer Art, nämlich mit Hilfe des Sowjetapparates. Worin besteht die Eigenart dieser Lage hinsichtlich der praktischen Schlussfolgerungen? Darin, dass die Gewerkschaften die Verbindung der Avantgarde mit den Massen herstellen, dass die Gewerkschaften durch ihre tägliche Arbeit die Massen überzeugen, die Massen derjenigen Klasse, die allein imstande ist, uns vom Kapitalismus zum Kommunismus zu führen. Das einerseits. Andererseits sind die Gewerkschaften das ›Reservoir‹ der Staatsmacht. Das also sind die Gewerkschaften in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Kommunismus.«

Lenin, Über die Gewerkschaften, Lenin-Werke, Bd. 32, S. 2/3

In der Auseinandersetzung mit Trotzki und Bucharin zitierte Lenin die Thesen eines Genossen Rudsutak:

- »6. Die Einführung einer wirklichen Arbeitsdisziplin, die erfolgreiche Bekämpfung von Arbeitsdesertion usw. sind nur denkbar, bei einer bewussten Mitwirkung der gesamten Masse der Produktionsteilnehmer an der Verwirklichung dieser Aufgaben. Das lässt sich nicht durch bürokratische Methoden und Be-

fehle von oben erreichen; vielmehr ist es notwendig, dass jeder Produktionsteilnehmer die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der von ihm auszuführenden Produktionsaufgabe begreift; [...] Die Aufgaben der Gewerkschaften auf diesem Gebiet sind gewaltig. Sie müssen ihre Mitglieder in jeder Betriebsabteilung, in jeder Fabrik lehren, alle Mängel bei der Ausnutzung der Arbeitskraft, die sich aus falscher Ausnutzung der technischen Mittel oder aus unbefriedigender Verwaltungsarbeit ergeben, festzustellen und zu berücksichtigen [...]

15. Auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation müssen die Gewerkschaften neben dem Ausbau der Tarifmaßnahmen zu einem einheitlichen System und einer allseitigen Revision der Leistungsnormen die ganze Bekämpfung der einzelnen Formen der Arbeitsdesertion (Arbeitsversäumnisse, Verspätung usw.) fest in die Hand nehmen. Die Disziplinargerichte, die bisher nicht gebührend beachtet wurden, müssen in ein wirkliches Kampfmittel gegen die Verletzung der proletarischen Arbeitsdisziplin verwandelt werden [...]

Lenin:

»So eine Plattform lob ich mir! Sie ist hundertmal besser, als das, was Genosse Trotzki nach langem Hin- und Herüberlegen geschrieben hat, und als das, was Genosse Bucharin ohne jede Überlegung geschrieben hat. Wir Mitglieder des ZK, die wir nicht jahrelang in der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet haben, sollten alle vom Genossen Rudsutak lernen. Diese Plattform wurde von den Gewerkschaften angenommen.

Die Disziplinargerichte haben wir alle vergessen. »Produktionsdemokratie« ist aber ohne Naturalprämie und ohne Disziplinargerichte nur leeres Geschwätz.«

Lenin, ebda, S. 24/25

War die Entwicklung der Gewerkschaften in der Sowjetunion Ergebnis einer parteiinternen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung, so wur-

de die Rolle der Gewerkschaften in der DDR von Anfang an klar im sowjetischen Sinne bestimmt. Im Gesetz der Arbeit der DDR wird ihnen folgende Aufgabe zugewiesen:

»Die Gewerkschaften sind in der DDR als Interessensvertretung der Werktätigen verfassungsrechtlich anerkannt. Sie begreifen sich als ›Schulen des Sozialismus‹ (5. Gesetz der Arbeit) und fungieren damit nicht als systemoppositionelle, sondern systemimmanente Kraft. Ihre überbetrieblichen Mitwirkungsrechte konzentrieren sich vor allem auf die Vorbereitung und Ausarbeitung der Perspektiv- und Jahrespläne [...]«

Frank Deppe, in: BRD-DDR, Köln 1971, S. 126

Zusammen mit den Organen der Partei innerhalb des Betriebes hat die Betriebsgewerkschaftsleitung also allein die Aufgabe, die Normen der entsprechenden Parteitagebschlüsse durchzusetzen. Dazu heißt es im Gesetz der Arbeit:

»Von den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, die in den Betrieben die Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung der Produktion gewährleisten, kommt den Betriebsparteiorganisationen der SED die entscheidende Rolle bei der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit sowie bei der Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse zu. Die führende Rolle der Partei – auch im Betrieb – kommt vor allem darin zum Ausdruck, dass der Vorsitzende der Betriebsorganisation zugleich Vorsitzender des Produktionskomitees ist.«

Deppe, S. 125

Gesellschaftliche Mitbestimmung

Nicht nur die Rolle der reinen Interessensvertretung der Werktätigen, die Rolle der Gewerkschaften ist im Staatskapitalismus eingeschränkt, überhaupt fallen die Mitbestimmungsrechte der Werktätigen hinter die des bürgerlichen Kapitalismus zurück. Die Gründe hierfür liegen wiederum im Sozialismus-Verständnis Lenins und der Bolschewiki, deren Avantgarde-Anspruch von vornherein, nur wenig Gestaltungsmöglichkeiten des Proletariats außerhalb der von Partei und Staat vorgeschlagenen Wege zubilligte.

Wie schon beschrieben war das gesellschaftliche Leben, war die gesellschaftliche Diskussion in der SU sowie in der DDR in dem Moment gestorben, wo die Parteien zu Staatsparteien und ihre Ideologien zu Staatsideologien wurden. Nur durch Mitgliedschaft in diesen Parteien waren entsprechende Karrieren und persönliche Vorteile zu erzielen, nur durch Zustimmung war eigenes Glück zu verwirklichen. Es herrschte somit eine Situation vor, die sich von den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen nicht wesentlich unterschied, abgesehen davon, dass die diktatorischen Verhältnisse im Kapitalismus nicht offen liegen sondern verschleiert sind.

Während der Kapitalismus aber in der Lage ist, über die Akkumulation des Kapitals und die ihm innewohnenden Gesetze seinen Werktätigen auch einen immer größeren Anteil am Wohlstand zu gewährleisten, da hier die marxistische Erkenntnis, dass Kapital und Arbeiter*innenklasse im Kapitalismus unlöslich miteinander verbunden sind, durch die Praxis begriffen wurde, fehlten genau diese Momente des Kapitalismus, nämlich das Profitieren der Arbeiter*innenschaft am Anwachsen der Produktion in den staatskapitalistischen Ländern. Auf die Unmöglichkeit dieses Ziel zu verwirklichen, wurde schon mehrfach hingewiesen und diese Unmöglichkeit entspringt auch aus den jeweils historisch vorhandenen Bedingungen, die außerhalb der Schuld der SU- oder DDR-Führung lagen.

Die nur begrenzte Profilierung der Arbeiter*innenschaft an der ökonomischen Entwicklung des Staatskapitalismus ist ein antagonistischer Widerspruch.

Und weil dies eben ein antagonistischer Widerspruch ist, wächst eben der Staatskapitalismus nicht über die Widersprüche zwischen Kapital/Staat und Arbeit, sondern nur durch die Übereinstimmung zwischen Plannormen und Arbeitererhöhungen, also durch die Übereinstimmung zwischen Kapital und Arbeit. Diese Übereinstimmung ist aber nur durch Ausschalten jeglicher Interessensvertretungen der Arbeiter*innenschaft zu erreichen. Da dies in der DDR gelang, wurde aber auch zugleich die Arbeiter*innenklasse als Motor der ökonomischen Entwicklung ausgeschaltet. In dieser Tatsache liegt aber eine weitere Unmöglichkeit des Staatskapitalismus als System langfristig bestehen zu können.

Gleiches trifft auf die grundsätzliche Produktion von Mehrwert zu. Der abgeschöpfte Mehrwert wird von den staatlichen Organen verwaltet und dazu benutzt, die staatlichen Sozialaufgaben, die Beschaffung von Rohstoffen, die festgelegten Preise etc. aufrechtzuerhalten. Den Betrieben mangelt es an jeglicher Eigenständigkeit und da sie untereinander auch nur in geringem Umfang in Konkurrenz stehen oder die Werktätigen besondere Leistungen für besondere Arbeiten erhalten, fehlen jegliche Anreize in den Betrieben zur effektiven Steigerung der Produktion und fehlt – über die mangelnde Konsummöglichkeit – auch jeder Anreiz für die Werktätigen, Mehrarbeit zu leisten. Eine Interessensvertretung gibt es nicht, also damit keine Möglichkeit des offenen Widerspruchs und somit läuft alles seinen sozialistischen Weg: die Werktätigen suchen ihr Glück außerhalb des staatlich geleiteten Marktes, d. h. auf dem Schwarzmarkt, was wiederum zu geringen Produktionsleistungen in den staatlichen Sektoren führt. Ein Teufelskreis.

SCHLUSS:

So erweist sich die Parole von der Einheit von Partei und Arbeiter*innenschaft in der Praxis als leeres Gerede. Die wirklichen Bewusstseinsvorgänge der Arbeiter*innenschaft treten nicht an die Öffentlichkeit und das Schweigen der Arbeiter*innenschaft wird von der Partei als Zustimmung interpretiert, während in der Realität neben der offiziellen Wahrheit und Wahrnehmung der Vorgänge in der DDR durch die Partei eine ganz andere Wirklichkeit besteht, die sich der Partei verschließt, nämlich die Realität einer zweiten, von der Partei und vom Staat getrennten Welt. In dieser Welt gelten ausschließlich kapitalistische Gesetze (z. B. über den Schwarzmarkt) und wächst bei den Werktätigen ein immer stärkeres kapitalistisches Bewusstsein heran, das ja – über die kapitalistische Produktionsweise – eh schon vorhanden war. Dieses kapitalistische Bewusstsein der Menschen bestimmt ihren Alltag, bestimmt ihr Verhältnis zur staatlichen Produktion und Konsumerfüllung und lässt in dieser anderen Welt die Erfüllung der eigenen Wünsche ausschließlich auf Geld- oder Beziehungsbasis zu. Während die Partei also vom Sozialismus in der DDR spricht, regiert in den Köpfen der Bevölkerung und regiert in den Beziehungen zwischen den Menschen der nackte Kapitalismus, hat sich hinter den Köpfen der Partei der Staatskapitalismus in der einzigen Form seiner Verwirklichung durchgesetzt: dem offenen Kapitalismus, in dem Geld und nichts als Geld über den Wert und das Bewusstsein der Menschen bestimmt.

Somit kann es nicht wundern, dass nach dem Fall der Mauer der Wunsch nach Konsum und Südf Früchten so stark hervorgetreten ist. Dieses Bewusstsein war immer da. Es wurde durch den Staatskapitalismus geformt und kann sich nur im Kampf gegen die Zwänge des Staatskapitalismus in ganzer Form durchsetzen. Somit hat der Staatskapitalismus jetzt schon in der DDR – und wird wohl auch noch in der UdSSR – das erreichen, was Lenin in ihm als Ziel gesehen hat: Die Kapitalisierung dieser Länder.

IV. Der alte Mensch

Die politisch-ökonomischen Strukturen einer staatskapitalistischen Gesellschaft lassen sich mit zwei Begriffen bezeichnen: eine kapitalistische Warenproduktion ohne Kapitalistenklasse und ein autoritärer Obrigkeitsstaat (s. III.). Aus dieser strukturellen Form der Herrschaftsausübung – Lohnverhältnis und Autoritätsverhältnis – erklärt sich die geringere Verwertung und Akkumulation des staatskapitalistischen Gesamtkapitals im Vergleich zur entwickelten privatkapitalistischen Form. Die ökonomischen Probleme verschärfen zwangsläufig die strukturell festgelegte Form der autoritär-politischen Herrschaftsausübung. Im Staatskapitalismus fehlt eine institutionelle Differenzierung, die der funktionalen Differenz von Staat und Kapital entspricht. Die Folge ist eine prinzipiell und weitgehend realisierte politische (juristisch-verwaltungsförmige, ideologische und repressive) Organisation der Gesamtgesellschaft. Dadurch wird das Lohnverhältnis durch ein Autoritätsverhältnis organisiert und gestützt. Die »sozialistische« Realität erhält dadurch ihren ökonomistischen und monolithischen Charakter: der Staat als Fabrik, die Fabrik als Staat.

Dagegen wird im Privatkapitalismus das Funktionieren der Individuen indirekt sichergestellt. Die autoritäre Herrschaftsform wird zwar im Westen nicht völlig abgeschafft. Sie hat aber nicht mehr die gleiche grundsätzliche Bedeutung wie in den obrigkeitsstaatlichen Gesellschaften. Potentielle Widersprüche und Unzufriedenheit werden in die Pluralität privater und kultureller Lebensmöglichkeiten abgeleitet. Das Problem einer Westdeutschen besteht weniger darin, sich mit autoritären, konkreten Vorgaben herumschlagen bzw. abfinden zu müssen, als darin, sich aus der Fülle alternativer, aber systemkonformer Lebenskonzepte (von Kegelclub bis Geier, von Yuppie bis Müsli) die einzig wahre Identität zurecht zu schustern. Was die modernen, weil postmodernen Theorien als »Auflösung des Subjektes« beschreiben, beruht auf der Auflösung traditioneller, also autoritärer Vergesellschaftungsformen.

Die politisch-ökonomische Bestimmung des Staatskapitalismus kann nicht allein die unterschiedliche Entwicklung und schließliche Niederlage der RGW-Staaten erklären. Sie lässt ebenso (hier für die DDR) die

strukturellen Ursachen begreifbar werden, die zu einer systematischen Unzufriedenheit großer Teile der DDR-Bevölkerung geführt haben. Denn diese Unzufriedenheit entzündet sich am chronischen Mangel an Konsummöglichkeiten (in Relation zur BRD) und an der politischen Reglementierung selbst kultureller oder privater Entwicklungsmöglichkeiten (Zensurbestimmungen, Reisefreiheit,...).

Aber – und das ist die Pointe der ganzen Argumentation – diese Unzufriedenheit, reicht nur zu einer Kritik der DDR, die die strukturellen Herrschaftsformen bewahrt. Diese Unzufriedenheit bleibt in das strukturelle Lohn- und Autoritätsverhältnis weithin verstrickt, gegen dessen konkrete Gestalt sie sich erfolgreich gerichtet hat. Sie führte nur zum Sturz der SED, nicht aber zur Abschaffung der gesellschaftlichen Voraussetzungen des staatskapitalistischen Systems. Anders formuliert: Die (keineswegs unberechtigte) Einforderung von Konsummöglichkeiten setzt das Lohnverhältnis, mit ihm die kapitalistische Warenproduktion voraus. Die (keineswegs unberechtigte) Einforderung politischer (z. B. Rechtsstaatlichkeit), kultureller (z. B. Religionsfreiheit) und privater (z. B. freie Berufswahl) Freiheiten – kurz der bürgerlichen Freiheitsrechte – setzt den bürgerlichen Staat voraus, weil es ohne diesen keine Bürgerrechte gibt. Kurzum, die strukturellen Voraussetzungen dieser Kritik der DDR schließen das Ziel dieser Kritik schon ein: Einführung der BRD.

Wir werden in diesem Kapitel diesen Zusammenhang zwischen staatskapitalistischem System und Unzufriedenheit im Staatskapitalismus untersuchen. Wir werden damit zu begründen versuchen, durch welche strukturellen Bedingungen die Entwicklung in der DDR in der zweiten Jahreshälfte 1989 möglich wurde. Dazu muss im Grunde kein neues Argument vorgetragen werden, sondern unsere bisherige Argumentation aus einer anderen Perspektive ergänzt werden. Wenn es um die Unzufriedenheit und die daraus erwachsende politische Praxis und Kritik geht, richtet sich die Frage nicht auf die strukturelle Herrschaftsorganisation, sondern auf die Vergesellschaftung der Menschen in diese Strukturen. Wie also bestimmt das Lohnverhältnis (1.) und das Autoritätsverhältnis (2.) die Subjekte, ihre Unzufriedenheit und ihren Protest? Warum führte diese Kritik an der DDR zur Wiedervereinigung mit der BRD (3.)?

Offensichtlich war die ideologische Form, in der diese Unzufriedenheit zur politischen Forderung und Praxis geworden ist, die des Nationalismus. In der Durchsetzung der Wiedervereinigung von unten resümiert sich die Misere der DDR. Die Ideologie des Nationalismus ist dafür wesentlich (und folgenreich). Wir werden allerdings nicht versuchen, den Nationalismus überhaupt als eine grundlegende Ideologie bürgerlicher Gesellschaften zu erklären. Wir setzen im folgenden die Existenz der ideologischen Form des Nationalismus voraus. Diese Voraussetzung ist für die Entwicklung der DDR historisch gegeben.

Zu Beginn der Geschichte der DDR und der BRD ist selbst die (jüngere) konservative und reaktionäre Fassung des Nationalismus mindestens 80 Jahre alt. Der Nationalismus ist durch den Imperialismus und Chauvinismus des Wilhelminischen Kaiserreiches, 2 Weltkriege und Niederlagen, die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus, durch das Aufgeben des sozialdemokratischen Internationalismus und die national-bolschewistischen Züge der KPD tief in der (deutschen) Geschichte verankert. Wir fragen also im folgenden: unter welchen Bedingungen, durch welche Motive schloss sich der Forderung nach Wiedervereinigung fast die gesamte DDR-Bevölkerung an.

Wesentlich aber ist uns dies: Ohne den Nationalismus ist die Wiedervereinigung nicht denkbar, denn er ist die Form ihrer ideologischen Rechtfertigung von oben: »Es wächst zusammen, was zusammen gehört« (W. Brandt) – »Wir sind heute das glücklichste Volk der Welt« (W. Momper) – »Helmut Kohl – Kanzler für ganz Deutschland« (CDU-Wahlwerbung) und von unten: »Wir sind ein Volk« – »Deutschland einig Vaterland«.

1. Lohnverhältnis

In einer entwickelten kapitalistischen Warenproduktion herrscht allgemeine Lohnarbeit. Die konkrete Arbeitstätigkeit führt zum Lohn, der Lohn ist Eingangsbedingung zur Konsumtion. Unter »Konsumtion« ist die umfassende Befriedigung von Bedürfnissen zu verstehen, gleichviel, ob diese Bedürfnisse materieller oder ideeller, existenzieller oder luxuriöser Art sind. Wer welche Bedürfnisse (auf einem bestimmten ökonomischen Entwicklungsstand) befriedigen kann, wird strukturell nur durch eines bestimmt: die Höhe des Einkommens. Für was eine Geldbesitzer*in ihren Lohn ausgibt, ist allein ihr Problem. Der Zugang zur Konsumtion durch Lohnarbeit schließt strukturell also nur eine einzige Beschränkung ein: die quantitative Begrenztheit des verfügbaren Geldes.

Die andere Seite des Zusammenhanges von kapitalistischer Warenproduktion und Lohnarbeit ist, dass die Gebrauchsdinge, die in die Konsumtion eingehen, als Waren produziert, ausgetauscht, verteilt und konsumiert werden und deshalb durch Geld erwerbbar sind. Das gilt nicht nur für Bananen, sondern auch für Erholung, die es z. B. im Reisebüro gibt, oder für soziale Kontakte, für die z. B. der Fernseher oder die Prostitution bereitstehen. Soweit also die Warenförmigkeit reicht, ist die einzige Zugangsbedingung zur Konsumtion eine hinreichende Menge Geld, im Endeffekt also Lohn (, Grundrente und Profit). Dadurch aber haben nicht primär die Gebrauchsdinge einen Warencharakter, sondern das gesellschaftliche Verhältnis, durch das sie produziert, ausgetauscht und konsumiert werden. Der Begriff des Warencharakters bezeichnet eine gesellschaftliche Form, in der Menschen arbeiten, kaufen, Bedürfnisse haben und befriedigen. Kapitalistisch vergesellschaftete Menschen sind – von der ökonomischen Seite aus betrachtet – durch diesen Warencharakter bestimmt; also dadurch so zu arbeiten, solche Bedürfnisse selbstverständlich zu haben. (Wie wenig selbstverständlich das ist, zeigt sich an den Stellen der Geschichte, wo anders vergesellschaftete Menschen in kapitalistische Verhältnisse geworfen werden. Also z. B. im Frühkapitalismus oder bei »Gast«arbeiter*innen aus kaum kapitalisierten Regionen. Deshalb spielten diese in den Arbeitskämpfen der frühen Siebziger eine so wichtige Rolle.)

Diese Bedürfnisstruktur ist darauf angelegt, sich alles in der Warenform anzueignen. Innerhalb dieser kapitalistischen Form kann strukturell nur die quantitative Beschränkung akzeptiert werden. Mensch darf und muss kaufen wollen, soweit das Geld reicht. »Lohn« und »Geld« implizieren die freie Auswahl zwischen Apfel und Banane, zwischen Urlaub in Ungarn und in Frankreich. Dies zu wollen, ist allen Ernstes das Recht kapitalistisch vergesellschafteter Menschen. Dass es in einem der reichsten Länder dieser Welt beschnitten wurde, dass dieser erzwungene Verzicht durch den Vergleich mit der BRD krass sichtbar gemacht wurde, hat zu einer Kritik des DDR-Systems auf der Basis dieser Struktur geführt. Wer Lohn zahlt, muss mit dieser Kritik des Geldes rechnen. Wer Lohn zahlt, muss das Bedürfnis nach Waren befriedigen. Wen wundert es, dass das Schlangestehen nervt, selbst wenn es z. T. während der Arbeitszeit erledigt werden konnte? Wen wundert es, dass das Geld in den Taschen juckt, weil das Begehrte nicht zu haben ist? Wen wundert es also, dass eine so strukturierte Unzufriedenheit sich ihre Lösung in der Wiedervereinigung mit dem Warenhaus BRD verspricht?

Diese tagtägliche Kritik des Geldes in der Tasche rieb die »sozialistische« Wirklichkeit auf. Die Differenz zur BRD wurde nicht einfach schwarz-



weiß im TV gesehen, sondern tagtäglich erfahren, z.B. beim Versuch einen Türstopper zu erwerben, um die endlich erworbene Farbglotze vor den Türe schlagenden Kindern zu schützen. Denn Türstopper, diese kleinen Gummidinger, waren eine Lücke im Plan. Die Luxusläden und Privilegien der Funktionäre, die Nötigung zum illegalen Devisentausch und die Intershops waren so alltäglich präsent wie der permanent hohe Aufwand für die Alltagsorganisation, für's Schlangestehen und Organisieren. Diese Zumutungen konnten auf Dauer nicht durch die Vorteile, die die DDR bot, ausgeglichen werden. (Fast) jede westdeutsche Mutter weiß, wie viel ein garantierter und billiger Kindergartenplatz wert ist. (Fast) jede ostdeutsche Mutter weiß, wie schön es morgens um 6 mit den Kindern in der Straßenbahn ist. Sicherlich boten auch die Arbeitsbedingungen in der DDR Vorteile. Ein insgesamt weniger vereinsamtes, solidarischeres Leben, eine geringere Arbeitshetze, regelmäßiges Warten auf Material. Solche Vorteile aber werden aufgeessen von der längeren Arbeitszeit, dem Checken und Organisieren, dem Zwang zur Heimarbeit und einem Lohn, der Mühe macht, ihn befriedigend wieder los zu werden.

Auf dem Verhältnis Ware-Lohn-Konsum wuchs eine Unzufriedenheit mit der »Mängelwirtschaft« der DDR, die exakt innerhalb dieser Struktur verblieben ist. Diese Unzufriedenheit war radikal genug, die DDR und diese Unzufriedenheit abzuschaffen. Im Grunde ist dazu nichts weiter zu sagen, als dass sich im Staatskapitalismus der DDR die schnöde Normalität einer kapitalistischen Gesellschaft ausnahmsweise als Kritik gebärden konnte.

2. Autoritätsverhältnis

Wie beim ökonomischen stellt sich auch beim politischen Kennzeichen der DDR die Frage, wie dieses die Struktur gesellschaftlicher Verhältnisse prägt und von gesellschaftlichen Verhältnissen produziert wird. Konkret also: Welche Menschen entsprechen einer obrigkeitsstaatlichen, bürokratisch-hierarchischen Herrschaftsform und welche Konsequenzen hatte diese Entsprechung für die nationalistische Kritik von unten an der DDR?

Zum Obrigkeitsstaat gehört, wenn dieser funktioniert, eine Bereitschaft und Fähigkeit, in autoritär organisierten Beziehungen zu leben. Soweit die Menschen nicht autoritär sind, muss ein Obrigkeitsstaat sich mit repressiven Mitteln durchsetzen. Damit ist klar, dass über weite Strecken das nicht durch direkte Gewalt durchgesetzte Funktionieren des Staatskapitalismus nicht nur eine äußerliche Beziehung von Staat und Beherrschten unterstellt, sondern die autoritäre Struktur in und zwischen den Beherrschten selbst. Nur in der BRD-Propaganda lief hinter jedem DDR-Bürger ein VoPo mit gezogenem Knüppel her. In Wirklichkeit machten »die drüben« weithin freiwillig, was ihnen gesagt wurde – genauso wie hier. Nur sind es in der BRD andere Mechanismen, durch die dieses »freiwillige Funktionieren« sichergestellt wird.

Im Unterschied zur DDR hat sich in der BRD die traditionelle, autoritäre Form der Vergesellschaftung der Subjekte mit der Weiterentwicklung dieser Gesellschaftsform weithin aufgelöst. Die Stichworte, mit denen diese Veränderung bezeichnet wird, reichen von der »anti-autoritären Protestbewegung« und der »sexuellen Befreiung« der Sechziger bis zum »Neuen Sozialisationstypus«, »Narzissmus« und der postmodernen »Auflösung des Subjektes« überhaupt. Dahinter steckt eine gesellschaftliche Entwicklung der privat-kapitalistischen Gesellschaften, die ihren inneren Zusammenhalt, also das normale Funktionieren der Individuen, nicht mehr durch die autoritäre, persönliche Beziehung organisieren. Gefragt ist nicht mehr der traditionell gebundene, in seinem »Milieu« groß gewordene und damit festgelegte Mensch. Gefordert ist – und zwar keineswegs nur für »höhere Aufgaben« – die flexible, äußerlich und innerlich mobile Hand- und Kopfarbeiter*in, die Teilzeitarbeit und

Gleitschicht mit Mountain-Bike und ausdifferenziertem Kulturangebot verknüpfen kann.

Die Kehrseite dieser Auflösung über Generationen tradierter Lebensformen ist eine Freisetzung der Individuen ins Sinnlose. Wo der traditionelle Sinn, mit ihm die vorgegebenen, konkreten Lebensbezüge wie Familie oder Stadtteil erledigt werden, entsteht das Problem, sich aus der Fülle standardisierten Unsinnns eine höchst persönliche, originelle Identität zusammenbasteln und auch noch glaubhaft darstellen zu müssen. An diesem objektiven Zwang, sich eine Identität allererst beschaffen zu müssen, entzündeten sich Psycho-Boom und »Jugendprotest«, subkulturelle Moden und alternative Lebensentwürfe. Resultat der Bastelei ist in der Regel ein weithin flexibles »modernes Subjekt«, das ohne große Krise von der Bildschirmarbeit ins kritische Theater radelt, vom Radikalinski zum lederbejackten Kneipenhänger mutiert.

Dagegen hat die DDR, letztlich durch ihre obrigkeitsstaatliche Herrschaftsform, die traditionellen Bindungen bewahrt. Gerade weil die DDR, insbesondere auch im kulturellen und privaten Bereich, eine formierte Gesellschaft war, lief fast alles über persönliche Beziehungen. Dies gilt für Aufstiegschancen, die sich durch Protektion am ehesten einstellten, und Nachbarschaftshilfe, ohne die der Alltag in der DDR noch schlechter zu meistern gewesen wäre. Die politisch-autoritäre Staatsform entspricht und benötigt festgefügte Lebensverhältnisse, die ohne entsprechend vergesellschaftete Menschen nicht denkbar sind.

Das wird gerade in Alltagsbereichen deutlich, in denen der Staat nicht unmittelbar präsent ist. Der »kleinbürgerliche« Mief, als der häufig das Leben in der DDR charakterisiert wurde, ist nicht gerade Ausdruck einer gegen die obrigkeitsstaatliche Struktur gerichteten »Lebensführung«. Umgekehrt scheint der aufgeblähte Apparat der Staatssicherheit weniger der realen Gefährlichkeit der Opposition entsprochen zu haben, als einem System, das im Prinzip jede Abweichung von vorneherein als staatsfeindlich einschätzen muss. Damit wird die Stasi nicht schöner, sondern die inzwischen weitverbreitete DDR-Überzeugung, dass die Menschen in der DDR dieses »totalitäre« Regime nur wegen der Repression vierzig Jahre lang ertragen haben, nicht geglaubt. Zum Obrigkeitsstaat gehören

weithin autoritär vergesellschaftete Menschen, so wie zum Befehl der Gehorsam und nur ausnahmsweise die Peitsche gehört.

Diese »Freiwilligkeit des Gehorsams« wird durch die autoritäre psychologische Struktur (siehe Kasten) sichergestellt. Diese autoritäre Struktur beruht auf der Identifikation mit »Oben« und der Abgrenzung von »Unten«. Dadurch entsteht psychologisch ein Schema, mit dem dann überhaupt die Welt erklärt wird. Wie das Oben-Unten-Schema als emotional »besetztes« Vorurteil inhaltlich aufgefüllt wird, hängt von den konkreten Gesellschaftsumständen ab. Wichtig aber ist, dass der autoritäre Charakter von sich aus ein Oben und Unten braucht. Dabei bleibt der Autoritäre realistisch: er identifiziert das wirkliche Oben und das wirkliche Unten; aber, weil er autoritär ist, nach Maßgabe von Oben. Unten sind demnach notorisch die Ausländer*innen und Frauen.

Die rassistische (und patriarchale) Unterdrückung, die ökonomisch und politisch von den Herrschenden praktiziert wird, wird in der autoritären Struktur realistisch aufgenommen und gleichzeitig verändert. Weil sie unten sind, sind die Ausländer*innen Schuld an allem. Dieser Rassismus gehört direkt zum Nationalismus. Wenn die Ausländer*innen zum Übel erklärt werden, ist das Deutsch-Sein (bzw. ...) des Rassisten gleichzeitig die Sicherheit, selbst nicht von Übel und von Unten zu sein. Ausländisch sind immer die anderen. Mit dem Rassismus lässt sich die Welterklärung im Oben-Unten-Schema also genau so inhaltlich ausformulieren, wie sie psychologisch vorgegeben ist. Einfach, klar, eindeutig und vor allem: die Sicherheit, unverrückbar zu oben zu gehören, weil man sich nicht mit oben identifizieren muss, sondern von vorneherein mit oben identisch ist (Deutsch-sein). Der »Trick« an der Identifikation – und nicht nur der autoritären – ist: Wenn sie gelingt, wird in der erreichten Identität verdeckt, dass es sich um einen Prozess der Identifizierung gehandelt hat. Damit sichert sie sich in sich selbst und wird im strengen Sinn ideologisch: Als Identität leugnet sie sich selbst in ihrem Entstehungsprozess. Wenn man will, kann man das Verdinglichung nennen. Wichtiger ist, dass sich damit die psychische Identität zu einem nicht-gesellschaftlichen, nicht-prozessualen, »meta-physischen Ding« macht. Damit ist die Bedeutung dieser psychischen Verfassung für die jeweiligen Machthaber, hier also die SED klar. Die obrigkeitsstaatliche Herrschaftsform setzt diese Form der

Vergesellschaftung voraus und reproduziert sie zugleich. Die Etablierung der staatskapitalistischen Ordnung in der SBZ beruht nicht zuletzt auf der Kontinuität autoritärer Verhältnisse in Deutschland. Sie zu bewahren und in manchen Bereichen zu verfestigen war für die SED eine strukturelle Notwendigkeit unabhängig vom subjektiven Willen irgendwelcher Parteiführer. Vielmehr ist der Parteiführer, die logische Konsequenz der autoritären Herrschaftsform.

Die Bedeutung dieser autoritären Form der Identität und des obrigkeitsstaatlichen Charakters der DDR ließe sich an unendlich vielen Beispielen verdeutlichen. Wir wollen es nur nochmal an einem Beispiel ausführen, um den Zusammenhang zwischen der psychologischen und der politisch-ideologischen Ebene sichtbar zu machen. Das Parteilied der SED (s.II.) ist nichts anderes als die Vertonung der autoritären Struktur der politischen Machtausübung. So wie ein Obrigkeitsstaat real hierarchisch-autoritär funktioniert, braucht er eine personifizierte oberste Autorität, die als ideologisches Konstrukt und Identifikationsangebot so notwendig ist wie ein repressiver Apparat. Parteikult und Säuberungsprozesse sind wie die liebende Mutter und der strafende Vater die notwendige Einheit der autoritären Form der Herrschaft. Deshalb findet man in der ideologischen Rechtfertigung, der Legitimation dieser Herrschaft, die abstrusesten Behauptungen, die keineswegs Ausgeburten debiler Hirne sind. Sie finden sich zuhauf in der Geschichte der kommunistischen Bewegung, einschließlich vieler ihrer intelligentesten Vertreter (z. B. Brecht, »Lob der Partei«).

Also das Lied der Partei. Die Partei ist die »Mutter« (wörtlich), von der »alles« (wörtlich) kommt, nämlich:

- die Schöpfung der Natur und des Lebens
- die Erschaffung der Parteimitglieder
- sie gibt Geborgenheit, Wärme und Schutz
- sie ist die Wahrheit.

Schöpfung, Schutz und Wahrheit – die alte heilige Dreieinigkeit. Man mag einwenden, das sei symbolisch gemeint. Nur, wie sollte eine Ideologie nicht symbolisch sein? Ist die Parallele zur Religion übertrieben? Nein untertrieben, weil es keine Parallele, sondern das Gleiche ist. Denn

wo ist der Unterschied zwischen: »Die Wahrheit wird euch frei machen« (Johannes-Evangelium) und Lenins »Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist«; zwischen dem Unfehlbarkeitsanspruch des Papstes und den Säuberungsprozessen? Diese Gemeinsamkeit christlicher und kommunistischer Religionsausübung, die sich aus der gemeinsamen Funktion der ideologischen Rechtfertigung eines autoritären Herrschaftsanspruches ergibt, reicht bis zur (ebenfalls implizit zwangsläufigen) Lehre von der Teilhabe des irdischen Menschen am Göttlichen. So wie der Heilige Geist der Repräsentant Gottes im Menschen ist, ist das Parteidokument (also das unvermeidliche Formblatt bürokratischer Organisation) das Wertvollste im Leben einer Kommunistin. Dem Verlust des Parteidokumentes an den Klassenfeind entspricht folglich der Sünde gegen den Heiligen Geist (Todsünde). Und, wen wundert's noch, zwei Jahre später gebärt die Mutter-Partei dem Parteidokument seinen Zwilingsbruder: das Grundbuch (s. II.). Wo geglaubt wird, muss gesäubert werden.

An dieser Kritik ist nichts zurückzunehmen. Nur darf die Kritik der Religion, der Kirche und des Papstes nicht mit dem Spott über die Gläubigen verwechselt werden. Allemal ist uns die subjektiv aufrichtige Parteinahme für einen hoffnungslos zum Scheitern verurteilten Emanzipationsversuch sympathischer als der gleichgültige Zynismus und die kalte Indifferenz, mit der mensch sich in allen Verhältnissen einrichten kann. Das ändert nichts an der Feststellung, dass die marxistisch-leninistische, traditionelle kommunistische Bewegung unerbittlich in eine Sackgasse gerannt ist. Das provoziert die Kritik, aber auch die Trauer um die gescheiterten Hoffnungen auf Emanzipation.

Die autoritäre Herrschaftsform im Staatskapitalismus haben wir strukturell durch die fehlende Differenzierung zwischen politischer und ökonomischer Herrschaftsausübung bestimmt. Zu ihr gehört der Sozialismus als monolithische Ideologie und die umfassende Repression, ohne die sich noch kein Glaube zur Staatsreligion hat mausern können. Zur Autorität gehört die Peitsche und der Glauben, vor allem aber der Gehorsam: sei es aus Freiwilligkeit oder Ohnmacht, aus Indifferenz oder Gewohnheit. Anders formuliert: Menschen machen die Verhältnisse und mit den Verhältnissen sich selbst.

»Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf«

Marx, MEW 8, 115.

Die autoritäre Struktur des Individuums

Ein autoritärer Charakter (...) wird vor allem durch zwei Momente zusammengehalten:

1. **Identifikation:** Jedes Kind entwickelt seine eigene individuelle Persönlichkeit, in dem es sich (mehrfach) mit anderen, vor allem Erwachsenen identifiziert. Durch diese Identifikation baut es Strukturen auf, die denen entsprechen, die – verkörpert in den Erwachsenen – gesellschaftlich da sind. Genau die muss es erwerben, um zukünftig selbst als Erwachsener gelten und handeln zu können. Wenn in dieser Identifikation durch Autorität geregelte Beziehungen in die Psyche eingeholt werden, wird dieses autoritäre Muster zum Kennzeichen des persönlichen Verhaltens. »Autorität« ist hier nicht das gleiche wie »Kompetenz«. Denn die Erwachsenen sind immer kompetenter als das Kind. »Autoritär« meint die Art, in der das Kind dieser Kompetenz unterworfen wird, durch die es sein selbst erwirbt: Weil ich (Vater...) das sage, tust du das. Der bloße Rekurs auf den Willen und die Stärke (Kompetenz, Besitz, körperliche Kraft,...) wird als Grund angeführt, weshalb das Kind zu gehorchen hat. Dieses Muster der Beziehung wird mit der unvermeidlichen Identifikation mit dem realen Erwachsenen zum Muster der inneren Organisation des

Kindes. Sofern es nicht später weiterentwickelt/aufgebrochen wird (z. B. in der Pubertät), reproduziert das Kind als Individuum diese gesellschaftliche Beziehung. Die Identifikation beruht auf der konkreten Beziehung Kind-Erwachsener und hat zum Resultat einen konkreten, individualisierten Erwachsenen. Das Kind aber erwirbt seine psychische Identität mit Hilfe des allgemeinen Musters, in dem diese Beziehung organisiert ist.

2. **Oben-Unten-Schema:** Dieses Muster – abstrahiert von allen konkreten (damals als ich ein Kind war; mein Vater war so und so;...) Eigenschaften – ist von sich aus kein bewusstes Muster. Dann wäre es ja durchschaut. Es lässt sich eher als eine Struktur begreifen, durch die Wünsche und Ängste, Sicherheiten und Unsicherheiten bestimmt werden. Als psychische Struktur prägt sie aber auch die Eigenwahrnehmung von den eigenen Wünschen, Ängsten,... Diese emotionale Struktur schließt im Bewusstsein auftretende Interpretationen der emotionalen Befindlichkeit ein: vor was ich Angst habe, weiß ich zwangsläufig. Nur warum weiß ich nicht. Also schiebe ich es dem, vor was ich Angst habe, unter. Man denkt dann wirklich, dass das gefährliche Dinge/Menschen/Situationen sind. Kurzum, der psychischen Struktur »autoritär« entspricht eine bestimmte Art von Vorurteil, in dem die eigenen psychischen Verhältnisse als Interpretationen der Welt auftreten.

Im Kern ist dieses Vorurteil ein Oben-Unten-Schema, das in die ganze Welt hineingelegt wird, obwohl es nur aus dem Interpretieren selbst kommt. Das autoritäre Oben-Unten-Schema hat überhaupt nichts mit wirklicher gesellschaftlicher Hierarchie zu tun. Es ist das ins Denken transformierte Resultat der Selbst-Wahrnehmung. Dabei handelt es sich allen Ernstes um Denken, um Bewusstsein; aber um ein Bewusstsein, das durch ein Vorurteil strukturiert ist. Das Oben-Unten-Schema als Vorurteilsstruktur des Bewusstseins wird von der psychischen Identität gesichert. Deshalb ist es durch bessere Argumente nicht überzeugbar und kann nur in einer auch psychischen Selbst-Veränderung überwunden werden; d.h. auch: schmerzhaften, weil gegen sich selbst gerichteten Veränderung. Die Hoffnung auf sprunghafte

Veränderung wird an der materialistischen Einsicht in den Vergesellschaftungsprozess als Bildungsprozess der Individuen als falsche Hoffnung einsichtig. Umgekehrt wird es unverzichtbar, in eine antikapitalistische Opposition diese individuelle Ebene aufzunehmen. Im Zweifelsfall wird sie – wie schon in der Vergangenheit – (auch) an ihr scheitern.

Wir gehen auf diese Theorie (Adorno '73) nur schematisch und nicht ganz exakt ein, weil: 1. wir das (in der Broschüre über den Nationalsozialismus) schon genauer gemacht haben; 2. wir inzwischen denken, dass diese Theorie einen systematischen und grundsätzlichen Fehler hat. Sie ignoriert die für sozialisatorische Vergesellschaftungsprozesse zentrale Dimension der Geschlechterdifferenz. Da es keine Sozialisationstheorie gibt, die das wirklich besser gelöst hat, bleiben wir trotzdem an dieser Theorie hängen. Wir denken, dass sie den Mechanismus der (autoritären) Identifikation in etwa richtig erfasst hat; 3. wir davon ausgehen, dass dieser Typus von autoritärer Psyche historisch überholt ist. Allerdings dürfte anhand der autoritären Identifikation einiges über Vergesellschaftungsprozesse, »Identifikationen« überhaupt erfassbar sein.



3. Die Wiedervereinigung

Die ökonomischen und politischen Widersprüche der staatskapitalistischen DDR entwickelten sich in der zweiten Hälfte der 80er zu einer systematischen Krise, die durch die zunehmende Isolierung innerhalb der RGW-Staaten noch verschärft wurde. Das einstige Musterland der RGW wurde zum Hemmschuh der Reformpolitik der UDSSR. Diese Konfrontation setzte die DDR-Führung auch einem verstärkten politisch-propagandistischen Druck der westlichen Staaten aus. Innenpolitisch verstärkte die Starrheit der SED die Legitimationsprobleme, die auf der Basis der ökonomischen und politischen Unzufriedenheit wuchsen. Diese über viele Jahre gewachsene Unzufriedenheit wurde nur noch durch eine vielfach eintrainierte und erzwungene a-politische, resignative Haltung verdeckt. Im Sommer '89 eskalierte diese innen- und außenpolitische Konstellation in einer prägnanten Weise.

Der Umschlag von der politischen Apathie und der massenhaften Flucht im Sommer '89 zur Parole »Deutschland, einig Vaterland« Ende '89 wurde durch eine relativ kleine, links, kirchlich, kulturell orientierte Bewegung in der DDR vermittelt. Ihre Funktion war es, angesichts der offenen Krise der DDR die Möglichkeit des Widerstands praktisch zu beweisen. Bewiesen hat sie, dass die scheinbar allesbeherrschende SED nur noch auf tönernen Füßen stand.

Innerhalb weniger Wochen waren die Herrschenden gezwungen, Honecker abzulösen, die Grenzen zu öffnen, freie Wahlen zu versprechen. Es entstand eine Situation, die bestimmt war durch (1.) eine sozialistisch, emanzipatorisch und/oder humanistisch orientierte heterogene Bewegung, die sprunghaft aus der Halblegalität heraus die politische Entwicklung zunächst bestimmte; (2.) eine Staatsmacht, die spätestens nach der Maueröffnung am 8.11. offensichtlich in Auflösung begriffen war und dadurch kurzfristig ein Machtvakuum entstehen ließ, in dem sich (3.) die massenhafte, lange angestaute Unzufriedenheit praktisch über Nacht zur Lösungsstrategie der ganzen DDR-Misere verwandeln konnte. Die Forderung nach Wiedervereinigung ist nichts anderes als die unvermittelte, spontane Umsetzung dieser Unzufriedenheit in einer Situation, in der scheinbar alles möglich ist.

Im Ruf nach der Wiedervereinigung artikuliert sich der unmittelbare Wunsch nach einer Lösung der Misere, der nicht durch den Filter einer gelebten Opposition und/oder durchdachten Kritik getrieben wurde. Natürlich eine Lösung, die in Übereinstimmung mit den oben dargestellten ökonomischen und politischen Zusammenhängen und Hoffnungen steht. Diese Übereinstimmung aber war kein Problem, da die Mängel der DDR in Relation zur BRD bestimmt wurden und damit die BRD als Lösung der DDR-Misere erschien. dass dieser Wunsch derart massenhaft existierte und eine gleichlautende Antwort gegen die zunächst dominierende »linke Opposition« gefunden hat, verweist auf die strukturellen Zusammenhänge, in denen diese Unzufriedenheit im Staatskapitalismus (unter den besonderen Bedingungen der DDR) entstanden ist.

Anders formuliert: Der Untergang der DDR durch die Wiedervereinigung wird bruchlos durch die politisch-ökonomischen Strukturen der DDR selbst bestimmt. Die Formen, in denen diese Unzufriedenheit existiert, entstammen ökonomisch der Lohnbeziehung und politisch der obrigkeitsstaatlich-autoritären Herrschaftsstruktur. Die unmittelbare Umsetzung dieser Unzufriedenheit in der rasanten Entwicklung im Herbst '89 war nur durch diese Formen möglich, indem diese Formen selbst bewahrt wurden. Kurz, es handelte sich um eine Innovation und nicht um eine Revolution.

Für die autoritäre Persönlichkeit, die wir als strukturellen Normalfall in der DDR ansehen, war das Problem im November, dass mit der SED-Macht alle Sicherheit verschwunden war, an die man sich unfreiwillig, aber doch angepasst hatte. Es musste schnellstmöglichst eine überzeugende, d. h. alle Elemente berücksichtigende, Lösung gefunden werden, da dem Autoritären die bloße Möglichkeit anarchischer Unklarheit, gesellschaftlicher Diskussion um Möglichkeiten der weiteren Entwicklung, gar die Drohung einer experimentierfreudigen Gesellschaft verhasst ist wie sonst nichts. Die Breite und Vehemenz, mit der die Wiedervereinigung in dieser Situation gefordert wird, entsteht durch diesen bedrohlichen Charakter der Situation. Die »Nation« dient dem Autoritären als Orientierung, in der er sich mit oben identifizieren und die Lösung für das Machtvakuum finden konnte. Alle Unsicherheit wird von dieser einen Sicherheit geschlagen: Deutsch zu sein.

In der DDR ist mustergültig vorgeführt worden, zu welcher Art der Rebellion diese autoritären Strukturen ungebrochen führen: der Obrigkeitsstaat wurde weithin als SED- oder Stasi-Staat kritisiert, um ihn als Nation retten zu können. Die ökonomischen und politischen Bedürfnisse führen zu einer Kritik der Obrigkeit, die für die Mängel des Systems realistischerweise verantwortlich gemacht werden. Autoritär aber lässt sich eine Obrigkeit nur kritisieren, wenn auf eine höhere Autorität – anstatt auf eigene bzw. gemeinsame Interessen – verwiesen werden kann. Wie ökonomisch die BRD – wider alles bessere Wissen von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc. – zum Musterland des freien Warenkonsums und verwirklichter Bürgerrechte erklärt wurde, wird »Deutschland« zum Ruf gegen die DDR.

Die Emotionalität der schwarz-rot-goldenen Montagsdemonstrationen erklärt sich aus dieser autoritären Struktur ebenso, wie die sprunghafte Zunahme an rassistischen Übergriffen in der DDR. Die Ausländer*innen in der DDR haben den Hass der nationalen Deutschen weit handgreiflicher zu spüren bekommen, als die Stasi oder die VoPo's. Dieses nationale Bewusstsein hat in seiner Lieblingsparole die autoritäre Identifikation mustergültig ausgedrückt: Deutschland, EINIG VATERland.



V. Und die Frauen ?

»Frauen hierzulande haben kaum frauenspezifisches Selbstbewusstsein, sind trainiert worden, den ›Herren‹ zu dienen, Überbelastung, wenig ›Lust‹ zu Verantwortung und Leitungsfunktionen, Frust in den Beziehungen etc. als individuelles Verschulden auszulegen, als individuelle Unfähigkeit.«

schrieb Katrin Rohnstock von der Lila Offensive. (Rohnstock, 1989, S. 5). Auch andere Frauen bemängeln, dass es unter ihren Genossinnen in der DDR »kaum Wissen um die eigene Lage, um Ungleichheit und Unterdrückung« (Schwarz, 1990, S. 14) gibt. Wie aber passt das zusammen mit der Tatsache, dass die DDR sowohl im Inland als auch international zu den in Sachen »Gleichberechtigung« fortschrittlichsten Ländern gezählt wurde?



Geschichtliche Entwicklung

Von Beginn der sowjetischen Besatzung 1945 und fortgesetzt später mit der Gründung der DDR war die Gleichberechtigung der Frau erklärtes Ziel. Eine Grundlage hierfür lag sicherlich in den von den Klassikern des Marxismus formulierten Gedanken zur Emanzipation der Frau. Zu diesem »Erbe« gehört auch die Vorstellung, dass eine sozialistische Gesellschaft zur Aufgabe die Befreiung der Frau, und das wiederum »zur ersten Vorbedingung die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie« (Engels, MEW 21, S. 76) hat. Die ersten offiziellen Einrichtungen, die ausschließlich Frauen repräsentierten, waren die im Mai und Juni 1945 eingesetzten kommunalen »Antifaschistischen Frauenausschüsse«. Diese stellten im Oktober des gleichen Jahres in einem Aufruf an die Frauen und Mütter von Berlin folgende Forderungen auf:

- »Aktive Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben und Erziehungswesen, im Beruf und in der Wirtschaft. Die Berliner Stadt- und Bezirksverwaltungen sowie der Berliner Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und die antifaschistisch-demokratischen Parteien sollen alles tun, um den Frauen die Umschulung auf einen Beruf der Friedenswirtschaft zu erleichtern. Dann werden sie den Platz einnehmen, der ihnen gebührt.
- Arbeiterinnen und Angestellte, die den Wunsch haben, in Berufe einzulernen, die früher vorwiegend als Männerberufe galten, müssen gefördert und unterstützt werden. Hierbei ist der Ausbau des Arbeitsschutzes notwendig, um Erhöhung der Krankheits- und Unfallziffern zu verhindern.
- Bei gleicher Arbeit und gleichen Leistungen müssen, ungeachtet des Geschlechts und des Alters, der gleiche Lohn und die gleiche Lebensmittelzuteilung gewährt werden.
- Die Gesundheitsvorsorge, der Mutter- und Kinderschutz sind neu aufzubauen. Es sollen die maximalen Leistungen erstrebt werden, die unsere gegenwärtige Armut zulässt. Besondere Fürsorge gehört den heimatlosen und elternlosen Kindern.

[...] Frauen und Mütter Berlins! Ein schwerer Winter steht uns bevor. Wir haben die Möglichkeit, mit Hand anzulegen, die

Schwierigkeiten zu überwinden, um die durch den Hitlerkrieg entstandenen Notstände zu beseitigen.«

Menschig, Leopold, 1974, S. 13

Dieses Dokument spiegelt deutlich, mit welch weitgreifenden Forderungen die Frauenausschüsse an die Öffentlichkeit gingen. Der Befehl 253 der sowjetischen Militäradministration vom 07.08.1946 zeigt aber auch, dass dies durchaus im Sinne der sozialistischen Verwalter lag. Er legte als einklagbares Recht gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer, Frauen und Jugendliche fest.

Im März 1947 wurde aus den Antifaschistischen Frauenausschüssen der Demokratische Frauenbund Deutschlands gegründet. Er rechnete neben dem Einsatz für Frieden und demokratische Reformen den Kampf um Gleichberechtigung zu seinen vordersten Zielen.

Schließlich räumte die erste Verfassung der DDR 1949 den Rechten der Frau insgesamt sechs Artikel ein, die ihr garantieren sollten:

- ihre Gleichheit als Staatsbürgerin
- gleiches Recht in der Familie, wobei Ehe und Familie als Grundlage des Gemeinschaftslebens angesehen wurden, die unter dem Schutz des Staates stehen
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- das Recht auf gleiche Bildung
- die Untersagung jeder Diskriminierung unehelicher Kinder und ihrer Eltern

(Laut der Verfassung der BRD, die kurze Zeit vorher verabschiedet worden war, waren Mann und Frau auch gleichberechtigt und kein Mensch durfte wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden, doch Folgegesetze und Ausführungsbestimmungen wurden erst 1957 erlassen, in denen der Mann immer noch als Versorger der Familie und die Frau als Herz derselben verfügt wurden, Frauenarbeit wurde auch nur insoweit »erlaubt«, dass sie nicht mit den Pflichten als Mutter und Hausfrau kollidiere).

Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass der einzige Grund zur damaligen Gleichstellung der Frau allein in der anti-patriarchalen Haltung der alten und neuen Sozialisten lag.

Stand doch gerade in der Nachkriegszeit die ökonomische Notwendigkeit im Vordergrund, Frauen massenweise zur Berufstätigkeit zu bewegen. Immerhin waren drei Fünftel der erwerbsfähigen Bevölkerung weiblich, ohne sie war an einen Neuaufbau nicht zu denken.

Auch soll hier nicht verschwiegen werden, dass diese Entwicklung in der Bevölkerung nicht unumstritten war, galt doch der Mann immer noch als Haupternährer der Familie. Die Vorstellung von Frauen in Männerberufen stieß genauso wenig auf große Begeisterung weder bei Männern noch bei Frauen.

»Petra hatte im Mädchenzelt ihrer Empörung über Kuntz (ein Maurer, d. Verf.in) Luft gemacht, hatte aber zu ihrer denkbar größten Überraschung ihre Kameradinnen gegen sich. Die fanden auch, Mauern sei keine Beschäftigung für Mädchen. Bis in die späte Nacht stritten sie. Irma nannte Petras Verlangen überspannt, und Erika und Ida stimmte ihr bei. Alle drei warfen ihr vor, sie sei immer auf etwas Besonderes aus und das aus bloßer Angeberei und Eitelkeit [...] Und Petra? [...] Sie konnte reden, so gut und soviel sie wollte, die drei blieben bei ihrer Ansicht, der Maurerberuf passe nicht für ein Mädchen. Er stelle Anforderungen, die nur ein Mann erfüllen könne.«

Bredel, 1950, S. 18

Schaffen der gesellschaftlichen Voraussetzungen

Die Förderung der Frauen, vor allem die Verwirklichung ihres Rechts auf Arbeit und die Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen wurden in den folgenden Jahren zum staatlichen Programm. Die 50er Jahre standen frauenpolitisch unter dem Vorzeichen, den Eintritt der Frauen ins Erwerbsleben voranzutreiben. Ein System materieller Hilfen und Einrichtungen wurden geschaffen, die es den Frauen möglich machten, Beruf und Familie zu verbinden. Neben dem Ausbau des Mutterschutzes (z. B. Schwangerschaftsurlaub vor und nach der Geburt) wurde schrittweise ein Netz von Kinderkrippen und -gärten aufgebaut, die ganztags geöffnet hatten: Kinder bis zu drei Jahren wurden kostenlos in den Krippen aufgenommen, wer für die Älteren einen Kindergartenplatz suchte, fand ihn auch. Jüngere Schulkinder konnten den Nachmittag über betreut werden.

Die Kinder waren also versorgt, die Eltern brauchten nur für ihre Verpflegung einen geringen Obulus zu zahlen, alles andere wurde durch den Staat finanziert. Es gab Wohngebietswäschereien, billiges Essen in den Betrieben, Schülerspeisungen und Babyfertiernahrung. Wurden die Kinder krank, stand den Eltern bis zu 10 Wochen Pflegeurlaub im Jahr zu.

Für die 60er Jahre galt frauenpolitisch das Motto »Weiterbildung«. Auch das hatte nicht nur pure Gleichberechtigungsgründe. Wie schon im Geschichtsartikel berichtet, war das Leben in der DDR in den 50er Jahren alles andere als paradiesisch. Mehr als 2 Mio. Bürger*innen flohen während dieser Zeit in den Westen. Hierbei handelte es sich vor allem um qualifizierte und hochqualifizierte Kräfte, diese mussten ersetzt werden.

War noch der größte Teil der Arbeiterinnen von 1945 un- oder angelernt, so sollte sich das laut dem Frauenkomitee des Politbüros der SED von 1962 an ändern. Verstärkt sollten Frauen für technische Berufe gewonnen und in Leitungsfunktionen eingesetzt werden. Nach dem VI. Parteitag der SED 1963 orientierte sich die offizielle Politik hin zur Stabilisierung und weiteren Forcierung des wirtschaftlichen Aufschwungs durch Verwissenschaftlichung und Technisierung der Produktion. So setzte das Gesetz für ein einheitliches sozialistisches Bildungssystem von 1965 fest,

dass Frauen durch vielfältige differenzierte Formen und Methoden zu höherer beruflicher Qualifikation gefördert werden müssen.

Inge Lange, Vorsitzende der Frauenkommission beim ZK meinte 1965:

»Es genügt heute nicht mehr, schlechthin die Zahl der berufstätigen Frauen zu erhöhen, sie für eine bestimmte Tätigkeit im Produktionsprozess anzulernen und eigens dazu erforderliche Voraussetzungen zur Erleichterung ihres Lebens zu schaffen [...] In den kommenden Jahren gilt es, das Bildungsniveau Frauen und Mädchen so zu erhöhen, dass sie in ihrer Mehrarbeit als qualifizierte Facharbeiterinnen [...] Ingenieure [...] Ökonomen einen maßgeblichen Platz einnehmen können.«

Menschig, 1974, S. 30

Es gab Frauenförderpläne, Frauensonderklassen und -sonderstudien, über deren Erfüllung die Betriebsleitungen abrechnen mussten: Kurse zur Vorbereitung auf die Hoch- und Fachschule, ein ausgedehntes Fernstudienprogramm, Freistellung vom Arbeitsplatz zu Studienzwecken bei vollem Lohnausgleich, Intensivlehrgänge, eine Vielfalt von Frauensonderseminaren auf Fach- und Hochschulebene – und nicht zuletzt – externe Parteischullehrgänge nur für Genossinnen. Ziel schien es zu sein, jede Frau jeder Altersstufe noch zur Weiterbildung zu motivieren. Sie sollte Facharbeiterin, Meisterin, dann Ingenieurin und schließlich promovierte Technikerin werden.

Diese Bemühungen zeigten Erfolge. Anfang der 70er Jahre gab es nicht nur 4 Mio. werktätige Frauen, sondern einer damals populären Statistik zufolge hatte jede 6. Gemeinde der DDR eine Bürgermeisterin, mehr als ein Drittel der Rechtsanwältinnen und Ärztinnen waren Frauen, jede 4. Schule hatte eine Direktorin, fast die Hälfte aller Gewerkschaftsfunktionen und ein Drittel der Abgeordnetenplätze in der Volkskammer waren mit Frauen besetzt. Zwischen 45 und 62 % aller Lehrlinge, Fachschüler*innen und Student*innen waren Mädchen und Frauen, auch und gerade in vielen technischen Berufen. Zu Beginn der 70er Jahre stand im Bericht des ZKs an den VIII. Parteitag der SED, dass die Frauenfrage als soziale Frage gelöst und die Gleichberechtigung weitgehend verwirklicht

sei. Eine Berufstätigkeitsquote von 80 % reichte den neuen Sozialisten aus: Sagten doch die alten Klassiker, dass die Befreiung der Frau dann gewährleistet ist, wenn sie selbst ihren Lebensunterhalt verdienen kann.

Die letzte große Entscheidung in Sachen Gleichberechtigung war der Beschluss der Volkskammer von 1972, den Schwangerschaftsabbruch bis zum dritten Monat freizugeben, es der Frau zu überlassen, ob sie ihr Kind austragen oder es kostenlos abtreiben lassen wolle. (Dieser Beschluss war übrigens einer der ganz wenigen in dieser Zeit, der nicht einstimmig über die Bühne ging). Schwangerschaftsverhütende Mittel wurden auf Rezept und ohne Gebühr allen Frauen zugänglich.

Dieser Entscheidung folgten Konsequenzen: Die fast vollständige Eingliederung der Frauen in die Berufswelt und die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, ob Kind oder nicht, hatte fallende Geburtenzahlen zur Folge. Der DDR-Staat reagierte mit schwangerschaftsfördernden Maßnahmen unter anderem wie: 1972 wurde die 40-Stunden-Woche für Frauen mit drei Kindern eingeführt (die Normalarbeitszeit betrug 43 3/4 Stunden), pro Kind wurde die staatliche Geburtenhilfe auf 1000 Mark erhöht. Der Schwangerschafts- und Wochenbetturlaub verlängerte sich von 14 auf 18 Wochen, 1976 auf 26 Wochen. Es gab die Möglichkeit, beim ersten Kind bis zum Ende des ersten Lebensjahres unbezahlt und bei jedem weiteren Kind bezahlt zu Hause zu bleiben, wobei der Arbeitsplatz garantiert war. Seit 1976 kamen bereits Frauen mit zwei Kindern in den Genuss der 40-Stunden-Woche, seit '86 wurde das Babyjahr ab dem ersten Kind bezahlt.

Die Realität: Hausarbeit und Berufsleben

Galt die Frau nicht nur in der DDR-Propaganda sondern auch im internationalen Vergleich am privilegiertesten, so hatte sie das auch bitter nötig. Denn Gleichberechtigung hieß, dass sie am Berufsleben teilnehmen sollte, sich qualifizieren, engagieren und Leistung bringen. Gleichzeitig musste sie ihrer Rolle als Mutter und Stütze der Familie gerecht werden. Gleichberechtigung hieß, die Frau bekommt – per Gesetz – die gleichen Rechte wie der Mann, Gleichberechtigung hieß aber nicht, dass der realsozialistische Mann auch die gleichen Pflichten wie die Frau übernehmen sollte. Damit unterschied sich die DDR-Gesellschaft in keinsten Weise von den traditionell konservativen westlichen. Die Kleinfamilie war nicht nur die typische, sondern auch die ausschließliche Familien- und Lebensform in der DDR, einzige Ausnahme stellte die Drei-Generationen-Familie dar, die außer den Eltern und Kindern noch die Großeltern umfasste. Alternative Wohnformen, wie sie im Westen zum Teil gelebt und zum Teil auch nur diskutiert wurden, waren höchstens in einem sehr kleinen Kreis studentischen Milieus im Gespräch.

So fand die individuelle Reproduktion weiterhin in der Familie statt, von Frauen unsichtbar und unbezahlt geleistet. Es ist für uns schwierig, sich den Alltag einer berufstätigen Frau Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre bei dem damaligen technischen Haushaltsstandard in der DDR vorzustellen. Die Frau steht früh auf (je nach Arbeitsbeginn sehr früh), macht das Frühstück für die Kinder und den Mann, weckt die Familie, füttert sie und packt die Kids unter den Arm, rennt zur Straßenbahn (wer hatte schon ein Auto) und bringt die Kleinen in Kindergarten, Schule. Hat sie Glück, liegen die Anstalten nicht allzu weit auseinander und auch nahe an ihrem Arbeitsplatz, aber oft war auch das nicht der Fall. Nach der Arbeit heißt es, die Kinder wieder abzuholen und einkaufen zu gehen.

Doch Einkaufen ist natürlich nicht wie bei uns, in den nächsten Laden rennen, Einkaufswagen vollladen und ab zur Kasse, bezahlen und dann raus. Es hieß anstehen, schauen, wo gibt's welche Waren, manchmal Stunden damit verbringen – trotz der den Arbeitszeiten angepassten Geschäftszeiten – für die Familie etwas zu Essen besorgen. Mit Einkaufstaschen und Kindern geht's dann wieder zurück nach Hause, den mehr-

stöckigen Altbau rauf ohne Aufzug. Ist Washtag, packt sie ihre Wäsche in den Koffer, lädt den ganzen Plunder auf ein Fahrrad und fährt zur nächsten Wäschezentrale. In vielen Wohnungen gab es keine Zentralheizungen, dann musste sie noch Kohlen aus dem Keller holen, das Badewasser stundenlang anheizen.

Es nütze einer DDR-Frau also wenig, dass die Männer einen größeren Anteil als ihre Kollegen im Westen an der Hausarbeit übernahmen. Insgesamt musste eine Frau in Hoyerswerda 1970 eben doch für den Haushalt durchschnittlich 37 Stunden aufwenden (ihr Mann machte sich zusätzlich 10,5 Stunden nützlich), während eine durchschnittliche Westlerin aus Osnabrück mit 33 Stunden auskam (deren Mann begnügte sich allerdings mit 7,7 Stunden).

Natürlich hat sich in den letzten 20 Jahren die Situation vor allem auf dem technischen Sektor verbessert, fast in jeder Wohnung stand eine Waschmaschine und nicht überall musste mit Kohlen geheizt werden. Auch gab es in den 70er Jahren breite Kampagnen mit den beiden Zielen:

1. Erziehung zur rationellen Gestaltung der Tätigkeit im Haushalt und
2. Aufklärung der Männer über ihre Verantwortung im Haushalt. Gleichzeitig liefen Untersuchungen zur Aufhebung der Geschlechterstereotypen. Doch wieviel es genützt hat, oder wie ernst es den entscheidenden Gremien damit war, zeigt sich u.a. in der Entwicklung des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands. Hatte er sich in den Anfangsjahren der DDR sehr wohl für die Belange der Frauen eingesetzt, so hieß es in seinem Statut von 1975 direkt nach der Liebe und Treue der Frauen zur sozialistischen Republik und der Erhaltung und Sicherung des Friedens: »Hier (in der DDR, die Verf.in) wurde die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht. Die Gesetze unseres Staates schützen Mutter und Kind und die Würde der Frau. Hier liegt das Glück der Familie und die Zukunft der Kinder in guten und starken Händen.«

Statut des DFD, 1975

Nach wie vor – oder wieder verstärkt – lag das Arbeitsfeld Familie in den Händen der Frauen. Die gesetzlich geschaffenen Vergünstigungen bezogen sich fast ausschließlich auf sie. Minderungen und Milderungen der Doppelbelastung hatten die Frau als Adressatin: nur in »begründeten Fällen« sollten Väter oder Großeltern die Regelungen beanspruchen können. Unter dem bevölkerungspolitischen Aspekt, dass der sozialistische Nachwuchs auszugehen drohte, setzte die staatliche Propaganda auf die Frauen. Ihr biologisches Vermögen, Kinder in die Welt zu setzen, wurde zum gesellschaftlichen Anspruch erhoben, zur sozialistischen Pflicht. Die Frau, die sich im Laufe der Jahre mehr und mehr als Teil der Gesellschaft über ihr Berufsleben definierte, wurde wieder in ein mütterzentriertes Frauenbild gepresst.

Ende der 80er Jahre erledigten die Frauen von 45 Stunden anfallender Hausarbeit immer noch 34. Berufstätig waren 92 % von ihnen, und genauso viele hatten mindestens ein Kind. Wie das Bild der Hausarbeit im öffentlichen Bewusstsein gestaltet wurde, zeigt deutlich folgendes Beispiel: 1987 erschien in der *Kleinen Enzyklopädie – die Frau* unter dem Stichwort »Der Haushalt«:

»1980 wurden in den Haushalten der DDR 110 Kilotonnen Gemüse konserviert, mehr als ein Drittel des Gesamtverbrauchs an Gemüsekonserven. Hinzu kamen 265 Kilotonnen Obst, nahezu das Dreifache, was der Handel der Bevölkerung an Obstkonserven verkauft. Selbstgefüllte Gläser im Vorratsregal ersparen Einkaufszeit und Wirtschaftsgeld sowie der Volkswirtschaft die entsprechend von der Lebensmittelindustrie zu erbringende Leistung oder Importe.«

Dölling, 1989, S.713

Ganz davon abgesehen, dass hier eine Verkehrung der Zweck-Mittel-Relation vorgenommen wurde – welcher Mensch hätte schon einen Grund, die Wirtschaft zu entlasten – so fällt doch ins Auge, dass hier nicht die Rede ist von Arbeit oder von Stunden, die benötigt werden, um diese Unmengen von Konserven einzumachen, geschweige denn von den Personen, die diese aufgebracht haben.

Die DDR-Frauen schufteten bis zum »Umfallen«: Nicht nur im Landesdurchschnitt wurden sie häufiger krank als die Männer, auch im internationalen Vergleich fielen die sozialistischen »Heldinnen der Arbeit« öfter als andere aus.

Es erscheint kaum als Wunder, dass die Frauen nicht lange fackelten, bis sie die Scheidung einreichten. 38 % aller Ehen wurden in der DDR geschieden, jede dritte innerhalb der ersten vier Jahre. Mehr als zwei Drittel der Klagen wurden von Frauen eingereicht.

Anders als in der BRD war es hier möglich, ohne festen Partner Kinder aufzuziehen. 18 von 100 Eltern führten ein Leben als Alleinerziehende. Zwar unterschieden sich die Zahlen gegenüber der Bundesrepublik kaum (auch hier lag der Anteil bei 18 %), doch anders als »drüben« sank im westdeutschen Wohlfahrtsstaat die Hälfte aller sogenannten Elternteilfamilien auf das Niveau der Sozialhilfe ab.

Und die Frauen?

Traditionelle Rollenbilder wirken in den Köpfen der meisten Männer und Frauen ungebrochen fort. In den 40 Jahren DDR-Geschichte hatte es z. B. keine Frau geschafft, Vollmitglied im Politbüro zu werden. Auch wenn die Frauen in der DDR ökonomisch unabhängiger waren als ihre westlichen Schwestern, obwohl über 90 % berufstätig waren, blieb der Mann der Haupternährer der Familie. Zwei Drittel der Frauen arbeiteten in sogenannten frauentypischen Berufen, die trotz »Gleichberechtigung« schlechter bezahlt waren als männertypische ähnlicher Qualifikation. Frauen waren mit stärker monotonen und weniger kreativen Tätigkeiten betraut und obwohl 20 % bis ein Drittel der Leitungsfunktionen in der Wirtschaft mit Frauen besetzt waren, befanden sich diese vorwiegend auf den unteren Ebenen: Nirgendwo gehörten zum Führungspersonal mehr als zwei bis drei Prozent.

In Lohnzahlen ausgedrückt hieß das, dass ein DDR-Mann monatlich mit 1000 Mark in der Tüte nach Hause kam, während seine Frau mit 700 Mark zufrieden sein musste. Ihr blieb wie überall die Rolle der »Dazuverdienerin«, auch wenn ohne ihr Einkommen der allgemeine Lebensstandard nicht erreicht werden konnte.

»Die Demagogie der verwirklichten Gleichberechtigung hatte die Absicht, die Frauen mit ihren spezifischen Interessenlagen und Erfahrungen zum Schweigen zu bringen.«

Rohnstock, 1990, S. 5

Oder anders ausgedrückt, am Anfang stand die staatlich verordnete Emanzipation, eine »Gleichberechtigung von oben«. Ab dem Moment, wo die Frauen auch Zeit hatten, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen, wurde ihnen eingeredet, sie hätten schon alles, was sie brauchen. Damit ist natürlich noch in keinster Weise geklärt, warum sie sich nicht gewehrt haben, warum Themen wie Gewalt gegen Frauen oder Frauenfeindlichkeit im Alltag selten oder gar nicht thematisiert wurden. Während in den westlichen Nationen parallel zu den anti-autoritären Bewegungen sich eine feministische manifestierte, distanzierten sich manche DDR-Frauen von ihren westlichen Geschlechtsgenossinnen:

»Die(se) Frauen (die im Osten, d. Verf.in) sehen sich nicht als Gegnerinnen der Männer – anders als bestimmte Frauengruppen in den kapitalistischen Ländern, denen man ihren oft fanatischen Männerhass vorwirft. Wie aber sollen sie gelassen, überlegen, möglichst humorvoll sein, wenn sie der primitivsten Grundlagen für eine unabhängige Existenz entbehren? Besonders, wenn eine starke Arbeiterbewegung fehlt, werden Frauen in sektiererische, gegen Männer gerichtete Zusammenschlüsse getrieben [...]«

Wolf, 1978, S. 15

Einen Ansatz zur Analyse dieses Phänomens liefert sicher die Theorie des autoritären Charakters. Genauso wie damit ein wesentlicher Aspekt von Rassismus und patriarchaler Unterdrückung erklärt werden kann, gilt die Struktur des autoritär sozialisierten »alten Menschen« (siehe gleichnamiger Artikel in dieser Broschüre) natürlich auch für die Frauen, die ihre Unterdrückung akzeptierten. Seit dem November '89 kam erstmals der gesammelte Unmut der Frauen breiter an die Öffentlichkeit. Unzählige Gruppen haben sich gegründet und arbeiten in allen größeren Städten der ehemaligen DDR. Sie versuchen, die alten Missstände zu artikulieren, aber auch die sozialistischen Errungenschaften zu erhalten. Ob ihnen das allerdings gelingen wird, erscheint angesichts der gegenwärtigen Entwicklung aussichtslos.

VI. Die West-Linke und der Ost-Sozialismus

Die DDR, ihre Bewohner*innen und deren gesellschaftliche Situation fand jahrzehntelang bei BRD-Linken keine große Beachtung und spielte in der inhaltlichen Diskussion keine Rolle. Jede Revolte und Streikbewegung im In- und Ausland wurde mehr beachtet, beschrieben und diskutiert. Allenfalls künstlerisch-intellektuelle Ansätze und ihre Vertreter*innen, z. B. in der Literatur, wurden in Fachkreisen mit großem Interesse und oft viel Sympathie aufgenommen. Über die DDR blieb es, zumindest bei uns Bewohner*innen des Tals der Ahnungslosen in Deutsch-Südwest, ansonsten beim Schulbuchwissen, ergänzt durch einige *Spiegel*-Berichte und realsozialistische DKP-Propaganda.

Eindrücke der sozialen Realität in der DDR blieben beschränkt auf hoppelndes Transit-feeling, Schilderungen beim Verwandtenbesuch des armen Onkels von drüben und dem Billig-Bücherkauf in Ostberliner Buchhandlungen mit großem Schnitzel und Tagesvisum. Direkte Kontakte zu DDR'ler*innen blieben den bierbäuchigen Plattenseereisenden vorbehalten. Die vielgereiste Linke wusste mehr über die griechische Inselwelt, die Traumstrände Südostasiens oder das Andenhochland als über Mecklenburg-Vorpommern, die Niederlausitz oder die Insel Usedom.

Die DDR wurde von der Linken im wesentlichen als Staat akzeptiert – und dies nicht nur als Reaktion auf Positionen hiesiger Politik, Medien und auch breiter Bevölkerungskreise (Stichworte wie SBZ, sogenannte »DDR«, Nichtanerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Alleinvertretungsanspruch etc.), sondern auch, weil die DDR in einigen Punkten tatsächlich eine positive Alternative zur BRD darstellte, bzw. darzustellen schien:

1. im Antifaschismus. In der DDR gab es tatsächlich nach Kriegsende eine Zäsur, im Gegensatz zur BRD, in der in Wirtschaft, Justiz und Verwaltung viele Nazis recht schnell ihre früheren Posten wieder bekamen. Dies war wichtig in Auseinandersetzungen mit der Vätergeneration seit der 68'er-Bewegung und damit zentral für die Sozialisation vieler

BRD-Linker. Bemerkenswert ist, dass nach Kriegsende viele bekannte linke Antifaschist*innen, wie Brecht, Seghers usw. in den Osten gingen, in der Hoffnung, damit den moralisch besseren Teil Deutschlands zu wählen. Wie weit es mit diesem staatsverordnetem Antifaschismus her war, sehen wir zum Teil erst heute. Die Übernahme des verhängnisvollen Faschismusverständnis von SU und KPD zu Zeiten der Weimarer Republik (näheres siehe unsere Faschismusbroschüre *Aus der Geschichte lernen*) war Teil des Scheiterns der DDR als Staat. Der anfängliche Neubeginn verbrauchte schnell und die antifaschistische Doktrin blieb äußerlich. Sie hatte Herz und Kopf der Menschen nicht erreicht. Die Hoffnung auf einen neuen sozialistischen Menschen, der seine Wurzeln in dem kleinen antifaschistischen Teil der deutschen Geschichte hat, blieb unerfüllt.

2. im Antikapitalismus. Die Wirtschaftsordnung der DDR war per definitionem sozialistisch. Die Enteignungen von Kapitalisten, Großgrundbesitzern und Konzernen sowie die durchgeführten Kollektivierungen wurden auch von Linken hier vielfach als Quintessenz des Sozialismus missverstanden. Die wohlklingende Bezeichnung »Volkseigener Betrieb« belächelten zwar auch wir als reine Worthülse, doch führte dies nicht zu einer genaueren Hinterfragung des staatskapitalistischen Wirtschaftssystems.

3. im Internationalismus. Zeitweise entstand fast der Eindruck, als würde die BRD-Linke Seite an Seite mit DDR und SU gegen den Imperialismus kämpfen. Schließlich unterstützte die DDR ebenso wie die SU und Kuba Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt und beteiligte sich an sozialistischen Entwicklungshilfeprojekten. Allerdings offenbarten sich beim genauen Hinsehen oftmals Widersprüche – sei es bei der Abwicklung von DDR-Exporten in Trikontländer mit harten Devisen, meist Schweizer Franken(!) oder bei der Ausbeutung von Fremdarbeiter*innen in DDR-Industriebetrieben.

4. beim Sozialsystem. Hier konnte die DDR mit einer ausreichenden Zahl von Kindergartenplätzen, billigen Wohnungen und einem fortschrittlichen Abtreibungsrecht Dinge vorweisen, für deren Verwirklichung die Linke in der BRD seit langen Jahren erfolglos kämpft.

5. in Ideologie und Propaganda. Öfters gab es bei Angriffen gegen das BRD-System oder den US-Imperialismus sowohl inhaltliche Übereinstimmungen, als auch einen ähnlichen Sprachgebrauch zwischen Äußerungen von BRD-Linken und DDR-Verlautbarungen. Die Themen und Inhalte mancher BRD-Bewegungen wurden teilweise durch offizielle DDR-Gremien aufgenommen, z. B. zu Zeiten der Friedensbewegung durch Abrüstungsvorschläge, Friedenskongresse in Ostberlin etc. Auch die Berichterstattung in DDR-Medien über Aktionen in der BRD war oft positiv. Die »Verurteilung der brutalen Polizeiiübergriffe« statt der »Ausschreitungen randalierender Chaoten« anlässlich der Reagan-Demo in Berlin oder den Auseinandersetzungen in Wackersdorf wirkten wie Balsam auf unseren Medienwunden. Dabei störte es dann auch nicht, dass die Berichterstattung über unsere Aktionen oft mit der in der DDR praktizierten Politik inhaltlich rein gar nichts zu tun hatte. Beispiel: die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung und die DDR-Energiepolitik mit dem Ausbau der Kernenergie.

Wegen der Hetze gegen die DDR im Westen, die erst nach der Änderung der Ostpolitik zu Zeiten der Sozial-Liberalen nachließ, und den »Geh doch rüber«-Sprüchen auf Demos oder in Gesprächen war mensch oft quasi dazu gezwungen, die DDR zu verteidigen und verbal zu unterstützen. Der dort praktizierte Realsozialismus war zwar bei weitem nicht das, was wir uns erträumten, aber auch hier handelten wir nach der alten Mao-Devise der linken Protestgeneration »Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen« (Mao, 1972, S. 19). Die negativen Seiten des DDR-Systems konnten auch wir Linke nicht übersehen, v. a. die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte, deren Vorhandensein für uns völlig selbstverständlich war. Die Betonung der Zweistaatlichkeit ermöglichte uns jedoch eine Distanzierung von der DDR, denn mit anderen Staaten beschäftigten wir uns i.d.R. nur punktuell. Besonders schwierig war dabei jedoch oft das »spezifisch Deutsche« dieses eigenständigen Staates – die muffige gesellschaftliche Biederkeit, die an Bilder aus der Nachkriegs-BRD vor '68 erinnerte, der preußische Stechschritt-Militarismus der Volksarmee mit martialischen Militärparaden und zeremoniellen Wachablösungen oder inszenierte Aufmärsche der Massenorganisierten mit Uniformen, Fahnen oder gar Fackeln, die oft allzusehr Assoziationen an den Nazionalsozia-

lismus wachriefen. Das hierbei auftretende Unwohlsein konnten wir nur kopfschüttelnd verdrängen.

Eines der Hauptprobleme des DDR-Systems, der Mangel an Konsumgütern, war für viele von uns, in einer Konsum- und Überflussgesellschaft Großgewordenen, kaum nachvollziehbar. Wenn wir uns thematisch mit Konsum beschäftigten, dann im Zusammenhang mit der Armut von Marginalisierten in den westlichen Industriestaaten oder dem Hunger in vielen Ländern des Trikonts. Unser Problem war stets, dass mensch nichts kaufen konnte, da er kein Geld dazu hatte, und nicht, dass mensch Geld hatte, aber nichts da war, das er dafür hätte kaufen können. Dem Fehlen der deutschen Schicksalsfrucht Banane, von »echtem« Bohnenkaffee oder der selbst im Winter stets frischen Rosé hätte sogar entgegengehalten werden können, dass wir diese Güter bei uns ja nur durch die Ausbeutung der Produzent*innen im Trikont so billig und im Überfluss konsumieren konnten. Der freiwillige Verzicht auf diese nicht bei uns produzierten Dinge wurde deshalb von Dritte-Welt-Gruppen und der Müslifraktion schon lange propagiert. Die DDR hätte hier plakatives Vorbild sein können: »Kohl als Gemüse und Birnen als Obst«.

Einer der wichtigsten Anlässe für die Linke sich mit irgendeinem Staat und seinem politischen System eingehender zu beschäftigen, war dort auftretender Widerstand jedweder Art und dessen repressive Unterdrückung. An diesen Punkten war es möglich, sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen, nicht ohne gefühlsmäßige Parallele: auch wir hier, die Guten, unterdrückt durch den allmächtigen Staat. Und es blieben Glaube und Hoffnung, dass auch hier »immer mehr Menschen erkennen, dass [...] Doch nicht immer waren wir nur in der undankbaren Rolle der Zuschauerin. Fast alle sozialen Widerstandsbewegungen der letzten Jahre, hatten ihre Pendants in anderen westeuropäischen Ländern. Ein Erfahrungsaustausch war möglich, thematische und personelle Kontakte konnten gepflegt werden, sei es mit der Schweiz in AKW- und Häuserkampf, mit Frankreich schon zu Zeiten der 68'er-Bewegung, mit Italien als Vorbild bei Streikbewegungen oder mit Spanien bei der Unterstützung der politischen Häftlinge im Hungerstreik [...] Wir hatten ähnliche Konflikte, Gegner und Auseinandersetzungsformen. All dies nötigte uns hin und wieder zum genaueren Hinsehen, bis hin zu Versuchen, die dortigen

Verhältnisse zu analysieren und zu verstehen, obwohl es oft auch hier beim Bejubeln der ausländischen Genoss*innen im Widerstand blieb.

Solche Parallelen und daraus resultierende Kontakte fehlten uns mit der DDR: es gab dort keine Demos, Streiks, Besetzungen, militante Auseinandersetzungen mit der Polizei oder bewaffneter Kampf. Selbst dort stattfindende Auseinandersetzungen auf gleichem thematischem Gebiet wurden durchweg nicht als solche wahrgenommen, da das autoritäre Regime der DDR andere Aktionsformen erforderte. So gab es beispielsweise zu Zeiten der Hausbesetzungen und dem Kampf gegen leerstehenden Wohnraum auch Wohnungsbesetzungen in den Städten der DDR. Doch waren dies stille Aktionen, in denen Freaks, aber auch Familien die Bürokratie umgingen und in leerstehenden Wohnraum einfach einzogen – Aktionen, die mit unseren Slogans gut übereinstimmten und die auch hier herbeigesehnt wurden. Letztendlich blieben sie bei uns aber unbekannt, bzw. wurden mit Staunen und Kopfnicken aufgenommen: »Sachen gibt's«.

Den Berichten über das System drüben stellten wir oftmals die hiesige Realität gegenüber. Dabei wurden viele Kritikpunkte an der DDR durch falsche Gleichsetzung mit den Zuständen im Westen scheinbar entkräftet: drüben fehlende Meinungsfreiheit und Stasi-Überwachung, hier Berufsverbot und Verfassungsschutz; fehlende Pressefreiheit, *Neues Deutschland* und Staatssender gegen *BILD*-Zeitung und stimmungsbildende Medienhetze. Dabei wurde leicht übersehen, dass das autoritäre DDR-System seine Kritiker*innen erbarmungslos verfolgte und jeden Widerspruch und jeden Versuch des Andersseins durch seinen Repressionsapparat unterdrückte. Selbst individuelle Freiräume wurden so gar nicht erst zugelassen: Trotzdem wurde das kapitalistische System hier, von manchen Seiten oftmals falsch als faschistisch oder faschistoid klassifiziert und als »Schweinesystem« bezeichnet, als viel viel schlimmer angesehen. Klar war allen dabei jedoch, dass Lebens- und auch Protestformen, wie wir sie in der BRD entwickelt hatten, in der DDR nicht geduldet worden wären. Dies war auch ein Grund, weswegen niemand von uns auf den Gedanken kam, tatsächlich in die DDR überzusiedeln. Trotz aller Kritik am kapitalistischen System waren wir nicht bereit, auf unsere bürgerlichen Freiheiten zu verzichten.

Wenn wir überhaupt etwas über den Widerstand drüben erfuhren, blieb dieses Wenige oftmals unverstanden. Wir beurteilten alles stets nach hiesigen Maßstäben und ließen dabei die spezifische Situation der Menschen drüben außer acht und übersahen, dass aus der Auflehnung gegen oder dem Nicht-funktionieren in einem anderen Gesellschaftssystem natürlich eine andere Form von Widerstand entstehen musste. So irritierte uns beispielsweise die enge Verflechtung vieler Aktionen mit der Kirche. Vieles fand mit Unterstützung oder zumindest Duldung von Kirche und ihren Institutionen statt, von Protestliederkonzerten bis zu Kriegsdienstverweigerungen. Eine Kirche – und dann auch noch eine deutsche Kirche – als Freiraum war für uns nur schwer zu begreifen. Zu mühsam hatten wir uns von ihr befreit, weil sie ein wichtiger Pfeiler der verlogenen Moral unserer Gesellschaft darstellte. Unsere Freiräume hatten wir uns in besetzten Häusern und selbstverwalteten Zentren zumindest kurzzeitig erkämpft und konnten nicht nachvollziehen, dass der kirchliche Mantel in der DDR auch Schutz für fortschrittliche Strömungen dargestellt hatte. Nicht nur hardcore-Christ*innen trafen sich dort in den Kirchenräumen, doch unsere Vorurteile und auch Berührungsängste vernebelten den Blick. Die Kirche im Spanien Francos oder in den Ländern Lateinamerikas konnten wir uns eher als Schutz für emanzipatorische Strömungen vorstellen als im anderen Teil Deutschlands. Bei genauerem Hinsehen hätten wir sehen müssen, dass die bereits damals in der DDR aktiven Menschen mit großer Konsequenz für ihre Interessen eintraten. Der Schritt in der DDR den Kriegsdienst zu verweigern, war beispielsweise ein viel weitergehender Akt der Rebellion als hier. Wenn wir uns die Mühe gemacht hätten, uns hiervon ein genaueres Bild zu machen, wäre das Bild von individuell handelnden, um Hilfe betenden Pazifist*innen, schnell zerbröckelt. Doch unsere Scheuklappen saßen fest, das Schubladendenken, stets kritisiert, doch um so heftiger praktiziert, bot uns auch hier die ersehnten Orientierungspunkte in der dualen Welt: Gut und Böse, Schwarz und Rot.

Abgesehen davon hatte Widerstand gegen die »linke« sozialistische DDR recht schnell den Hauch des konterrevolutionären oder reaktionären. Auf alle Fälle wurde er zunächst einmal kritisch betrachtet, anders als in anderen Staaten, in denen Widerstand zunächst einmal positiv besetzt ist. Dabei gab es seit Bestehen der DDR linken, emanzipatorischen Wi-

derstand, der auch durch die Ausweisung und Übersiedlung wichtiger Exponenten für uns in der BRD sichtbar wurde. Nicht erst Biermann und Bahro, auch Bloch, Dutschke und Uwe Johnson kamen von drüben. Obwohl sie auch noch in der BRD Kritik an der DDR übten, resultierten daraus allenfalls intellektuelle Diskussionen. Ihre Kritik erreichte die radikale Linke wenig, sie interessierte uns oftmals schlicht nicht und spielte auch keine Rolle in den aktuellen Diskussionen der Bewegungen. Zudem hatten wir auch Probleme mit dem was die »Neuen« so von sich gaben, beispielsweise beim Lesen von Bahro-Texten, angefangen von anderer Sprache und Terminologie bis hin zu Institutionengebundenheit, Parteinähe und anderem Politikverständnis, das sie von drüben mitbrachten. Die Ausgebürgerten bekamen eher Beifall von der falschen Seite: erbarungslos schlachtete die Rechte jede Form von Kritik an der DDR aus. Und daran wollten wir uns nicht beteiligen. Wir warteten darauf, bis die »Neuen« sich auf den hiesigen Kapitalismus einschossen, erst dann konnte ihnen unser Beifall wieder sicher sein.

Resümee:

Für uns in der Nachkriegszeit Aufgewachsenen, stellte der Ost-West-Gegensatz mit seinen monolithischen Blöcken, hier kapitalistischer Westen, dort realsozialistischer Osten, ein scheinbar unerschütterliches Bezugssystem dar. Alles jenseits der DDR-Staatsgrenze war für uns nicht konkret erleb- oder erfahrbar. Das Wissen darüber stammte meist aus propagandistischen Quellen. Realsozialistische Staaten wie die DDR stellten zwar nicht das dar, was wir uns unter Sozialismus oder gar Kommunismus vorstellten. Doch trotz allem waren sie Nachfolger der russischen Revolution, gescheitert zwar real, doch von richtigen Überlegungen und Utopien ausgehend. Wir akzeptierten sie als irgendwie links, immerhin einen Schritt weiter (wohin?) als der Kapitalismus und von diesem stets am Boden gehalten und bedroht. Für unseren Kampf spielte die Existenz dieser Staaten keine Rolle. Wir beschränkten uns auf eine Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System der westlichen Industriestaaten und einen Internationalismus, der sich auf das Anprangern der imperialen Ausbeutungsstrukturen sowie die Unterstützung der dagegen kämpfenden Befreiungsbewegungen beschränkte. Unsere Kritik an der bürgerlichen Demokratie war zwar wichtig, doch durfte das nicht bedeuten, dass in einem »Sozialismus« die bürgerlichen Freiheitsrechte einfach wegfallen konnten.

Der sozialistische Machtraum wurde bei unseren Betrachtungen und der Kritik an den herrschenden Verhältnissen einfach außer acht gelassen. Ein einfacher Weg, denn gerade auch bei der Beschäftigung hiermit zeigt sich das Scheitern linker Utopien bei ihrer Umsetzung durch die Politik. Nicht nur die DDR und die anderen sozialistischen Staaten sind gescheitert, sondern auch die ganze geliebte Tradition der Arbeiter*innenbewegung, die revolutionäre SU und der Leninismus. Das »faule Ei« DDR hätte uns schon früher durch Marx und Bein gehen können. Linke Mythen, Legenden und Idole hätten schon damals zur Disposition gestanden. Und bei der Frage »Was tun?« kann Lenin keine Antwort mehr sein – es besteht Handlungsbedarf!

Zu keiner Zeit der Geschichte der DDR, und besonders in den letzten Monaten vor dem Wiederanschluss, war die Linke zu einer adäquaten Einschätzung der Ereignisse und gesellschaftlichen Situation dort in der

Lage. Wie so oft kam sie nicht darüber hinaus, sich auf eine aufflackern-
de soziale Bewegung zu stürzen (zuletzt Rheinhausen, brit. Bergarbeiter*innenstreik).

Also, auch beim Betrachten der geschichtlichen Situation wird das vereinfachende schablonenhafte Denken der Linken deutlich und es zeigt sich wie notwendig es ist, dass die Linke eine differenzierte Sichtweise entwickelt, die nicht an den eigenen Wunschbildern, sondern an den Wünschen der Menschen und damit an einer praktischen Politik orientiert ist.

Warum kam es im November '89 und den Folgemonaten im Westen zu keiner deutlichen politischen Reaktion der Linken?

Weder gab es deutliche Stellungnahmen zu den Positionen dort, noch war die Linke in der Lage einen eigenen Aufbruch dem entgegenzusetzen oder danebenzusetzen.

Auf der einen Seite staunten wir über die ungeahnten Veränderungen, die durch die Massenmobilisierungen erreicht wurden, auf der anderen Seite lähmte uns die »scheinbare« Überlegenheit des kapitalistischen »Schweinesystems«.

Mit Staunen registrierten wir, wie die uns anekelnde glitzernde Warenwelt des Kapitalismus die Menschen in der DDR so faszinierte, dass sie den bedingungslosen Anschluss durchsetzen.

Warum war die Linke so handlungsunfähig? Folgende Gründe waren dafür ausschlaggebend:

1. Die Erinnerung an positive Gefühle in aufbrechenden sozialen Bewegungen, die eine Ahnung von gesamtgesellschaftlicher Umwälzung aufblitzen ließen, liegen schon Jahre zurück (z. B. 68er, Anti-AKW, Häuserkampf) und haben heute mehr anekdotischen Charakter, als dass sie momentan erfahrbar wären.

2. Die Hoffnungen auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung, sprich: Revolution, schmolzen mit den zunehmenden Erfahrungen von der Zer-

splitterung linker Gruppen und ihrer Zusammenhänge, dem Abbröckeln der Szene und der damit verbundenen Individualisierung der Einzelnen. Der Drang in Privatleben, Beruf und Familie ist die logische Konsequenz.

3. Die Wahrnehmung des eigenen Scheiterns in den Mühlen der Kollektivität von Alternativbetrieben und sozialen Strukturen nahmen vielen von uns immer mehr die Utopie einer Alternative zur kapitalistischen Ordnung.

4. Im Laufe der jahrelangen politischen Auseinandersetzungen zeigte sich vor allem bei den nicht in K-Gruppen Organisierten, dass eine fundierte Analyse als Grundlage linker Politik fehlte und dass »links sein« eher ein Gefühl als »politisches Programm« war.

5. Die immer wiederkehrenden Erfahrungen derer, die im »normalen« Berufsalltag arbeiten (also nicht als Jobber) und mit der Klasse, mit den real existierenden Arbeiter*innen konfrontiert wurden. Erfahrungen, die die Schablonen fortschrittlich-reaktionär, gut-schlecht usw. verwischten, (konnten sich doch z. B. die gleichen Kolleg*innen die sich im Arbeitskampf solidarisch gegen »oben« engagierten, gleichzeitig auch rassistisch gegen Roma und Sinti verhalten), was oft zu einem Verlust an linker Orientierung führte. An dieser Stelle sei auch auf das immer wiederkehrende Problem der Linken verwiesen, die eigenen Erfahrungen an andere, auch besonders Jüngere, entsprechend weiterzuvermitteln. Die Konsequenz ist eine weitverbreitete Geschichtslosigkeit.

6. Trotz aller tagespolitischen Aktualität macht sich bei vielen doch mehr ein pessimistisches Gefühl breit. Die lang gehegte Hoffnung avantgardistisch vorwärtstreibende Kraft in einem revolutionärem Prozess zu sein wurde von der Hoffnung abgelöst, in irgendwelchen Bewegungen irgendwelche irgendwie linke Politik irgendwie einbringen zu können. So verharren wir in der Erwartung einer nicht näher bestimmten Veränderung.

Nachwort

Es wird nicht mehr lange dauern, und die bisher größte real existierende Alternative zum Kapitalismus wird völlig vom Erdball verschwunden sein.

Die gesamte Welt wird sich dann in den Händen des Kapitals befinden, und es steht zu befürchten, dass dann sehnsüchtig an den Staatskapitalismus zurückgedacht wird, dass seine Bedeutung in der Erinnerung wieder wächst. So wie wir es jetzt schon erleben, wenn wehmütig von den neuen Bundesbürger*innen, denen der Kapitalismus sich jetzt von seiner harten Seite – nämlich der der Arbeitslosigkeit – zeigt, die alten sicheren DDR-Zustände beschworen werden.

Das bundesdeutsche Kapital hatte sich die Einverleibung der DDR sicherlich einfacher vorgestellt. Die hohen Arbeitslosenzahlen und die mangelnde Investitionsbereitschaft der Kapitalisten sind Ausdruck der unterschätzten Probleme des DDR-Anschlusses. Es steht zu befürchten, dass die DDR den bundesdeutschen Kapitalisten im Halse stecken bleiben wird.

Unausweichlich stehen soziale Konflikte in der alten DDR bevor. Gegen den beschleunigten Abbau von Arbeitsplätzen und die immensen Steuererhöhungen (Lohnsteuer, Sozialabgaben) gehen in den fünf neuen Bundesländern immer mehr Leute auf die Straße. Die Demonstrant*innen der Montagsdemos in Leipzig, die im Herbst '89 noch dem Kanzler freudig zugejubelt haben, fühlen sich heute von ihm verarscht und wollen den »harten Weg zur Marktwirtschaft« am liebsten nicht mehr gehen. Die alten DDR-Zustände mit ihren gesicherten Arbeits- und Lebensverhältnissen leuchten plötzlich wieder am Horizont empor; steigen aus Ruinen herauf.

Auch aus diesem Grunde war es uns sehr wichtig zu zeigen, dass der Staatskapitalismus keine wirkliche Alternative zum Kapitalismus ist, dass die sozialdemokratische oder bolschewistische Variante des Sozialismus nur anderes Elend und nur andere Not, im Prinzip aber gleiche Verhältnisse wie unter denen der Kapitalherrschaft produziert. Für die

Bewohner*innen der staatskapitalistischen Länder war der dominierende Ausdruck des Systems der Mangel. Er war nie zu beheben, weil ein Kapitalismus, in dem das Kapital nicht akkumulieren darf, auch seine Bewohner*innen nicht am Wachstum des Kapitals teilhaben lassen kann.

Es soll hier nicht noch einmal auf die Mängel des staatskapitalistischen Systems eingegangen werden, betont werden soll aber mit aller Deutlichkeit, dass in der Phase des Imperialismus das Kapital weltumspannend agiert und dass es – anders als das Proletariat – kein Vaterland kennt. Der Kampf einer nationalstaatlich organisierten Arbeiter*innenbewegung konnte daher genauso wenig zum Erfolg führen, wie die Errichtung des Sozialismus in einem einzelnen Land möglich war. Zu diesem falschen Vorgehen wurde aber die Sowjetunion im Jahre 1917 durch die Verhältnisse gezwungen und über die Neuaufteilung Ost-Europas nach dem 2. Weltkrieg gelang es ihr, ein staatskapitalistisches Imperium aufzubauen.

Heute ist die Attraktivität des Staatskapitalismus zurecht bei Null. Nur noch für nationale Befreiungsbewegungen erscheint er interessant, denn diese Länder können die Kapitalisierung und den Aufbau ihrer eigenen Länder nicht dadurch erreichen, dass sie mit traditionellen Mitteln gegen das internationale Kapital vorgehen. Dazu bedarf es einer revolutionären Bewegung, denn der Staatskapitalismus ist auf keinem anderen Wege zu errichten. Das steht außer Frage.

Trotzdem aber ist nichts an der Tatsache zu ändern, dass sich die Ziele der sozialistischen Revolution nicht mit denen der nationalen Selbständigkeitsbestrebungen vereinbaren lassen.

So können die nationalstaatlichen Befreiungsbewegungen wie die PLO, IRA, die Basken etc. als Ergebnis ihrer Kämpfe nur das erreichen, was in der DDR und im Ostblock bereits untergegangen ist – wenn sie diese Ziele überhaupt anstreben – denn der Einfluss nationaler Positionen in den o.g. Bewegungen ist größer, als er in der revolutionären SU je war.

Die Hoffnung auf die nationalen Befreiungsbewegungen der »3. Welt« ist also verlorengegangen. Gerade die Entwicklung des Staatskapitalis-

mus lehrt, dass der Sozialismus nicht in unter- oder wenig kapitalisierten Ländern aufzubauen ist, und dass diese, wenn sie den Staatskapitalismus zum Aufbau ihrer Länder nutzen, letztlich doch wieder an die Türen des Weltkapitals klopfen müssen.

Nur durch Revolutionen in den Ländern des kapitalistischen Zentrums selbst könnte der Kampf für den Kommunismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Aber für diese Hoffnung gibt es keinen Anlass. Nichts ist davon zu spüren, dass die alte, verfaulte Arbeiter*innenbewegung, die bei allen Klassenkämpfen in diesem Jahrhundert immer nur um die Teilhabe, aber nie um die Überwindung des Kapitalismus stritt, endlich verschwindet und etwas Neues an ihre Stelle tritt. Vielmehr steht zu befürchten, dass diesem Gerippe durch die Enttäuschten und Gekränkten in den alten staatskapitalistischen Ländern neues Leben eingehaucht wird, und auch die Ex-DDRler*innen – ohne es zu wissen – dafür kämpfen werden, das wiederzubekommen, was sie im Herbst '89 so hoffnungsfroh begraben haben.

Keine Hoffnung also?

Es sieht schlecht aus für kommunistische Utopien. Der Ostblock wird sich eingliedern in das kapitalistische Weltsystem, und die vom Zwang der bolschewistischen Parteien befreiten Menschen werden ihren Vorurteilen und Aggressionen freien Lauf lassen, so dass rassistischer Hass und Antisemitismus wieder politisch relevant werden. Frauenfeindlichkeit und Gewalt gegen Frauen – bisher unter den Decken der staatskapitalistischen Gesellschaften verborgen gehalten – werden in den neu kapitalisierten Ländern offen und brutal hervorbrechen.

Da in einer Situation, in der nur wenig oder gar nichts zu verteilen ist, immer die Lösung auftaucht, die Zahl derjenigen zu vermindern unter die zu verteilen ist, werden auch die bisher vom Kapitalismus bestochenen und an seinem Wachstum teilhabenden westeuropäischen Arbeiter*innen in die neuen Verteilungskämpfe integriert werden.

Die Zeichen stehen auf Sturm, und Ansätze für emanzipatorische Tendenzen sind nicht auszumachen. Vielmehr wird im nackten Überlebenskampf Menschlichkeit und Toleranz als erstes auf der Strecke bleiben.

Die Lage ist schlecht. Trösten wir uns damit, dass es viel schlechter nicht mehr werden kann, wenn das Kapital weltweit dominiert? Taucht hier jetzt so etwas wie Hoffnung auf? Bedeutet die vollständige Durchkapitalisierung der gesamten Welt zugleich auch, dass die kapitalistische Verwertung irgendwann an seine natürlichen Grenzen stoßen muss? Marx lehrt uns, dass der mangelnden Akkumulation des Kapitals die Krise folgt. Diesmal die endgültige Weltkrise? Steht dann der Zusammenbruch des Kapitals bevor? Tritt wirklich einmal die Situation ein, dass die Verhältnisse zum Hemmnis der Ausweitung des Kapitals werden, und der Große Sprung nach Vorne, zum Sozialismus als unausweichlich erscheint? In dieser – bisher nie konkret nachgewiesenen – Theorie könnte der einzige Ansatzpunkt für ein kleines Fünkchen Hoffnung liegen.

Nur, was machen wir so lange, bis irgendwann einmal die Verhältnisse selbst zur Veränderung der Wirklichkeit drängen? Von revolutionären Bewegungen ist im Moment nur zu träumen, und auch die bewaffneten Aktionen haben – solange das System nicht beseitigt werden kann – nur reformistischen Charakter. Geben wir uns da keiner Illusion hin. Wortradikalismus ersetzt nicht die Analyse der Verhältnisse.

Wir meinen, dass als erstes die Aufarbeitung der gescheiterten sozialistischen Bewegungen notwendig ist. Diese Broschüre sollte ein erster Schritt dazu sein.

Dringend ist nicht nur die Kritik an der ökonomischen Form des Staatskapitalismus, sondern auch an seiner Form der Herrschaftsausübung, und damit meinen wir u.a. die traditionelle Arbeiter*innenbewegung und die kommunistischen Parteien, die mit ihren starren hierarchischen Strukturen in sich selbst die kapitalistischen Verhältnisse reproduzierten, und von deren autoritären Gedanken wir alle infiziert sind.

Auch ist der Leninismus noch lange nicht tot, immer noch wird geträumt von einzelnen sozialistischen Nationalstaaten – wie damals im Schwarzwaldhof von »befreiten Gebieten«.

Auch wird von Parteien geträumt und die Unterordnung unter Führer – diesmal, weil sie angeblich mehr wissen, oder besser reden können – hin-

genommen, und noch immer ist die erbrachte Leistung der Gradmesser für die Bedeutung der Genossin. Doch noch niemals wurde durch eine einzelne Partei die Revolution herbeigeführt, und die autoritären Führerstrukturen in der sozialistischen Bewegung endeten letztlich im Stalinismus, also der völligen Unterdrückung der einzelnen Mitglieder.

Ganz zu schweigen, dass, von leninistischer Disziplin unterstützt, autoritäre männliche Strukturen und Charaktermasken in den linken Bewegungen problemlos weiterbestehen konnten.

Sie zu verändern – uns zu verändern ist ein genauso wichtiges Ziel, das wahrscheinlich noch schwieriger durchzusetzen ist, als die Verhältnisse zu verändern sind.

Da sind dann die Fahnen, die nationalen Symbole, die uns nie Probleme machten, wenn es die richtigen waren; da waren die vielen Kinder auf der Großdemonstration am baskischen Nationalfeiertag, die wie bei Führers Geburtstag die Fahne hielten und die Nationalhymne sangen. Nur wenigen von uns fröstelte, die Mehrheit war stolz bewegt. »Mann, sind das viele ... und alle Altersgruppen.«

Ja ... wie beim Schlesiertreffen.

Nicht nur dieses Beispiel zeigt, dass die linken Herzen und Köpfe nicht anders strukturiert sind, als die der Mehrheit der Bevölkerung. Das sollte endlich begriffen werden. Viel heftiger als die Massen sollten wir uns also selbst kritisieren, denn wenn wir diese Verhaltensweisen bei uns verstehen lernen, kommen wir vielleicht auch endlich einmal dazu, die »Massen« zu verstehen.

Verstehen jedoch heißt nicht tolerieren, es bedeutet nur die erste Grundlage um mit der Veränderung zu beginnen.

Literaturliste

- Badstüber**, Rolf (Hg.): DDR, Werden und Wachsen. Berlin (Ost) 1974
- Bredel**, Wille: Petra Harms. In: Lutz-W. Wolff (Hg.): Frauen in der DDR. München 1950
- Deppe**, Frank; Jung, Heinz: BRD–DDR. Köln 1971.
- Deutscher**, Isaac: Trotzki. Bd. II. Stuttgart/Berlin 1962.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung** (Hg.): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbeck 1984.
- Dölling**, Irene: Marxismus und Frauenfrage in der DDR. In: Argument. Nr. 177
- Ehrenburg**, Ilja: Menschen, Jahre, Leben. Bd. III. Berlin (Ost) 1978.
- Fricke**, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Köln 1979.
- Hartwick**, Hans Hermann: Politik im 20. Jahrhundert. Braunschweig 1979.
- Havemann**, Robert: Ein deutscher Kommunist. Hamburg 1978.
- Hodos**, Georg Hermann: Schauprozesse. Zürich 1988
- Heym**, Stefan: Collin. München 1979.
- u.V.** Adolf Hennecke, Beispiel und Vorbild. In: Illustrierte Historische Hefte. Nr. 16. Berlin (Ost) 1979.
- Leonhard**, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1981.
- Mao Tsetung**: Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung. Peking 1972.
- Marx**, Karl: Die deutsche Ideologie. In: Karl Marx/ Friedrich Engels: Werke (MEW). Bd. 3. Berlin 1947 ff.
- Marx**, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Karl Marx/ Friedrich Engels: Werke (MEW). Bd. 8. Berlin 1947 ff.
- Engels**, Friedrich: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: Karl Marx/ Friedrich Engels: Werke (MEW). Bd. 21. Berlin 1947 ff.
- Menschig**, Jutta/Menschig, Leopold/Menschig, Evelyn: Grethschens rote Schwestern, Frauen in der DDR. Frankfurt (Main) 1974.
- Rohnstock**, Katrin, Lila Offensive. In: AStA TU Berlin-West (Hg.): DDR 90, Original-Dokumente der DDR-Frauenbewegung. Berlin (West) 1989.
- Schneider**, Michael: Die abgetriebene Revolution. Berlin 1990.
- Schwarz**, Sieglinde: Aufbruch der Hexen. In: Cordula Kohlau, Aufbruch, Frauenbewegung in der DDR. München 1990

u.V.: Statut des DFD. In: AStA TU Berlin-West (Hg.): DDR 90, Original-Dokumente der DDR-Frauenbewegung. Berlin (West) 1989.

Taylor, Frederick Winslow: Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung. München/Berlin 1919.

Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München 1985.

Wolf, Christa: Berührung. Ein Vorwort. In: Maxie Wander (Hg.): Guten Morgen, du Schöne. Darmstadt 1978.



Xosé Tarrío
Hau ab, Mensch!
978-3-910281-00-4

Xosé Tarrío war an verschiedenen Aufständen in spanischen Knästen beteiligt und erlebte die Einführung des Fies-Systems – eines der perfiden Instrumente des Staates um das Individuum zu brechen. Diesem hält er Freundschaft, einen rebellischen Geist und den Willen zur Freiheit entgegen.



gata preta
Ich vermisse euch wie Sau
978-3-910281-02-8

Ricardo war u.a. in der Graffiti-, HausbesetzerInnen- und Antifaszene aktiv und lebte von 2014 bis 2017 in Moçambique, anfangs in der Illegalität und später im Exil. Dieses Buch ist der Versuch von GefährtInnen und FreundInnen, eine Auseinandersetzung zum Thema Flucht, Exil und Illegalität zu führen.



CrimethInc.
Nachrichten aus Belarus, Kasachstan,
Ukraine, Russland
978-3-910281-01-1

Dieser Band versammelt verschiedene anarchistische Stimmen zu den Aufständen in Belarus 2021, dem Aufstand in Kasachstan 2022 und dem Krieg in der Ukraine.